

Foto: ddp

14. PARTEITAG IN DRESDEN

Glückwünsche für eine großartige **Rede**

Der Beifall der Delegierten zum Schluss des Berichts der Parteivorsitzenden – Bravo-Rufe und: sie erheben sich von ihren Plätzen – hat gezeigt:

Da war die Begeisterung, von der sich Angela Merkel wünscht, dass sie auf die Menschen austrahlt, – der Enthusiasmus, der sich mit der Kraft verbindet, „ge-

meinsam und geschlossen die Person zu unterstützen, die uns in den Wahlkampf 2002 führt“. Das Ziel: Wahlsieg bei der Bundestagswahl im nächsten Jahr und für die Menschen wieder eine bessere Politik machen. „Mit Herz und Verstand, solidarisch, mit Mut und Zuversicht“ werden CDU und CSU es erreichen. **UID**



Angela Merkel und Edmund Stoiber:
„CDU und CSU können nur gemeinsam gewinnen. Wir können nur gemeinsam stark sein.“

Foto: ddp

Gemeinsam mehr aus Deutschland machen.



Larenz Meyer: Wir sind gut vorbereitet. Das Konrad-Adenauer-Haus ist für den Wahlkampf gerüstet. Bericht des Generalsekretärs. Seite 25



Friedrich Merz: Die rot-grüne Bundesregierung ablösen – ja, das trauen wir uns zu! Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Seite 35



Edmund Stoiber: Signal aus Dresden: Die CDU kann und wird Deutschland wieder voranbringen. Grußwort des CSU-Vorsitzenden. Seite 48



Ulrich Cartellieri: Die Finanzlage der Partei ist geordnet und ihr Finanzwesen neu organisiert. Bericht des Bundesschatzmeisters. Seite 59



Hartmut Nassauer: Das Parlament – Garant für ein demokratisches Europa. Aus dem Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament. Seite 62

DIE BESCHLÜSSE IM INTERNET

+++ Freie Menschen.
Starkes Land. Vertrag für eine
sichere Zukunft +++

*Der Wortlaut dieses
Beschlusses wird auch als
Dokumentation in der
nächsten Ausgabe des UfD
(40/2001) erscheinen.*

+++ Frieden, Freiheit und
Wohlstand jeden Tag aufs
Neue verteidigen und sichern.
Leitsätze für eine aktive Außen-
und Sicherheitspolitik +++

+++ Im Osten was Neues.
Der Aufbau Ost muss zum Auf-
bruch in ein modernes und er-
folgreiches Deutschland wer-
den +++

[www.cdu.de/pt-dresden/
antrag-beschluss/antrag-
beschluss.htm](http://www.cdu.de/pt-dresden/antrag-beschluss/antrag-beschluss.htm)

ANGELA MERKEL:

Das Signal dieses Parteitags: Wir wollen **kämpfen und gewinnen**

Kaum ein Parteitag wurde mit so großer Spannung erwartet wie unser heutiger hier in Dresden. Unsere Anhänger, unsere Wähler, unsere Freunde, aber genauso natürlich auch unsere politischen Gegner schauen heute auf uns.

Dies ist ein entscheidender Parteitag für die Christlich Demokratische Union. Warum ist das so? Dieser Parteitag markiert einen Übergang. Er markiert den Übergang zwischen den beiden Abschnitten der Niederlage bei der Bundestagswahl 1998 und dem Erfolg bei der Bundestagswahl 2002. Das ist die Bedeutung dieses Parteitages.

Wir brauchen nicht darum herzumreden: Die Niederlage 1998 war schmerzlich. Sie war nicht zuletzt deshalb schmerzlich, weil die CDU für Deutschland eine gute Politik gemacht hat, weil unser Land unter der Regierungsverantwortung von Helmut Kohl eine gute Entwicklung genommen hat. Daran können alle Angriffe, alle Diffamierungen des politischen Gegners nichts ändern.

BERICHT DER
PARTEIVOR-
SITZENDEN



ANGELA MERKEL
AUF DEM 14. PAR-
TEITAG DER CDU
IN DRESDEN
AM 3. DEZEMBER

Diese 16 Jahre waren und bleiben gute Jahre für unser Land. Das wird uns niemand nehmen. Wenn wir heute hier in Sachsen sind, dann sehen wir, was zum Beispiel in den neuen Bundesländern geschaffen wurde. Das waren wichtige, gute Jahre für Deutschland.

Aber genauso waren wir klug beraten, die Niederlage 1998 nicht als einen Betriebsunfall zu verharmlosen. Wir haben verstanden, dass die Menschen uns 1998 die Gestaltung der Zukunft Deutschlands nicht mehr zuge-
traut haben. Wir haben

uns entschieden, die Niederlage als Chance zu begreifen. Wir haben nicht resigniert, wir haben den Kopf nicht in den Sand gesteckt, wir sind auch nicht in Flügel- und Grabenkämpfe auseinander gefallen. Alle unserer Gegner, die genau darauf gesetzt hatten, haben die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Dies war eine Leistung der Christlich Demokratischen Union – das wird auch deutlich, wenn wir auf andere Parteien in Europa schauen, die nicht unterzubewerten ist, die nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Das Ziel war von Anfang an vollkommen klar beschrieben: mit der CDU wieder „mitten im Leben“, in der Mitte unserer Gesellschaft stehen, wieder mehrheitsfähig werden, wieder Wahlen gewinnen können – und zwar nicht irgendwann, sondern so bald wie möglich.

Während Schröder und Genossen damals schadenfroh uns schon in der Versenkung haben verschwinden sehen, haben wir schnell unsere Reihen neu geordnet und sind ans Werk gegang-

gen. Lieber Wolfgang Schäuble, lieber Roland Koch, wir und Sie vor allem haben all denen damals, die uns schon abgeschrieben hatten, nur wenige Monate später sehr schnell gezeigt, dass sich alle, die nicht mehr auf uns setzten, verrechnet haben. Mit dem Sieg in Hessen haben wir es allen gezeigt. Wir haben gezeigt: Wir kämpfen und wir können gewinnen.

Wir haben Punktsiege und spektakuläre Knock-outs erzielt

Seit jenem Auftakt in Hessen haben wir eine ganze Reihe schöner Punktsiege, ja, sogar ziemlich spektakulärer Knock-outs erzielt. Wir haben allerdings auch – da brauchen wir nicht herumzureden – Hiebe einstecken müssen. Aber – das war wichtig und zählt –: Wir haben Nehmer- und Steherqualitäten bewiesen. Das ist im Sport wie in der Politik eine der wesentlichen Voraussetzungen für den Erfolg. Heute können wir feststellen: Die CDU ist nicht nur immer noch da; die CDU ist wieder voll da und sie ist kampfbereit.

Wir sind zurück im Ring des politischen Wettbewerbs. Wer im Ring steht,

der will kämpfen, und wer kämpft, der will gewinnen. Das muss und, da bin ich ganz sicher, das wird auch das Signal dieses Parteitags in Dresden sein.

Schauen wir uns doch einmal die anderen an. Was ist nach drei Jahren die Bilanz der rot-grünen Bundesregierung, was das nüchterne Fazit? Man kann es trocken so sagen: Stagnation in der Gesellschaft, Frustration bei den Menschen, Rezession in der Wirtschaft, Intensivstation bei der Regierung; die V-Frage, also die Vertrauensfrage, musste sozusagen als letzte lebenserhaltende Maßnahme herhalten. So ist die Lage in Deutschland.

Soll das auf Dauer so weitergehen? Nein, liebe Freunde, das muss sich ändern. Unser Land hat Besseres verdient.

Vor mehr als anderthalb Jahren haben Sie mich in Essen zur Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union gewählt. Sie haben mich damals mit einem überwältigendem Vertrauensausweis ausgestattet. Es war keine leichte Zeit damals – für niemanden von uns, ob er nun als Vorsitzende, als Amts- oder Mandatsträger unserer Partei, als Mitglied, Anhänger oder Wähler gelebt und gearbeitet hat. Über

die Schwere und die Größe der Aufgabe hat sich vielleicht niemand so wenig Illusionen gemacht wie ich. Heute, gut 20 Monate später, erleben wir unsere Partei wieder selbstbewusst. Sie ist in der Lage, jede politische Auseinandersetzung zu bestehen. Man hat versucht, die CDU zu zerschlagen. Man hat versucht, ihre Repräsentanten systematisch moralisch zu diskreditieren. Man hat versucht, uns zu diffamieren und aus dem politischen Wettbewerb herauszudrängen.

Wir aber haben standgehalten. Unsere Mitglieder und unsere Anhänger haben unserer Partei in schwerster Zeit die Treue gehalten.

Unser größter Schatz: unsere Mitglieder

Liebe Freunde, ich werde – das rate ich allen – diese großartige Erfahrung niemals vergessen. Die Mitglieder sind der größte Schatz, den wir haben; unsere Anhänger sind wichtig.

Wir haben uns um nichts herumgedrückt. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Es war richtig, ehrlich zu den Fehlern, die bei uns passiert sind, zu stehen. Es war auch richtig, beharrlich die programmatische Wei-

terentwicklung zu betreiben. Denn dies war eine der wesentlichen Voraussetzungen, um wieder in den Wettbewerb zurückzukehren.

An die Adresse der SPD: Hochmut kommt vor dem Fall

Wenn der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten im Deutschen Bundestag letzte Woche während der Haushaltsdebatte gemeint hat behaupten zu müssen, die Union sei – jetzt kommt das Zitat – „moralisch nicht legitimiert“, die Regierungsverantwortung in Deutschland zu übernehmen, dann sage ich: Das offenbart vordemokratisches Politikverständnis. Ich sage dazu: Hochmut kommt vor dem Fall.

Der Souverän in diesem Lande ist immer noch der Wähler und nicht das SPD-Parteipräsidium. Und das ist gut so.

Deshalb ist es an der Zeit, dass diese Herrschaften wieder auf den Teppich der Normalität zurückgeholt werden und ein Stück Demut lernen. Das brauchen sie dringend.

Denn eines gilt es festzuhalten: Keiner ihrer schmutzigen Vorwürfe hat sich bewahrheitet. Unsere Politik

war weder käuflich noch bestechlich. Alle diese Behauptungen haben sich als haltlos erwiesen.

Statt sich wie Helmut Kohl in den neuen Bundesländern, zum Beispiel in Leuna, um Arbeitsplätze zu kümmern, haben diese Leute haltlose Behauptungen aufgestellt. Ich fordere an dieser Stelle alle auf, die in den letzten zwei Jahren mit Halb- und Unwahrheiten agiert haben, sich für all das, was sie behauptet haben, öffentlich zu entschuldigen.

Ich sage dazu: Die Sozialdemokraten täten besser daran, sich mit ihren eigenen Ungereimtheiten zu befassen. Die Bundestagsfraktion – ich danke an dieser Stelle ganz besonders Friedrich Merz als dem Vorsitzenden der Fraktion – wird in Karlsruhe klagen, weil im Untersuchungsausschuss alle auf die SPD bezogenen Anträge von der rot-grünen Mehrheit abgeschmettert wurden. Kein einziger Antrag wurde angenommen, damit wir keine Fragen stellen können, was im Finanzwesen der Sozialdemokraten nicht in Ordnung ist.

Ich sage: Wir fordern mit allem Nachdruck, dass die große sozialdemokratische Volkspartei aufhört, ein Medienimperium zu betreiben,

und es als Mindestes draufschreibt, wenn SPD in Rundfunksendern und in Zeitungen drin ist. Das muss die öffentliche Forderung sein.

Wenden wir uns nun einmal der Sachpolitik zu. Der Bundeskanzler hat in der letzten Woche in der Haushaltsdebatte eine Rede gehalten, die man so zusammenfassen kann. Erstens: Früher war alles viel schlimmer. Zweitens: Alles halb so wild; es wird schon wieder. Drittens: Eigentlich sind wir doch tolle Kerle. Wenn wir die Arbeitslosigkeit nicht hätten, hätten wir direkt Vollbeschäftigung in diesem Land.

Die Menschen haben eine Regierung verdient, die ihre Sorgen ernst nimmt

Ich sage dazu: Diese Suppe ist zu dünn. Das ist zu wenig, Herr Bundeskanzler. Die Menschen in unserem Land haben einen abfällig grinsenden Bundeskanzler auf der Regierungsbank nicht verdient, sondern sie haben eine Bundesregierung verdient, die ihre Sorgen, Probleme, Nöte und Dinge ernst nimmt, die jeden in diesem Lande ernst nimmt.

Ich weiß nicht, ob es jemals eine Kanzleratdebatte in der Bundesrepublik Deutschland gab, bei der der Bundeskanzler kein Wort über Rente, kein Wort über Gesundheitspolitik und kein Wort über die Arbeitslosigkeit in diesem Lande gesagt hat. So kann man mit den Menschen nicht umgehen.

Da helfen auch alle Sprachverschönerungsaktionen nichts. Was man normalerweise unter Fachleuten Rezession nennt, heißt bei der Bundesregierung Wachstumspause. Wenn wir noch eine Weile warten, wird Arbeitslosigkeit wahrscheinlich die Regenerationsphase genannt. So weit darf es mit der deutschen Sprache nicht kommen.

Ich glaube, dass das aggressive Verhalten der Sozialdemokraten damit zusammenhängt, dass sie zunehmend beginnen, den 22. September 2002 zu fürchten – aus guten Gründen.

Herr Schröder wird am 22. September scheitern

Auch die Sozialdemokraten merken, dass es noch nie eine Regierung gegeben hat, die in so kurzer Zeit so stark gealtert ist. Es hat noch nie eine Regierung gegeben,

die in so kurzer Zeit so viel an Schwung verloren hat. Es hat noch nie eine Regierung gegeben, deren Energie derart schnell aufgebraucht war. Man kann ja vielleicht sagen, dass Herr Schröder noch einen gescheiterten Wahlkampf gemacht hat. Herr Schröder wäre mit Sicherheit schon gescheitert gewesen, den Mund nicht so voll mit Versprechungen zu nehmen. Ich sage: Genau deshalb wird Herr Schröder am 22. September gescheitert sein.

Dieser Bundeskanzler wird verantwortlich dafür sein, dass es eine neue Steigerungsform in Deutschland gibt: gescheit, gescheitert, gescheitert. Das wird die historische Mission von Schröder sein.

Wir dagegen gehen bestimmt und entschlossen unseren Weg. Wir leben ja alle in einer unglaublich spannenden Zeit. Wir wissen, dass sich vieles bewegt und dass vieles anders wird auf der Welt. Weil Deutschland in dieser Zeit gefordert ist, ist die Christlich Demokratische Union gefordert, den Wandel, in dem wir leben, zu bestimmen. Es waren immer wir Christdemokraten, die weiter waren als die Verhältnisse. Es waren immer wir Christdemokraten, die eine Vision für die Zukunft hat-

ten. Es waren immer wir, die die Kraft hatten, eine Ära der Bundesrepublik Deutschland zu bestimmen.

Den Menschen Kreativität und Energie zutrauen

Es war die Kraft der Ära Konrad Adenauers, die es nach dem Krieg vermocht hat, Deutschland zu einem vollwertigen Mitglied der westlichen Völker- und Wertegemeinschaft zu machen. Diese Entscheidung war eine schwierige Entscheidung, da es eine bewusste Entscheidung für die Westbindung und gegen die deutsche Einheit in Neutralität war. Diese Entscheidung hat es uns möglich gemacht, 1989 gegen alle Anfeindungen in Frieden und Freiheit die deutsche Einheit feiern zu können.

Es war die Kraft der Ära Ludwig Erhards, die es vermocht hat, in der Zeit des Mangels, in der schwierigsten Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg auch Ungleichheit zuzulassen, Menschen Kreativität und Energie zutrauen und damit der Sozialen Marktwirtschaft zum Durchbruch zu verhelfen. Es ist und bleibt eine Schande, dass die Sozialdemokraten Jahrzehnte gebraucht haben,



um die Kraft der Sozialen Marktwirtschaft als Gesellschaftsordnung überhaupt anzuerkennen.

Eine Entscheidung auch für die Freiheit Europas

Es war die Kraft der Ära von Helmut Kohl, die es vermocht hat, Deutschland gegen alle Widerstände zu einen, gemeinsam mit unseren alliierten Freunden, mit der Sowjetunion und gemeinsam mit den demokratischen Kräften der früheren DDR. Es war nicht nur eine Entscheidung für die Freiheit aller Deutschen, sondern es war eine Entscheidung für die Freiheit Europas, für die europäische Einigung. Liebe Freunde, darauf können wir besonders stolz sein.

Buchstäblich greifbar wird diese Vision für uns alle werden, wenn wir ab dem 1. Januar 2002 den Euro in der Hand halten. Der Euro ist Ausdruck einer großen Vision, für die Helmut Kohl und Theo Waigel viel verspottet wurden. Was hat der damalige Aspirant auf das Bundeskanzleramt gesagt? Gerhard Schröder hat gesagt: Der Euro ist eine kränkelnde Frühgeburt. – Das war wiederum eine der schweren Fehleinschätzungen der Sozialdemokraten, die sich historisch rächen werden.

Seit der deutschen Einheit sind elf Jahre vergangen. Vieles hat sich verändert. Für die politische Landkarte gilt das ganz offensichtlich. Wir stehen auf einer neuen Stufe von Herausforderungen für uns als

Christdemokraten. Die große Leistung in der politischen und wirtschaftlichen Ordnung der Anfangsjahre unserer Bundesrepublik Deutschland bestand doch gerade darin, durch die soziale Marktwirtschaft den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit zu versöhnen, Menschen zusammenzuführen und einen bis dahin unlösbaren Widerspruch zu versöhnen.

Widerspruch zwischen Globalisierung und Verwurzelung im eigenen Land versöhnen

Heute stehen wir vor einer neuen Herausforderung. Wir stehen vor der Herausforderung, dass neue technische Entwicklungen unsere Welt verändert haben. Die Informations- und Kommunikationstechnologie hat die Globalisierung vorangebracht. Prozesse gehen schneller. Heute müssen wir in unserer freiheitlichen, demokratischen Ordnung es wieder schaffen, Widersprüche zu versöhnen. Wir müssen den Widerspruch zwischen Globalisierung auf der einen Seite und Verwurzelung in unserem eigenen Land auf der anderen Seite versöhnen. Das ist die Aufgabe, vor der wir Christ-

demokraten in Deutschland stehen.

Vielleicht haben wir die neuen Herausforderungen, das Gesicht der neuen Zeit, nie klarer kennen lernen können als am 11. September dieses Jahres. Die schrecklichen Angriffe auf das World Trade Center in den USA haben uns vor Augen geführt, wie verletzlich unsere moderne, offene, freiheitliche Gesellschaft ist. Dieser Tag hat die kulturelle, politische und wirtschaftliche Verletzbarkeit unserer offenen Gesellschaft aufgezeigt. Er hat deutlich gemacht, in welcher Weise wir kulturell, politisch und wirtschaftlich auf dieser Welt zusammenhängen und voneinander abhängig sind.

Mit der Beschleunigung des Wandels wächst das Bedürfnis nach Orientierung

Ich habe in diesen Wochen und Monaten, aber auch in den letzten Jahren die Gegner der Globalisierung protestieren sehen. Vieles davon erinnert mich an die Maschinenstürmer im 19. Jahrhundert. Viele Menschen – das müssen wir aufnehmen, wahrnehmen und anerkennen – begreifen das

rasante Tempo der Veränderungen um sie herum nicht nur als Chance, viele Menschen empfinden dabei Unbehagen. Sie sehen darin ein Stück Verlust an vertrauter Sicherheit, ja sogar an Lebensqualität. Wenn wir diese Empfindungen als kleinmütig oder gar als kleingeistig abtun, dann nehmen wir diese Menschen nicht ernst. Es ist zutiefst menschlich, dass mit der Beschleunigung des Wandels das Bedürfnis nach Orientierung in unserer Gesellschaft wächst. Die CDU setzt den Fliehkräften, die die Menschen spüren, etwas entgegen, nämlich auch die Kraft des Bewahrens.

Die Alternative zur Globalisierung wäre Isolation. Das kann und darf für uns niemals eine ernsthafte Alternative sein. Es kann auch nicht darum gehen, herauszufinden, wie wir die Globalisierung stoppen können. Es geht darum, die Chancen der Globalisierung zum Wohle aller in unserer Gesellschaft zu wahrzunehmen – für die soziale, die innere und die äußere Sicherheit, für die Menschen in diesem Lande und ihre Identität.

Wenn die Globalisierung nur dem Wohle weniger dienen würde, würde sie scheitern und ins Verderben führen. Wenn wir aber auch

in der spannenden Zeit, in der wir leben, den Prinzipien folgen, die uns in den letzten 50 Jahren geleitet haben, und wenn wir die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität –, auch für die globale Wirtschaft heranziehen, dann wird die Globalisierung die Kraft für Gutes sein, dann wird die Globalisierung eine Bewegung auslösen, von der die Menschen in der Region, in Europa und in der ganzen Welt Anteil haben und profitieren.

Es geht um die Lösung der politischen Aufgabe unserer Zeit

Machen wir uns nichts vor: Wem die Gestaltung dieser Aufgabe gelingt, der hat die politische Aufgabe unserer Zeit gelöst. Es geht heute darum, Ordnungspolitik im Dienste einer zukunftsfähigen, einer neuen Sozialen Marktwirtschaft als globale Aufgabe zu verstehen – auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene.

Es liegt wieder an uns, diese entscheidende Gestaltungsaufgabe zu bewältigen. Das können nur wir; denn die Sozialdemokraten sind auf stromlinienförmig-

gen Parteitag – dies konnten wir doch in Nürnberg beobachten – zu blinder Gefolgschaft degeneriert, die Grünen gehen wie immer ihrer Lieblingsbeschäftigung, der Beschäftigung mit sich selbst, nach und die Liberalen hecheln atemlos dem Taumel der Veränderung hinterher. Wir als Christlich Demokratische Union werden in dieser Zeit dringend gebraucht.

Unsere Antwort: Die neue Soziale Marktwirtschaft

Als ich damals gesagt habe, dass wir uns mit der neuen Sozialen Marktwirtschaft beschäftigen sollten, haben viele Leute gesagt: Um Gottes Willen, was macht die Frau? Die Soziale Marktwirtschaft kennen wir; das „Neue“ wollen wir nicht haben. Hat sie Erhard verstanden? Wird sie die Grundwerte auf den Kopf stellen? Was soll das bedeuten? – Ich sage Ihnen: Die neue Soziale Marktwirtschaft ist die Antwort auf die Frage, was Ludwig Erhard heute unter den veränderten Bedingungen machen würde, um das Gleiche zu erreichen wie in der Nachkriegszeit, nämlich Wohlstand für alle, Arbeit für alle

und keine Verschuldung des Bundeshaushaltes. Das ist die Aufgabe.

Wir wollen die Versöhnung des Widerspruchs zwischen Globalisierung und Verwurzelung leisten. Das ist eine zutiefst christlich-soziale Aufgabe, wenn wir die sozialen Verwerfungen bekämpfen wollen. Das ist eine zutiefst liberale Aufgabe, weil es darum geht, die Offenheit unserer Welt positiv aufzunehmen. Das ist eine zutiefst konservative Aufgabe, weil es darum geht, Tradition und Werte zu bewahren. Es ist also mit Blick auf die Wurzeln unserer Partei eine zutiefst christlich-demokratische Aufgabe, diese neue Ära zu gestalten.

Die Sozialdemokraten und die Grünen hatten die Chance. Sie haben sie 1998 erhalten, weil die Menschen viele Hoffnungen in diese neue Regierung gesetzt haben. Schon nach drei Jahren wissen wir, dass der Großteil dieser Hoffnungen nicht erfüllt worden ist: Es gibt an vielen Stellen Stillstand. Es gibt an vielen Stellen Rückschritt. Es gibt an vielen Stellen Ratlosigkeit. Es gibt an vielen Stellen Beschäftigung mit sich selbst. – Wieder einmal erweist sich: Die Linken können immer nur genau so weit denken, wie die Verhältnisse sind.

Bei ihnen steht immer noch Karl Marx im Hintergrund: Das Sein bestimmt das Bewusstsein. Das ist die Art der Wahrnehmung von Linken.

Unsere Antworten waren immer praktisch und am Menschen orientiert

Was uns, die Christdemokraten, immer ausgezeichnet hat, war, dass unsere Antworten nicht ideologisch waren. Unsere Antworten waren immer praktisch, waren immer am Menschen orientiert. Die neue Soziale Marktwirtschaft findet eine Antwort darauf, wie wir in wenigen Tagen und Wochen von 3,8, 3,9 oder 4,0 Millionen Arbeitslosen wegkommen können hin zu einer Gesellschaft, die humaner ist. Wir können doch nicht sagen: Wir leben in einer globalen Welt, da ist Vollbeschäftigung eben eine Illusion.

Wir leben in einer globalen Welt, da fällt eben dieser oder jener durch den Rost. – Erhards Anspruch muss doch weiter gelten: Wohlstand für alle und Teilhabe für alle in dieser Gesellschaft unter veränderten Bedingungen. Genau das ist unser Ziel. In dieser neuen

Zeit, im 21. Jahrhundert, in der Wissensgesellschaft, wie wir es nennen, ist der Schlüssel zu mehr Wohlstand die Frage der Bildung. Annette Schavan weiß es besser als ich, aber wir wissen es alle: Leider liegen deutsche Kinder im internationalen Vergleich, was Lesen, Schreiben und Rechnen anbelangt, im unteren Mittelfeld der Bewertung.

Die SPD hat über Jahrzehnte Ideologien im Schulsystem gepredigt

Wir sind uns doch einig, dass dies nicht an den Kindern liegt. Es liegt auch nicht an den Eltern in Deutschland, noch nicht einmal an den Lehrern in Deutschland. Dies liegt einzig und allein daran, dass die Sozialdemokraten über Jahrzehnte Ideologien im Schulsystem gepredigt haben, statt der praktischen Vernunft zu folgen.

Ich finde es toll, dass gerade von Sachsen und Thüringen die Botschaft ausgegangen ist, dass es in Deutschland in Zukunft möglich sein wird, in zwölf Jahren das Abitur zu machen. Ich finde es toll, dass Peter Müller dafür gesorgt hat, dass auch die Kinder im Saarland in zwölf Jahren Abitur machen können.

Es gehört auch zur Wahrheit, dass die Kinder in Sachsen in zwölf Schuljahren mehr Unterrichtsstunden erhalten als in Niedersachsen in 13 Schuljahren. Aber das wird sich mit Christian Wulff im nächsten Jahr ändern.

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Nürnberg hat der einzige in der Sache weiterführende Antrag, nämlich der der Bundesbildungsministerin, bei Langzeitstudenten Studiengebühren einzuführen, eine Niederlage erlitten. Der Bundeskanzler hat sich nicht für seine Bildungsministerin eingesetzt. Ich kann nur sagen: Die von Ludwig Erhard vorgesehenen Anreize funktionieren bei Langzeitstudenten prima. In Baden-Württemberg hat Erwin Teufel die Erfahrung gemacht: Sobald ab dem 13. Semester Studiengebühren eingeführt werden, sind die Langzeitstudenten aus Baden-Württemberg verschwunden. – So einfach geht das; so muss das in ganz Deutschland werden.

Das Markenzeichen der Sozialen Marktwirtschaft hieß doch immer: Anreize für Leistung setzen. Das Dilemma der Politik der rot-grünen Bundesregierung besteht darin, dass sie diese für Wachstum und Beschäf-

tigung notwendigen Anreize nicht setzt.

Es ist doch eine nicht wegzuredende Tatsache, dass Deutschland im Augenblick in Europa beim Wirtschaftswachstum den letzten Platz einnimmt. Da kann der Bundeskanzler noch so viel herumreden, noch so sehr auf die Abhängigkeiten von Amerika verweisen und den Amerikanern noch so sehr die Schuld in die Schuhe schieben: Dass wir beim Wirtschaftswachstum hinter den Iren, Briten, Franzosen und Spaniern liegen, das hat mit Amerika absolut nichts zu tun. Das werden die Menschen ihm auch sagen.

Kein Grund, Mittelständler schlechter als Kapitalgesellschaften zu behandeln

Das beste Beispiel dafür, dass die Anreize falsch oder nicht ausreichend gesetzt werden, ist die Steuerreform der Bundesregierung. Die Kapitalgesellschaften werden entlastet; das unterstützen wir. Aber es gibt nicht den geringsten Grund dafür, dass die Mittelständler, die Personengesellschaften, diejenigen, die 96 Prozent der Unternehmen in Deutschland prägen und die

80 Prozent der Arbeitsplätze schaffen, schlechter behandelt werden als die Kapitalgesellschaften in der Bundesrepublik Deutschland.

Falsche Unterscheidung zwischen Unternehmen und Unternehmern

Das liegt einzig und allein daran, dass die Sozialdemokraten bis heute immer wieder unrichtigerweise zwischen Unternehmen und Unternehmern zu unterscheiden versuchen. Es gibt nicht den geringsten Grund, staatlicherseits vorzugeben, welche juristische Rechtsform man haben muss, damit man vom Staat besser oder schlechter behandelt wird. Das ist nie unser Denken gewesen.

Was hat sich im Vergleich zu der Zeit von Ludwig Erhard verändert? Verändert hat sich, dass die Menschen heute überlegen können, wo sie ihr Unternehmen gründen, wo auf der Welt, wo in Europa und wo in anderen Erdteilen sie die besten Bedingungen für ihre Initiative finden. Wir alle wissen: Die Soziale Marktwirtschaft wird nicht funktionieren, wenn die Starken aus unserem Land weggehen und die Schwächeren hier bleiben müssen. Die So-



ziale Marktwirtschaft hat immer davon gelebt, dass der Ausgleich innerhalb unserer Gesellschaft dadurch stattfand, dass die Starken gestärkt und die Schwachen gefördert wurden.

Deshalb ist es so wichtig, dass wir zukunftsfähige Arbeitsplätze nach Deutschland bekommen, dass unsere besten Wissenschaftler nicht mehr in Amerika sitzen und Amerikaner zu uns kommen, dass der Transrapid nicht nur in China, sondern auch bei uns gebaut wird, dass die grüne Gentechnologie hier keinen Stillstand hat und dass die

Menschen in den Fortschrittstechnologien des 21. Jahrhunderts Arbeitsplätze finden.

Das auffälligste Zeichen, dass etwas in diesem Lande nicht stimmt, ist, dass die Schwarzarbeit dreimal so schnell wächst wie die reguläre Beschäftigung und das Wirtschaftswachstum. Wenn die Schwarzarbeit so schnell wächst, muss ich mir doch überlegen, was ich dagegen tun kann. Denn Schwarzarbeit führt zu Ausgaben und Einnahmen, die an den sozialen Sicherungssystemen vorbeigehen. Da lautet die Antwort des Bundesarbeitsministers typisch sozialdemokratisch: Mehr Kontrolle!

Man kann nicht hinter jeden, der arbeitet, einen stellen, der kontrolliert

In der früheren DDR haben wir das alles erlebt. Sie können hinter jeden, der arbeitet, einen stellen, der kontrolliert. Zum Schluss wird sich derjenige, der arbeitet, den ganzen Tag mit nureiner Frage beschäftigen: Wie kann er den Kontrolleur austricksen? Deshalb funktioniert an dieser Stelle Kontrolle nicht.

Daher müssen wir aus ordnungspolitischer Sicht

eine Wahrheit beherzigen – diese Wahrheit ist einfach, aber in der täglichen Politik sehr kompliziert einzuhalten –: Derjenige, der arbeitet, muss mehr haben als derjenige, der nicht arbeitet. Wer mehr leistet, muss mehr haben als derjenige, der weniger leistet. Sonst funktioniert die Soziale Marktwirtschaft nicht.

Aus diesem Grunde haben wir über dieses Problem nachgedacht. Wir haben gesagt: Wir müssen bei der Sozialhilfe, beim Fundament unserer Gesellschaft, anfangen. Im Gegensatz zu 1998 haben wir zum ersten Mal gesagt, wer in unserer Republik nicht von der Sozialhilfe abhängig sein darf. Ich halte es für eine Schande, dass 1 Million Kinder in der Bundesrepublik Deutschland von Sozialhilfe abhängig sind. Das ist nicht der Sinn von Sozialhilfe. Die Entscheidung für ein Kind darf niemals die Entscheidung für die Sozialhilfe sein. Das muss sich ändern.

Warum wir ein Familiengeld vorgesehen haben

Genau das war der Grund, warum wir ein Familiengeld vorgesehen haben. Dabei haben wir gesagt: Jeder muss so

viel Geld für sein Kind bekommen, wie er bekommen würde, wenn er Sozialhilfe erhalten würde. Das führt nach unserem Grundmotto zu dem klaren und interessanten Effekt, dass der Familienvater bzw. die Familienmutter, der bzw. die jeden Tag zur Arbeit geht und drei Kinder großzieht, am Ende des Monats nicht mehr feststellen muss, dass er bzw. sie weniger in der Tasche hat als diejenigen, die von Sozialhilfe abhängig sind. Auch das ändern wir damit. Das ist richtig so!

Was für Kinder gilt, muss auch für Behinderte gelten. Wir müssen sicherstellen, dass niemand wegen seiner Behinderung von Sozialhilfe abhängig wird. Behinderte müssen vielmehr in einem eigenen Leistungsgesetz für die Last, die sie unverschuldet zu tragen haben, Unterstützung bekommen. Das ist eine ganz wichtige Sache.

Wer Sozialhilfe erhält, eine Arbeit angeboten bekommt und diese Arbeit immer wieder ablehnt, der muss stärker herangezogen werden, dem muss die Sozialhilfe stärker gekürzt werden, als das heute der Fall ist. Denn diejenigen, die arbeiten können, müssen auch Arbeit annehmen, wenn wir ihnen welche anbieten.

Wenn wir diesen Bereich geregelt haben, dann müssen wir zu dem Bereich der unteren Lohngruppen übergehen. Hierzu muss man sagen: Die Väter und Mütter der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland haben die sozialen Sicherungssysteme an die Erwerbstätigkeit gekoppelt. Das führt bereits bei einem geringen Verdienst zu relativ hohen Lohnnebenkosten.

Niedriger bezahlte Arbeit wieder attraktiver machen

Deshalb bin ich Karl-Josef Laumann, Christian Wulff und vor allen Dingen dem nordrhein-westfälischen Landesverband mit Jürgen Rüttgers außerordentlich dankbar, dass sie den Vorschlag gemacht haben, in den unteren Lohnnebengruppen erst allmählich, also progressiv, in den vollen Lohnnebenkostenbetrag einzusteigen, um niedriger bezahlte Arbeit für die Menschen, die einer solchen Arbeit nachgehen wollen, wieder attraktiver und für diejenigen Menschen, die eine solche Arbeit anbieten, bezahlbar zu machen. Das ist der Schlüssel zu mehr Beschäftigung in vielen

Dienstleistungsbereichen. Dies ist ein Potenzial in Deutschland, das wir überhaupt nicht ausschöpfen.

Die SPD hat sich mit zwei Modellversuchen begnügt

Was haben die Sozialdemokraten gemacht? Außer zwei Modellversuchen, die bürokratisch sind, nichts! Außer der Abschaffung der Förderung der Dienstleistung im Haushalt nichts! Sie sind im gesamten Lohnnebenkostenbereich kontraproduktiv, obwohl die Expertengruppen des Bündnisses für Arbeit dem Bundeskanzler serienweise Vorschläge gemacht haben. Nichts davon ist angepackt worden! Das ist die Wahrheit!

Wer wollte es bestreiten: Globalisierung, Offenheit unserer Gesellschaften, das bedeutet natürlich auch die Herausforderung, auf neue Art und Weise mit dem Thema „Zuwanderung“ umzugehen. Ich bin stolz darauf, dass wir mit Peter Müller und der Zuwanderungskommission als erste Partei ein schlüssiges Konzept erarbeitet haben, das sich mit den neuen Fragen der Zuwanderung beschäftigt. Wir haben gesagt: Zuwanderung

in Deutschland ist in den letzten Jahren nicht ausreichend gesteuert abgelaufen. Es gibt folgenden Befund: Wir haben in den letzten 20 Jahren eine Verdoppelung der Zahl der ausländischen Bürgerinnen und Bürger, und wir haben im gleichen Zeitraum eine Abnahme der Zahl der versicherungspflichtig Beschäftigten um 20 Prozent. Das heißt, die Zuwanderung in den letzten Jahren hat im Wesentlichen in die sozialen Sicherungssysteme stattgefunden. Das ist nicht in unserem Interesse und kann es nicht sein, und deshalb müssen wir das ändern.

Wir haben uns angesichts der Globalisierung in unserem Konzept ganz bewusst gegenüber Zuwanderung geöffnet, gegenüber Menschen, die im Bereich von Wissenschaft und Technik die besten Köpfe der Welt sind. Wir werden ein neues, ein modernes, ein technisch aufgeschlossenes Deutschland nicht realisieren können, wenn wir nicht im Wettbewerb um die besten Köpfe auf der Welt mithalten.

Aber Herr Schily schlägt jetzt allen Ernstes vor, dass regionale Arbeitsämter darüber entscheiden können, wo gerade welche Berufsgruppe fehlt, und dass daraufhin Einwanderung statt-

findet, zum Schluss mit Familiennachzug und vielleicht wieder in die sozialen Sicherungssysteme, und dies angesichts einer verfehlten Arbeitsmarktpolitik und angesichts von vier Millionen Arbeitslosen in Deutschland. Das wird mit uns nicht zu machen sein!

Das Kernproblem der Zuwanderung: mangelnde Integration

Wir werden unseren humanitären Verpflichtungen selbstverständlich weiter nachkommen. Das gehört zu unserem Selbstverständnis. Wir wissen aber, dass das Kernproblem der Zuwanderung die mangelnde Integration ist. Erstaunlicherweise ist in den letzten Jahren die Integration der nächsten Generation schlechter und schwieriger geworden, als es vor 10 oder 15 oder 20 Jahren der Fall war. Deshalb müssen wir als Erstes unsere Kraft auf die Integration der bei uns lebenden ausländischen Bürgerinnen und Bürger richten.

In Berlin-Kreuzberg haben 60 Prozent der jungen Schulabsolventen keine Chance auf einen Abschluss im Ausbildungssystem. Wie können wir jetzt anfangen, neue Zuwanderung in die-

sem Bereich zu organisieren, bevor nicht die bei uns lebenden Menschen eine Chance auf eine Ausbildung in diesem Lande haben?

Deshalb sage ich auch ganz klar: Integration hat für uns Vorrang. Genau aus diesem Grunde haben wir ein Nachzugsalter für Kinder von maximal zehn Jahren festgeschrieben; denn bis zu diesem Alter ist die Möglichkeit der Spracherlernung und der Integration gegeben.

Wir haben ein abgeschlossenes, ein gutes, ein richtiges Konzept. Auf der Grundlage dieses Konzeptes werden wir alle politischen Beratungen im Gesetzgebungsverfahren durchhalten. Das, was Schily bis heute vorgelegt hat, ist nicht zustimmungsfähig.

Wir wollen ein Zuwanderungskonzept mit Begrenzung, Steuerung, Integration

Es ist nicht zustimmungsfähig und wird von niemandem von uns die Zustimmung bekommen, aber ich sage auch – und da bin ich mir mit Peter Müller vollkommen einig –, wir argumentieren mit unserem Konzept auf der Sachebene. Für uns spielen nicht taktische



Dinge eine Rolle, sondern die Frage, ob die Sorgen und Nöte der Bürger berücksichtigt und ihre Probleme gelöst werden. Deshalb wollen wir ein gutes, ein richtiges Zuwanderungskonzept mit Begrenzung, Steuerung und Integration. Das ist unsere Aussage.

Es liegt an Herrn Schily, ob er auf unser Konzept eingeht, und wir antworten auf die immer wieder gestellte bange Frage „Werden Sie das zum Wahlkampfthema machen?“ natürlich: Na klar machen wir es zum Wahlkampfthema, wenn die Bundesregierung keine richtige Lösung vorschlägt.

Wenn aber die Bundesregierung Vernunft annimmt – was eher unwahrscheinlich ist, aber immer möglich –, dann werden wir selbstverständlich auf der Grundlage unseres Konzeptes zustimmen. Wir sind doch nicht dumm und erarbeiten erst

ein Konzept, und anschließend schmeißen wir es in den Papierkorb. Das wäre dumm, und so handeln wir nicht.

Wer terroristische Angriffe plant, muss unser Land verlassen

Genauso müssen wir – auch das gilt in einer offenen Gesellschaft – überprüfen, inwieweit Gastrecht, Aufenthalttsrecht bei uns von manchen missbraucht wird. Ich weiß nicht, wie es Ihnen ging, aber für mich war die bedeutendste Erkenntnis des 11. September dieses Jahres, dass bei uns, in unserem Lande, in der Mitte unserer Gesellschaft Menschen leben, die wir nicht kennen und die terroristische Angriffe planen, vorbereiten und vielleicht sogar durchführen. Wenn die Tatsachen so sind, dass 31 000

Fundamentalisten in Deutschland leben und dass sich viele von ihnen mit der Vorbereitung terroristischer Angriffe beschäftigen, dann müssen, so kann ich nur sagen, diese Menschen unser Land wieder verlassen. Das müssen wir in aller Freundschaft festhalten.

Wir wären nicht eine große Volkspartei, wir wären nicht eine Partei, die die Globalisierung positiv annimmt, wenn wir nicht auch wüssten, dass Globalisierung bedeutet, einen internationalen Rahmen für die Wirtschaftsordnung zu gestalten. Ich will keinen Weltstaat, ich will keine Überbürokratie, aber wir brauchen Institutionen wie die Welthandelsorganisation, wie den Weltwährungsfonds, wie die UNO mit ihren Konventionen, um menschliches Zusammenleben auf diesem Erdball zu organisieren.

Wir sind stolz auf Klaus Töpfer und Horst Köhler

Wir können stolz darauf sein, dass mit Klaus Töpfer in der Umweltorganisation der UNO und mit Horst Köhler im IWF zwei Christdemokraten an führender Stelle mitmachen, wenn es

darum geht, die Ordnung der Zukunft in globaler Weise zu gestalten. Ich grüße beide von hier aus recht herzlich!

Wir müssen wissen, dass Fragen des Umweltschutzes, Fragen der Entwicklungshilfe, Fragen des Abbaus von Handelsbarrieren für die Entwicklungsländer, Fragen der Einhaltung der Menschenrechte genauso zum Spektrum unserer Partei gehören. Wir werden niemals eine große Volkspartei sein, wenn wir den internationalen Umweltschutz aus den Augen verlieren, wenn wir diejenigen, die sich bei uns mit Menschenrechten befassen, zu Außenseitern erklären und wenn wir Entwicklungshilfe auf den letzten Platz schieben. Wir müssen uns auch der Anliegen dieser Menschen annehmen, und wenn wir das tun, sind wir eine starke Volkspartei.

Manch einer, zum Beispiel die Vorsitzende der Fraktion Die Grünen, Kerstin Müller, hat nach dem 11. September gesagt: Nichts ist mehr so, wie es einmal war. – Ich halte das für blanken Unsinn. Es zeigt eigentlich nichts weiter, als dass alle geistigen Gebäude der Linken angesichts der neuen Bedrohungen internationaler Art, vor denen wir stehen, zusammengebrochen sind.

Denn es zeigt sich doch, dass wir möglichst viel von dem erhalten wollen, was uns lieb und teuer ist. Das ist doch die Lehre des 11. September.

Eine Demokratie muss wehrhaft sein

Es zeigt sich – das muss doch auch dem Letzten klar geworden sein –, dass sich eine Demokratie verteidigen muss, dass eine Demokratie wehrhaft sein muss, dass wir uns nicht gleichgültig sein dürfen. Wir müssen uns überlegen, für welche Werte wir in Deutschland zu leben bereit sind. Wer leben will, der muss auch kämpfen, wenn andere uns unser Leben kaputt machen wollen.

Da sieht es natürlich mit einem Bundeskabinett, in dem mancher noch nicht einmal die Nationalhymne singen kann, schlecht aus, wenn es darum geht, zu erklären, wofür wir stehen.

Ich habe in den letzten Tagen einen bemerkenswerten Aufsatz von Norbert Blüm gefunden, mit dem Titel: Quo vadis CDU? Er schreibt: „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein“, das ist eine biblische Botschaft... Das C im Parteinamen der CDU nimmt die Trennung von Staat und Religion nicht zurück. Aber das

C könnte die Erinnerung im Gedächtnis bewahren, dass Politik ohne Gott und Gebot immer in der Gefahr steht, in Unmenschlichkeit abzustürzen.“

Deshalb, liebe Freude, war es so wichtig, dass Christoph Böhr in der Werte-kommission noch einmal überprüft hat, wie unsere Auffassung des christlichen Menschenbildes heute aussieht, wo sie für uns in der Bioethik, in der Familienpolitik und in den vielen anderen Politikbereichen Leitlinie ist. Deshalb ist es eben nicht egal, ob man Religionsunterricht hat oder nicht. Deshalb müssen auch künftige Generationen wissen, dass wir aus einer christlich-abendländischen Tradition stammen und dass diejenigen, die andere Religionen haben, trotzdem ihren Religionsunterricht an unseren Schulen bekommen müssen, damit die geistigen Grundlagen stimmen.

Familie ist dort, wo Kinder für Eltern und Eltern für Kinder Verantwortung übernehmen

Das zieht sich auch durch die Familienpolitik. Wir haben 1998 verstanden, als viele Familien sagten: Die

Sonntagsreden für uns, die Taten für das Gewerbegebiet! Mit diesem Widerspruch konnten wir nicht mehr richtig Punkte machen. Deshalb haben wir uns zusammengesetzt und haben noch einmal über unsere Familienpolitik nachgedacht. Die Sozialdemokraten sagen: Familie ist dort, wo Kinder sind. Das ist eine der unsinnigsten Sätze, die ich je gehört habe. Weder auf der Straße, auf dem Spielplatz noch in der Kinderkrippe ist Familie. Familie ist dort, wo Kinder für Eltern und Eltern für Kinder Verantwortung übernehmen. Ohne Verantwortung keine Familie.

Genau aus diesem Grunde und nicht aus Zufall stehen Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. Genau aus diesem Grunde sagen wir bei aller Toleranz: Die gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften werden und dürfen nicht die Unterstützung des Staates bekommen, die wir Familien mit Kindern angeeignet lassen. Das ist der Unterschied.

Aber wir haben – auch das entspricht dem C in unserem Namen – genauso deutlich gesagt: Auch Partnerschaften, die gescheitert sind, auch allein erziehende Mütter und auch Väter, die

sich um ihre Kinder kümmern, obwohl sie nicht mit der Mutter zusammenleben, gehören zu unserem Bild von Familie. Auch die haben in der CDU eine Heimat. Sie werden von uns nicht verstoßen, sondern sind willkommen, wenn sie Verantwortung für Kinder übernehmen.

Unsere historische Mission in diesem 21. Jahrhundert

So können wir alle Bereiche durchdeklinieren: Die Arbeitswelt, die Zuwanderung, das Steuersystem, die Familie und unsere Wertegrundlagen, all dies macht die neue Soziale Marktwirtschaft als gesellschaftliche Ordnung aus. Die internationale Dimension kommt hinzu.

Es wird eines Tages, weit jenseits des nächsten Wahltermins, einmal im Rückblick heißen, wenn wir das alles konsequent umsetzen: Es war die Kraft der Ära der CDU zu Beginn des 21. Jahrhunderts, die es vermocht hat, den Widerspruch zwischen Globalisierung und Verwurzelung so zu lösen, dass er zum Wohle der Menschen in Deutschland gelöst wurde. Das ist mein Wunsch. Das ist unsere Auf-

gabe. Das ist unsere historische Mission in diesem 21. Jahrhundert. Der sollten wir uns alle gemeinsam verschreiben.

Wenn wir das schaffen, dann sind wir **die** Partei des 21. Jahrhunderts. Welche Kraft macht mich so sicher, dass ich denke, dass wir das schaffen können?

■ **Erstens.** Ich glaube, gute Politik braucht einen klaren Kurs. Es ist in diesen Tagen ja nicht ohne Not so viel von Sicherheit und Vertrauen die Rede. Ich sage Ihnen: Beides fehlt dieser Bundesregierung, wenn man genau hinschaut. Wir brauchen keinen Bundeskanzler, dessen Verständnis von der Rolle Deutschlands in der Welt sich darin erschöpft, dass er mit Ach und Krach und unter Inkaufnahme einer Staatskrise 3.900 Soldaten zum Kampf gegen den Terrorismus bereitstellt und gleichzeitig Deutschland beim Wirtschaftswachstum auf den letzten Platz führt. Das ist nicht unsere Rolle.

Wir sind die Partei des 21. Jahrhunderts, nicht nur weil wir einen klaren Kurs haben, sondern auch weil wir ■ **zweitens** immer schon ein eindeutiges Verhältnis zu den Institutionen hatten. Institutionen prägen das Zusammenleben in un-

serem Land. Wir brauchen den Wert von Institutionen wie Familie, Verfassung, Recht, Gemeinden, Vereinen, Kirchen und Religionsgemeinschaften. Wir brauchen die Tarifparteien und wir brauchen die politischen Parteien. Wir haben nie zu denen gehört, die vorschnell über diese Institutionen hinweggehen, sie verunglimpfen und sie für sinnlos erklären. Wir wissen immer: Freiheit braucht Bindung. Freiheit ohne Bindung ist nicht die Freiheit, die wir meinen.

Uns geht es darum, dem Einzelnen wirklich zu helfen

Deshalb gehören wir nie zu denen, die sich Institutionen unterwerfen. Das tun wir nicht. Das machen Sozialdemokraten. Man hat das wieder bei der Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes gesehen. Es geht letztendlich immer nur darum, die Zentrale zu stärken, und nicht darum, dem Einzelnen wirklich zu helfen. Das ist nicht unser Ding.

Wir sind bereit, Institutionen weiterzuentwickeln. Deshalb werden wir auch niemals die Mitbestimmung aufgeben. Wir werden immer sagen: Im 21. Jahrhun-

dert muss die Mitbestimmung so weiterentwickelt werden, dass der Arbeitnehmer auf der betrieblichen Ebene die Möglichkeit hat, das, worüber er entscheiden kann, zusammen mit dem Arbeitgeber unbürokratisch, ohne die Zentrale und zum besten Nutzen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland zu entscheiden. Das ist unsere Auffassung der Institutionen.

Die CDU ist die Partei des 21. Jahrhunderts, weil sie ■ **drittens** fähig ist, Brücken zu bauen. Die Entstehungsgeschichte der CDU ist eine Geschichte des Baus von Brücken zwischen Katholiken und Protestanten sowie zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Wir wollen nicht diejenigen, die etwas leisten können, gegen diejenigen ausspielen, die das nicht können. Wir wollen nicht die Kinderlosen gegen die Kinderreichen ausspielen. Wir wollen nicht die Jungen gegen die Rentnergeneration ausspielen, die wieder einen neuen Lebensabschnitt beginnt. Wir wollen auch nicht die Verbraucher gegen die Landwirte ausspielen, wie es auf widerwärtigste Weise der Bundeskanzler im letzten Jahr getan hat.

50 Prozent der Menschen in Deutschland leben in



ländlichen Räumen. 50 Prozent der Menschen leben in einer Landschaft, die durch die Landwirtschaft geprägt ist. Die Bauern haben in den letzten Jahren viele Umweltregeln eingehalten und weiterentwickelt. Es ist eine Schande, dass wir einen Bundeskanzler haben, der in der Stunde der größten Not, bei BSE, die Bauern als Erstes mit Worten wie „Agrarfabriken“ beschimpft.

Die Union ist – ■ **viertens** – die Partei des 21. Jahrhunderts, weil sie fähig ist zu einer Politik des Augenmaßes. Eine große Volkspartei der Mitte muss immer eine Partei sein, die Augenmaß in den politischen Entscheidungen bewahrt. Wer sich einmal anschaut, dass Bundesaußenminister Fischer 1999, als er seine eigenen Leute nicht dazu bewegen konnte, beim Kosovo-Einsatz mitzumachen, bzw. lange dazu brauchte, den Kosovo mit Auschwitz verglichen hat, der merkt, dass

die Grünen an dieser Stelle überhaupt kein Augenmaß für vergleichbare oder nicht vergleichbare historische Dinge haben. Genauso wie in die eine Richtung übertrieben wird, genauso unsäglich ist es, wenn uns der Bundesverteidigungsminister mit Pool-Fotos belästigt, obwohl die deutschen Soldaten in einen schwierigen Einsatz nach Mazedonien gehen. Kein Gefühl für die Aufgabe, die ansteht!

Scharping ohne Rückhalt im Kabinett, bei der Truppe und in seiner eigenen Partei

Dass Deutschland in einer Phase, in der der Bundeskanzler selber von einer neuen Rolle Deutschlands in der Welt spricht, einen Verteidigungsminister hat, der weder den Rückhalt der Bundesregierung noch den Rückhalt der Truppe und

schon gar nicht den Rückhalt der eigenen Partei hat, das ist ein historisches Novum in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und entbehrt jeder Grundlage.

Harald Schmidt hat wahrscheinlich Recht, wenn er sagt: Scharping wirft das Handtuch erst, wenn ein Liegestuhl in der Nähe ist. Anders wird es wohl nichts werden.

Augenmaß ist auch in der Frage der inneren Sicherheit gefordert, Augenmaß bei einem Bundesinnenminister, der in seiner Verbalakrobatik überhaupt nicht zu übertreffen ist, bei dem aber den Worten an vielen Stellen überhaupt keine Taten folgen, weil Rot-Grün ihn gar nicht machen lässt. Deshalb sage ich: Wir sind schärfer als Schily, wenn es ums Handeln geht. Das ist richtig und wichtig.

Schily könnte ja überhaupt nichts auf die Reihe bringen, wenn er nicht die

CDU- und CSU-Innenminister hätte; denn diese müssen ihm ja jedes Mal die Rücken- deckung geben, die er bei Rot-Grün überhaupt nicht hat; sonst wären seine Sicherheitspakete I und II in der Schublade verschwunden und niemals durchgekommen. Das ist die Wahrheit.

Man muss auch nach Einbruch der Dunkelheit seine Wohnung verlassen können

Lassen Sie mich zum Thema innere Sicherheit eines sagen: Ole von Beust hat in Hamburg die Erfahrung gemacht: Dieses Thema muss von uns, den Politikern, ernst genommen werden; wir müssen erkennen, dass die Frage der inneren Sicherheit etwas mit sozialer Sicherheit zu tun hat; wir müssen akzeptieren, dass es zur freiheitlichen Ordnung gehört, dass man auch nach Einbruch der Dunkelheit seine Wohnung verlassen kann, dass nicht nur derjenige ins Theater kommt, der sich ein Taxi leisten kann, dass nicht nur der eine Nachtschicht machen kann, der ein eigenes Auto hat, sondern dass man öffentliche Verkehrsmittel benutzen kann und sich in seiner eigenen Wohnung sicher

fühlt. Das gehört zu den sozialen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

Augenmaß – das ist das Thema, für das ich mich auch in einer anderen Frage sehr eingesetzt habe. Dabei müssen wir akzeptieren, dass durch den 11. September klar geworden ist, dass wir es in unserem Land mit Bedrohungen zu tun haben werden, bei denen man innere und äußere Sicherheit nicht mehr so trennen kann wie früher. Die Angriffe auf das Welthandelszentrum sind Angriffe quasi militärischer Art, durchgeführt von nicht staatlichen Organisationen. Diese Bedrohung müssen wir beantworten. Deshalb haben wir uns mit Augenmaß – nicht irgendwie im Überschwang – darüber Gedanken gemacht, wie die innere und äußere Sicherheit verbessert werden kann und wie eine Zusammenarbeit von Polizei, Bundesgrenzschutz und Bundeswehr – in bestimmten Bereichen, nur dort, wo die spezifischen Fähigkeiten der Bundeswehr besser sind, zum Beispiel bei ABC-Waffen –, ermöglicht werden kann, wenn es zu terroristischen Bedrohungen in unserem Lande kommt. Das ist neues Denken. Wir dürfen nicht immer nur das Alte nachmachen, sondern auf

die neuen Herausforderungen richtige, zeitgemäße Antworten geben.

■ **Fünftens** ist die CDU die Partei des 21. Jahrhunderts, weil sie sich um Ehrlichkeit bemüht. Ich glaube, es kommt im 21. Jahrhundert darauf an, dass man das sagt, was man für richtig hält, und das tut, was man sagt. Dieses Bemühen um Ehrlichkeit ist besonders wichtig, weil der Bundeskanzler, den wir jetzt gerade haben, ein Bundeskanzler ist, der vieles versprochen, aber wenig gehalten hat. Er hat gesagt, eine Ökosteuer von 6 Pfennig ist das Ende der Fahnenstange. Was ist daraus geworden? Am Ende der Legislaturperiode werden es 32 Pfennig sein. Das, was der Bundeskanzler gesagt hat, war glatt gelogen.

Schröder wird in die Geschichte eingehen unter: Versprochen – gebrochen

Er hat von einer massiven Senkung der Arbeitslosigkeit gesprochen, von einer Senkung der Lohnnebenkosten auf unter 40 Prozent, von einer Senkung des Staatsdefizits. Schröder hat alle Chancen, als Bundeskanzler in die Geschichte der Bundesrepublik Deutsch-

land unter der Überschrift einzugehen: Versprochen – gebrochen. Wir werden das im Wahlkampf durchdeklinieren, Punkt für Punkt und Sachverhalt für Sachverhalt. Nicht wir haben es versprochen, er hat es versprochen.

■

Schröder hat recht: Er hat nicht verdient, weiter zu regieren

Der Bundeskanzler hat – ich sage jedem: Wiederholen Sie es immer wieder! – gesagt: Speziell ich möchte nach vier Jahren an einer einzigen Frage gemessen werden, an der nämlich, ob es einer neuen Regierung gelungen ist, die Arbeitslosigkeit massiv zu senken. Wenn es uns nicht gelingt, bereits in den ersten Jahren Durchbrüche zu erzielen, dann haben wir es nicht verdient, weiterzuregieren.

Wo er Recht hat, hat er Recht. Genauso werden wir es am 22. September machen.

Wir wollen deshalb den Kreislauf von Versprechungen, Erwartungen und Enttäuschungen durchbrechen. Die Menschen in unserem Lande wollen Anerkennung für das, was sie leisten. Sie wollen die Freiheit, ihre Entscheidungen selber treffen zu können. Die Menschen in

unserem Lande versuchen Tag für Tag, ihr Bestes zu geben. Sie arbeiten hart; sie kümmern sich um ihre Familien, ihre Angehörigen; sie haben Freundschaften mit ihren Kollegen. Wir, die Politiker, haben lediglich – aber das scheint für andere schwer zu sein – die Aufgabe, ihnen Bedingungen zu verschaffen, unter denen sie ihr Leben gestalten können, so wie sie es möchten. Deswegen haben wir den Menschen keine Knüppel zwischen die Beine zu werfen, sondern ihre Pläne zu unterstützen. Deshalb müssen wir den Menschen Freiräume eröffnen, damit sie ihre Entscheidungen treffen können. Deshalb ist die Frage des Steuersystems in der Bundesrepublik Deutschland nicht ein finanztechnisches Thema, sondern ein Problem des Verhältnisses der Bürger zu ihrem Staat. Unsere Aufgabe muss es sein, jedem Einzelnen in diesem Lande wieder eine Stimme zu geben, damit jeder in diesem Lande wichtig ist, damit wieder Politik für die Menschen gemacht wird.

Ich denke an all die Arbeitnehmer, die mit einem geringen Lohn ihrer Arbeit nachgehen und die durch steigende Krankenkassenbeiträge und durch Anhebung der Ökosteuer zum 1.

Januar 2002 noch mehr belastet werden. Durch Rot-Grün haben sie nicht mehr, sondern weniger in der Tasche.

Ich denke auch an unsere Soldaten, die sich im Einsatz befinden und die für Frieden und Freiheit auf unserem Kontinent Europa eintreten, aber deren Ausrüstung durch die Bundesregierung nicht verbessert – wie es angesichts der Schwierigkeit der Aufgabe sein müsste –, sondern verschlechtert wurde.

Ich denke an die Polizisten, die in vielen sozialdemokratischen Ländern heute immer noch ihre eigenen Ausrüstungsgegenstände wie schusssichere Westen selber kaufen müssen, obwohl sie einen schweren Dienst leisten. Ich halte das für einen Skandal.

■

Schröders Gesundheitspolitik: Der Weg in die Zwei-Klassen-Medizin

Ich denke an die Kranken – vor allen Dingen an die Kranken, die sich nicht so gut ausdrücken können –, denen die Gesundheitspolitik von Schröder nichts anderes bringt als eine dauernd anwachsende Zwei-Klassen-Medizin. Das ist nicht unser Bild von sozialer Gerechtigkeit. Wir wollen,

dass jeder die Chance auf eine ordentliche medizinische Versorgung hat. Wir sagen den Menschen ehrlich: Dies wird ohne einen Eigenbeitrag nicht gehen. Aber wir werden dafür sorgen, dass jeder diese Chance hat: der chronisch Kranke, der Schwerkranke, derjenige Kranke, der sich besser ausdrücken kann, und derjenige Kranke, der dies nicht kann. Das ist unsere Marschrichtung.

Unser Angebot an die Menschen: Jeder Einzelne im Mittelpunkt unserer Politik

Deshalb haben wir im Bild eines Vertrages in unserem Leitantrag den Menschen in Deutschland ein Angebot gemacht. Wir sagen: Wir stellen euch alle, jeden einzelnen, in den Mittelpunkt unserer Politik. Wir machen keine Politik wie machen der Bundeskanzler, der immer nur die organisierten Gruppen in unserem Lande im Auge hat. Jede Gruppe bekommt ihr Gesetz und zwischendurch werden die Gruppen gegeneinander ausgespielt. Wir machen keine Politik der organisierten Interessen, sondern wir nehmen jeden Menschen in unserem Lande gleich ernst.

Dass wir das, was wir sagen, auch halten, das zeigen wir in den Ländern, in denen wir regieren.

Schauen Sie sich Baden-Württemberg an. Die beispielhafte Kriminalitätsrate dort ist ein Verdienst von Erwin Teufel.

Roland Koch hat im Wahlkampf gesagt: Ich setze in Hessen eine Unterrichtsgarantie durch. – Im nächsten Jahr wird diese Garantie abschließend durchgesetzt sein, nachdem sie schon in diesem Jahr fast durchgesetzt wurde. Roland Koch hat für die Menschen in Hessen Wort gehalten.

Peter Müller hat einen gewagten Wahlkampf bestritten. Manch einer ist zusammengezuckt, als er gesagt hat: Ich steige aus der Steinkohle aus. – Aber Peter Müller hat andere zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen. Heute liegt das Saarland besser in der Arbeitslosenstatistik als Nordrhein-Westfalen. Das ist die Wahrheit; das ist reale Politik.

Es kommt eben nicht von ungefähr, dass in allen wirtschaftlichen Daten die Länder Sachsen und Thüringen mit Kurt Biedenkopf und Bernhard Vogel unter den neuen Bundesländern vorne liegen.

Lieber Ole von Beust, für Sie ist dies ein Ansporn. Ich

bin ganz sicher, dass Sie Hamburg nach 44 Jahren aus dem unerträglichen rot-grünen Filz herausholen und wieder zu einer Freien und Hansestadt machen, die ihren Namen verdient.

Wir sagen nur das, was wir halten können, und wir halten das, was wir zusagen. So haben wir es auch in der Bundespartei gemacht.

■ In Essen habe ich gesagt:

Ich will eine CDU, die die Ethik der Sozialen Marktwirtschaft unter globalisierten Bedingungen weiterentwickelt und die der Generationengerechtigkeit bei der Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme zum Durchbruch verhilft. Ich bin stolz darauf, dass wir dies mit der Sozialstaatskommission von Christian Wulff, mit der Bildungskommission von Annette Schavan und mit der Arbeit der Kommission Neue Soziale Marktwirtschaft einlösen konnten und dass wir heute auf diesem Parteitag ein Konzept beraten und beschließen werden, das genau diese Politik der CDU widerspiegelt.

■ In Essen habe ich gesagt:

Ich will eine CDU, die auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes die Menschenwürde zu

ihrem Maßstab bei der Bewertung technologischer Risiken macht. Ich bin stolz darauf, dass wir dies mit der Konzeption von Jürgen Rüttgers und seiner Kommission eingelöst haben und bald ein Papier beraten werden, das sich genau mit diesen Fragen befasst.

■ **In Essen habe ich gesagt:**

Ich will eine CDU, die für ein Europa der Bürger eintritt. Ich bin stolz darauf, heute sagen zu können, dass wir dank eines großartigen Konzepts von Wolfgang Schäuble für einen europäischen Verfassungsvertrag mit unseren Vorstellungen von Kompetenzaufteilung in der zukünftigen Europäischen Union Vorreiter in der Europäischen Union sind.

Lassen Sie mich an dieser Stelle ein ganz herzliches Wort des Dankes an Hans-Gert Pöttering, den Vorsitzenden der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, sagen, der mit der größten Fraktion im Europäischen Parlament Politik für die Zukunft und für die Christdemokraten in unserem Lande macht. Herzlichen Dank, Hans-Gert Pöttering.

■ **In Essen habe ich gesagt:**

Ich will eine CDU, die dem einzelnen Bürger Freiräume lässt, die er braucht, und die

ihm dort, wo er den Staat braucht, hilft. Ich bin stolz darauf, heute sagen zu können, dass wir das mit dem Konzept von Christa Thoben „Starker Bürger, starker Staat“ eingelöst haben. Ich danke Jörg Schönbohm, der hierzu auch Konzepte für die innere Sicherheit des 21. Jahrhunderts vorgelegt hat.

■ **In Essen habe ich gesagt:**

Ich will eine CDU, die ein Bekenntnis zur Nation, zur Heimat und zur eigenen Identität abgibt und die für ein Deutschland eintritt, das ein tolerantes Land unter anderen Ländern ist. Ich bin stolz, dass Peter Müller mit seinem Zuwanderungskonzept und Volker Rühle mit seinen außenpolitischen Leitsätzen genau dies eingelöst haben. Herzlichen Dank an beide für diese Arbeit.

■ **In Essen habe ich gesagt:**

Ich will eine CDU, deren Mitglieder in die Meinungsbildung einbezogen werden, deren Mitglieder selbstbewusst sind und diskutieren. Ich bin stolz darauf – ich bedanke mich an dieser Stelle ganz ausdrücklich bei Laurenz Meyer –, dass wir mit einer Serie von Regionalkonferenzen im Vorfeld dieses Parteitages mit 6 000 unserer Mitglieder über unseren Leitantrag gesprochen

und diskutiert haben und damit unsere Beratungen bereichert haben. Herzlichen Dank, Laurenz Meyer.

■ **In Essen habe ich gesagt:**

Ich will eine CDU, die nach Debatten und Diskussionen klare Entscheidungen trifft, Mehrheitsentscheidungen akzeptiert und auf dem gemeinsamen Weg vorangeht. Ich bin stolz, dass wir auch dies einlösen. Ich sage unverhohlen: manchmal mit etwas mehr Mühe, manchmal mit etwas weniger Mühe, in Sachfragen manchmal einfacher als in Personalfragen. Aber ich füge hinzu: Edmund Stoiber und ich, CDU und CSU gemeinsam, werden genau diesen Weg gehen.

Unter Freunden wird sicherlich auch manchmal Tacheles geredet, mal mit bayerischer Würze, mal mit vorpommerscher Direktheit. Das gehört zu den Menschen, die wir sind. Aber, liebe Freunde, eins muss in den nächsten Monaten klar sein: CDU und CSU können nur gemeinsam gewinnen. Wir können nur gemeinsam stark sein.

Genau in diesem Geiste werden Edmund Stoiber und ich unseren Parteien Anfang des Jahres 2002 einen Vorschlag machen, wer die Union als Kanzlerkandidat

im Wahlkampf 2002 vertritt. Ich sage Ihnen, es ist richtig, einen einmal eingeschlagenen Zeitplan einzuhalten.

Ich sage Ihnen, es ist richtig, zu den Beschlüssen zu stehen und damit dem Gegner zu zeigen: Wir lassen uns nicht beirren. Denn – das sage ich schon mal für die Zukunft –, nach der Entscheidung über den Kanzlerkandidaten brauchen wir dann in einer Mediendemokratie die Kraft, gemeinsam und geschlossen die Person zu unterstützen, die uns in den Wahlkampf 2002 führt – mit allen Konsequenzen.

Wir brauchen Begeisterung, die auf Menschen ausstrahlt

Wenn uns das gelingt, dann fehlt uns nur noch eins: Dann brauchen wir die Begeisterung, die auf die Menschen in diesem Lande ausstrahlt. Ich habe es immer wieder gesagt, weil ich es so toll fand, wie Heiner Geißler es ausgedrückt hat: Nur wer sich selber imponiert, imponiert auch anderen. Wir imponieren uns und deshalb werden wir die Menschen in unserem Lande begeistern. Ich bin ganz sicher, dass das so sein wird.

Liebe Freunde, unser Fundament sind die Mitglieder, die vielen Mandatsträger, die in Orts- und Kreisverbänden Verantwortung tragen, die an den Canvassing-Ständen nachher die Arbeit machen, dort für uns stehen, die Mitglieder, die sich beschimpfen lassen müssen, wenn etwas nicht richtig läuft, und die Mitglieder, die für uns einstehen; denn sie wissen, wir kämpfen für eine gemeinsame Sache. Dieses unser Fundament ist stark und fest verwurzelt. Es ist so etwas wie unser Basiccamp, von dem aus wir wohl ausgerüstet den Gipfelsturm angehen können.

Liebe Freunde, wir wissen alle: Der Gipfelsturm 2002 wird kein lockerer Familienausflug bei Sonnenschein am Nachmittag. Da machen wir uns mal nichts vor! Wer sich engagiert, wer etwas bewegen will, wer weiß, wofür er kämpft, der wird auch die Kraft haben, sich auch unter widrigen Witterungsverhältnissen hinzustellen, zu kämpfen, auch wenn es manchmal schwer fällt.

„Lassen wir uns nicht ins Bockshorn jagen von dem, was täglich gesagt wird! Viele gucken mich ja im Moment wie einen etwas abartigen Vogel an. Dies ge-

schieht nach dem Motto: Wieso überhaupt noch von Wahlsieg reden?“ – Doch halt, das sind nicht meine Worte. Das waren die Worte Helmut Kohls in seiner Rede auf dem Hamburger Parteitag. Damals gab es Gegenwind. Auch damals gab es nur eine Antwort: kämpfen, kämpfen, kämpfen. Und wir haben damals gewonnen.

Mein Ziel: Sieg bei der Bundestagswahl und: für die Menschen ab 2002 wieder eine bessere Politik machen

Der Sieg bei der Bundestagswahl 2002, das ist, das muss und das wird unser Ziel sein. Mein Ziel ist es nicht, eine wie auch immer geardete achtbare Niederlage hinzunehmen. Mein Ziel ist wirklich nicht der Wettbewerb: Wer verliert in diesem Lande am schönsten? Mein Ziel ist der Sieg bei der Bundestagswahl, und zwar nicht als Selbstzweck, sondern als Aufgabe, für die Menschen in diesem Lande ab 2002 wieder eine bessere Politik zu gestalten. Das ist die Aufgabe.

Dabei haben wir viel vor. Zuerst muss das Signal nach Sachsen-Anhalt gehen, zu unserem Freund Wolfgang Böhmer, der dort als Spit-



zenkandidat der CDU in eine schwierige Auseinandersetzung geht. Aber wir wollen dort SPD und PDS endlich zeigen, dass Sachsen-Anhalt etwas Besseres verdient hat als eine rot-rote Regierung.

Am Tag der Bundestagswahl haben wir Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern. Wir werden Eckhardt Rehberg mit allem unterstützen, damit dieses wunderschöne Land, mein Heimatland, endlich wieder aus dem rot-roten Filz herauskommt und das bekommt, was es verdient:

eine ordentliche Regierung, die das Land nach vorne bringt.



Wir gehen raus in den Kampf mit Herz und Verstand, solidarisch, mit Mut und Zuversicht

Deshalb markiert dieser Parteitag eine wichtige Weggabelung. Wir haben die Wahl: Wir können uns da einrichten und wohl fühlen, wo wir gerade sind. Wir können uns in ein Kämmerlein setzen und dort bibbern und ängstlich hoffen. Oder aber

wir machen es anders – ich sage Ihnen, dass das mein Weg ist –: Wir gehen raus in den Kampf mit Herz und Verstand, solidarisch, mit Mut und Zuversicht. Dann wird es uns gelingen, nächstes Jahr die Bundesregierung dorthin zu schicken, wohin sie gehört. Dann wird es uns gelingen, gemeinsam wieder mehr aus Deutschland zu machen. Ich bitte Sie: Kämpfen Sie mit!

*Lang anhaltender
lebhafter Beifall und
Bravo-Rufe – die
Delegierten erheben sich.*

GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

Ziel: stärkste Fraktion im Deutschen Bundestag

Wir wollen und wir können die nächste Bundestagswahl 2002 gewinnen! Die Bundesregierung hat nach drei Jahren abgewirtschaftet. Schröder ist mit hohlen Versprechungen in die Legislaturperiode gestartet. Bis zum 22. September nächsten Jahres versucht die Bundesregierung zu überwintern.

Das Datum, das Schröder und die SPD jedes Jahr wieder fürchten ist aber der 21. März. Sie wissen, das ist Frühjahrsanfang. Das ist der Übergang vom Winterschlaf zur Frühjahrsmüdigkeit.

Die Regierung
Schröder hat
Deutschland in eine
bedrohliche Lage
gebracht

Wir reden seit einigen Wochen wieder über die innenpolitische Lage, über Arbeitslosigkeit, über Wirtschaftswachstum, dass Deutschland Schlusslicht ist in Europa. Wir reden über die schwierige Situation der sozialen Sicherungssysteme. Viele Menschen in unserem Land be-

BERICHT DES
GENERAL-
SEKRETÄRS



LAURENZ MEYER
AUF DEM 14. PAR-
TEITAG DER CDU
IN DRESDEN
AM 3. DEZEMBER

greifen erst jetzt, in was für eine bedrohliche Lage die Regierung Schröder die Bundesrepublik Deutschland gebracht hat.

Manche in unserem Land, manche Historiker, Kommentatoren und Politiker haben in der Vergangenheit behauptet, es gäbe keine großen Themen mehr in der Auseinandersetzung. Nach Westintegration, Wiederbewaffnung und Deutscher Einheit gäbe es keine ähnlich großen Streitfragen mehr.

Der Gegensatz zwischen Freiheit und Sozialismus sei mit dem Wegfall des Eisern-

nen Vorhanges abgehakt und große Themen der Auseinandersetzung zwischen den großen Volksparteien gäbe es nicht mehr.

Sind vier Millionen Arbeitslose, rund 450.000 junge Menschen ohne Job kein Thema? Ist die demographische Entwicklung mit ihren schwerwiegenden Problemen für die Alterssicherung und die Gesundheitsreform kein großes Thema? Sind die Auswirkungen von Globalisierung und Digitalisierung auf unsere Arbeitsplätze kein großes Thema?

Wir haben unsere
Programmatik über-
prüft und Lösungen
erarbeitet

Wir haben Lösungen erarbeitet. Wir haben Konzepte entwickelt. Wir haben unsere Programmatik überprüft. Mancher hat bei der letzten Bundestagswahl gemeint, die CDU habe nicht mehr die richtigen Antworten auf die wichtigen Zukunftsfragen. Wir werden daran gemessen werden,

dass wir uns anders verhalten als die Regierung Schröder. Die Art und Weise, wie Schröder und die SPD 1998 allen alles versprochen, aber nichts gehalten haben, ist verbrannt.

Schröder und die SPD haben im Wahlkampf 1998 eine Garantiekarte verteilt. Die Einladung, ihn an seinen Versprechen zu messen, nehmen wir gerne an.

Sein erstes Versprechen lautete: „Mehr Arbeitsplätze durch eine konzertierte Aktion für Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit! Arbeitslosigkeit kann man bekämpfen.“ Die einzige Maßnahme, die er ergriffen hat, waren diese berühmten Runden, in denen er als Talkmaster auftrat und die ergebnislos verliefen. Die Veranstaltung heißt Bündnis für Arbeit.

Tatsache ist: Deutschland ist Schlusslicht in Europa

Entgegen seinen Gewohnheiten ist er auch konkret geworden. Er hat versprochen, die Zahl der Arbeitslosen bis zum Ende 2002 auf deutlich unter 3,5 Millionen Menschen zu senken. So schreibt das Handelsblatt vom 2. Mai 2000. Tatsache ist: Wir sind Schlusslicht in Europa.

Erstmals seit Beginn der Arbeitslosenstatistik 1964 liegt Deutschland bei der Arbeitslosenquote über dem EU-Durchschnitt. Im Winter werden über 4 Millionen arbeitslos sein. Die Konkursrate ist um rund 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Hunderttausende Menschen werden ihren Arbeitsplatz verlieren, sie wissen es nur noch nicht.

Beim Wirtschaftswachstum sind wir auf dem letzten Platz. Und das, obwohl alle mit den gleichen Problemen der Weltwirtschaft zu kämpfen haben. Die Rahmenbedingungen in Spanien und Italien sind wie bei uns.

Was hat die SPD dem Mittelstand im Wahlkampf nicht alles versprochen: „Die wichtigsten Unternehmer arbeiten nicht unbedingt in der Chefetage eines Wolkenkratzers.“ Man wolle sich um die kleinen- und mittleren Unternehmen kümmern. An die kleinen und mittleren Unternehmen hat Schröder danach überhaupt nicht mehr gedacht, sondern war selbst nur noch in den obersten Etagen der Wolkenkratzer. Im Handwerk gehen für 2001 circa 200.000 Stellen verloren. In 2002 geht man noch mal von 60.000 Stellen aus, es können auch noch mehr werden.

Versprochen – gebrochen, Herr Schröder!

Wir kritisieren nicht nur. Wir sagen auch wie es besser geht. Der beste Beleg sind unsere Erfolge in den unionsgeführten Bundesländern. Von den 40 Arbeitsamtsbezirken mit der niedrigsten Arbeitslosenquote liegen 39 in unionsgeführten Bundesländern. Herr Schröder sollte sich in seiner Neujahrsansprache persönlich bei Erwin Teufel und Roland Koch, Edmund Stoiber, Kurt Biedenkopf, Bernhard Vogel und Peter Müller bedanken. Ihre Ergebnisse in den von ihnen geführten Ländern bewahren ihn vor einem noch schlechteren Abschneiden.

Das Saarland ist Aufsteiger unter den Bundesländern

Was in Hessen und im Saarland in knapp zwei Jahren geleistet worden ist, ist ausgezeichnet. Glückwunsch an Roland Koch. Bis zum Oktober 2001 ging die Arbeitslosenquote seit seinem Amtsantritt um 2,4 Prozentpunkte zurück. Das Saarland ist Aufsteiger unter den Bundesländern. Was hat es unter Oskar Lafontaine zu leiden gehabt.

Im Saarland 2 Prozentpunkte Rückgang der Arbeitslosigkeit, seit Peter Müller an der Regierung ist.

Das zweite Versprechen, was Herr Schröder auf seiner Garantiekarte abgegeben hat, war der Abbau der Jugendarbeitslosigkeit. 100.000 Jobs hat er den jungen Menschen versprochen; in Arbeit kamen gerade mal 28.000 Jugendliche. Alle anderen wurden in bildungspolitische Warteschleifen gedrückt. Teuer bezahlt wurde jeder dieser Arbeitsplätze.

Versprochen – gebrochen, Herr Schröder! Das ist das Motto dieser Bundesregierung.

Wer so regiert, darf kein zweites Mal Verantwortung übertragen bekommen. Dafür werden wir sorgen. Auch hier belegen die Fakten, dass die CDU/CSU-geführten Bundesländer deutlich besser abschneiden. Das ist auch ein Erfolg einer effizienteren Bildungspolitik. Davon profitieren die jungen Leute.

Das dritte Versprechen war, der Aufbau Ost wird Chefsache. Aber aufgefundene Cousins ersetzen keine Infrastruktur. Der Vergleich zwischen den Ergebnissen von Sachsen unter Führung von Kurt Biedenkopf und Thüringen unter Führung von

Bernhard Vogel mit den Ergebnissen von Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern könnte krasser nicht sein. Es zeigt sich, dass die SPD allein schon Wirtschaftspolitik nicht kann. Da wo sie mit der PDS zusammen regiert, wird es regelrecht zur Katastrophe.

Diese Regierung gehört schlicht abgewählt

Die Liste der Versprechen könnte ich bis zum Ende weiter aufzählen. Ich möchte nur noch ein besonders schamloses Beispiel nennen: Der Punkt 8 lautet „Bezahlbare Gesundheit“. Auf einem ihrer Plakate aus dem letzten Wahlkampf stand: „Wir möchten, dass Sie gesund werden und nicht arm.“ Nach drei Jahren Rot-Grün haben wir eine Zwei-Klassen-Medizin in Deutschland. Die Krankenkassenbeiträge steigen massiv an. Als neuen Wahlslogan empfehle ich Herrn Müntefering: „Was kümmert uns Ihre Gesundheit; selbst schuld, wenn Sie arm sind.“

Versprochen – gebrochen auch bei der Gesundheit wie bei der Rente, der Forschung und Wissenschaft – das ist der Regierungsstil dieser Bundesregierung.

Aus diesem Vorgehen der Bundesregierung müssen wir Konsequenzen ziehen. Wir dürfen auf keinen Fall den Fehler wiederholen, dass wir mit unhaltbaren Versprechen in den kommenden Wahlkampf gehen. Genau hier sehe ich den Unterschied zwischen der SPD und uns.

Wir machen den Menschen ein ehrliches und nachvollziehbares Angebot. Das drückt auch die Unterzeile „Ein Vertrag für eine sichere Zukunft“ unseres Antrags aus. Die CDU hat sich programmatisch neu aufgestellt. Vor allen Dingen in den letzten eineinhalb Jahren wurde unglaublich viel geleistet. Und was wir heute und morgen beschließen, ist ein besonderer Verdienst von Angela Merkel. Sie hat die Partei in der Zeit der Erneuerung zusammengehalten. Sie hat unsere große Volkspartei auf einen Grundnenner gebracht. Das ist eine riesige Leistung.

Wir brauchen eine neue Balance zwischen Schutz und Chance, ein neues Verhältnis zwischen Flexibilität und Sicherheit.

Flexibilität und Sicherheit, das gilt insbesondere auch für den Teil an Maßnahmen und Programmpunkten, die wir in den Bereichen Wirtschaftspolitik

und soziale Sicherungssysteme vorschlagen.

■ **Wir wollen** mehr Flexibilität für Neueinstellung, ohne die Kündigungsschutzrechte der Arbeitnehmer zu beeinträchtigen.

■ **Wir wollen** mehr Wahlmöglichkeiten in den Krankenversicherungssystemen und gleichzeitig den Schutz für die Menschen, dass ernsthafte Risiken solidarisch abgesichert sind.

■ **Wir wollen** mehr Verantwortung für die private Altersvorsorge und gleichzeitig die Perspektive auf eine sichere Rente, auch für die heute unter 40-Jährigen.

■ **Wir wollen** echte Wahlmöglichkeiten für Mütter und Väter zwischen Berufstätigkeit und Kindererziehung, und gleichzeitig die Gewissheit, dass man auch mit mehreren Kindern nicht in die Sozialhilfe abrutscht.

Vor diesem Hintergrund hat die Steuerreform eine zusätzliche Bedeutung. Sie ist über die wirtschaftlichen Gründe hinaus eine gesellschaftspolitische Notwendigkeit. Wie soll denn heute ein Normalverdiener zusätzliche Beiträge für die private Vorsorge bezahlen, wenn wir ihm nicht zunächst mehr von seinem Einkommen in der Tasche lassen? Nur, wenn wir durchsetzen, dass ein Normalverdiener

auf einen Steuersatz von rund 20 Prozent kommt, wird er dazu auch in der Lage sein.

Lebensarbeitszeit verlängern durch Verkürzung der Ausbildungszeiten

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch eine andere wichtige Verbindungslinie aufzeigen. Die Verbindung zwischen der demographischen Entwicklung, der Bildungspolitik und unseren Vorschlägen zur Finanzierung der Sozialversicherungssysteme. Wir müssen es schaffen, die effektive Lebensarbeitszeit zu verlängern. Das schaffen wir unter anderem, indem wir die Ausbildungszeiten in Schule und Universitäten insgesamt verkürzen. Es geht darum, dass wir die Anreize, die Frühverrentung ermöglichen, abbauen. Wir können es damit schaffen, die effektive Lebensarbeitszeit um drei Jahre zu verlängern. Das ist ein größerer Beitrag zur Finanzierung der Sozialversicherungen als alle anderen von der Regierung diskutierten Vorschläge.

Zu unserer Kernkompetenz gehören neben der Sozialen Marktwirtschaft auch die Themen innere Sicher-

heit und ein gesunder Patriotismus.

Da wir die innere Sicherheit gleich ausführlich behandeln werden, will ich hier nur einige wenige Punkte hervorheben, die mir am Herzen liegen.

■ **Was spricht eigentlich dagegen**, dass Fingerabdrücke in den Personalpapieren enthalten sind?

■ **Was spricht dagegen**, dass Plätze videoüberwacht werden, wenn dort eine Häufung von Kriminalität vorhanden ist, wenn dort Drogenhandel stattfindet?

■ **Was spricht dagegen**, dass wir DNA-Analysen bei Personen nehmen, die einschlägig bekannt geworden sind und um zukünftige Straftaten schneller aufklären zu können oder auch zu vermeiden?

Aber lassen sie mich vor dem Hintergrund der letzten Monate ganz klar sagen: Wir müssen eine Verschärfung von Gesetzen haben, die es uns ermöglichen, straffällig gewordene Ausländer schneller nach Hause schicken zu können.

In Deutschland leben 3 Millionen Muslime. Wenn aber 30.000 von denen durch radikal fundamentalistische Aktivitäten bekannt geworden sind, wenn der Verfassungsschutz Erkenntnisse darüber hat, dann muss es uns

gelingen, zum Schutz der 3 Millionen diese 30.000 schnellstmöglich nach Hause zu schicken. Ich will nicht, dass in Deutschland Jubelfeiern stattfinden, wenn in New York und Washington Terroranschläge verübt worden sind!

Wir brauchen eine klare Sprache und müssen unsere Botschaften verdichten

Wir müssen eine klare und deutliche Sprache sprechen, gerade und besonders im Bereich der inneren Sicherheit, weil die Menschen diese Sprache von uns verlangen. Mit Blick auf Schill will ich sagen: Es wird ganz eindeutig darum gehen, die Botschaften zu verdichten. Wir brauchen eine glasklare Positionierung. Denn eins bleibt klar: Es darf im demokratischen Spektrum keine Partei rechts von uns geben!

Ein Punkt hat mich in den letzten Wochen persönlich stark berührt und liegt mir besonders am Herzen. Neben den schrecklichen Bildern, die wir am 11. September und in den folgenden Wochen aus den USA gesehen haben, gab es Bilder, die ein ungebrochenes Selbstbewusstsein und einen gesunden Patriotismus aus-

strahlten, den die Amerikaner haben. Ich bin der festen Überzeugung, wir sollten uns in Deutschland davon eine gute Scheibe abschneiden.

Ein bekannter Mann, den sie alle kennen, hat einmal gesagt: „Man soll das Wort Nation und das Wort Deutschland nicht den Falschen überlassen.“ Dieser Mann heißt Helmut Schmidt. Er hat Recht. Wir müssen die Weichen stellen, dass ein starkes Deutschland in einem geeinten Europa eine gute Rolle spielt. Gerade als europäisch denkende Menschen brauchen wir ein gesundes Nationalbewusstsein.

Angesichts der Globalisierung und der europäischen Einigung gibt es ein tiefes Bedürfnis der Menschen nach einem Gefühl von Heimat. Die Menschen wollen sich identifizieren mit ihrer Heimatstadt, mit ihrer Region, mit Deutschland.

Ich bin davon überzeugt, dass man als Kommunalpolitiker nicht Politik machen kann, ohne sich mit seiner Stadt zu identifizieren; das Gleiche gilt für Landespolitiker. Ich bin davon überzeugt, dass ein Bundespolitiker nur gute Politik für Deutschland machen kann, wenn er auch ein liebevolles

Verhältnis zu seinem Vaterland hat.

Sie wissen, dass Herr Trittin mich im Sommer beschimpft hat, weil ich gesagt habe: „Ich bin stolz ein Deutscher zu sein.“ Mit billiger Polemik hat er versucht, die gesamte CDU in die rechte Ecke zu stellen. Es gibt viele gute Gründe, stolz auf Deutschland zu sein. Wir dürfen den Satz „Ich bin stolz Deutscher zu sein“ nicht den Rechtsradikalen überlassen.

Es gibt viele gute Gründe, stolz auf Deutschland zu sein

Ich glaube fest daran, dass das Gefühl, was hinter diesem Satz steht, ein Gefühl ist, was die große Mehrheit unseres Volkes verbindet.

Eben dieser Herr Trittin hat am 14. November 1998 in der Welt erklärt – ich zitiere: „Noch nie habe ich die Nationalhymne mitgesungen und ich werde es als Minister auch nicht tun.“ Ich sage Ihnen deswegen klipp und klar: Schon aus diesem Grunde gehört dieser Mann nicht in eine Bundesregierung.

Wir sind inhaltlich und organisatorisch gut aufgestellt. Der 22. September 2002 ist der Stichtag, auf den wir zur-

zeit in unseren ganzen Planungen ausgerichtet sind. Seit einem 3/4 Jahr laufen die Vorbereitungen.



Wer weniger Geld hat, muss um so besser planen und organisieren

Der Bundesvorstand hat den Wahlkampfetat von 40 Millionen Mark freigegeben. Das ist 1/3 weniger als im 1998er Wahlkampf. Wir haben deshalb mit den Vorbereitungen sehr früh begonnen. Wer weniger Geld hat, muss um so besser planen und organisieren. Ich bedanke mich an dieser Stelle für die gute Zusammenarbeit bei den Generalsekretären und Landesgeschäftsführern, die wir frühzeitig in unsere Vorbereitungen und Überlegungen mit einbezogen haben. In einer Klausurtagung haben wir unter anderem vor einigen Wochen über die wahlkampfrelevanten Fragen diskutiert.

Das Konrad-Adenauer-Haus ist gut gerüstet. Unsere Organisation steht. Wir sind jederzeit bereit, Wahlkampf zu führen – das muss auch, weil man bei dieser Bundesregierung nie weiß, wie lange es noch dauert. Ich möchte an dieser Stelle allen Mitarbeitern des Konrad-Adenauer-



Hauses ganz herzlich für ihre engagierte Arbeit danken. Ich kann ihnen versprechen, es wird in den kommenden Monaten nicht weniger Arbeit werden.

Ich möchte mich insbesondere bei zwei Personen bedanken. Erstens bei Ruprecht Polenz für die freundschaftliche Art und Weise, wie er mir die Geschäfte übergeben hat. Und zweitens bei Willi Hausmann, der in den letzten Monaten einen großen Beitrag zur erfolgreichen Arbeit der Bundesgeschäftsstelle geleistet hat.

Wir haben eine weltweit führende Werbeagentur ge-

winnen können. Die passt gut zu uns. Ihr größtes Know-How liegt auf dem Gebiet der Markenwerbung. Die hohe Motivation dieser Fachleute wird auch in dem Vertrag belegt, den wir abgeschlossen haben. Sie erhalten nur ihr volles Geld, wenn wir unser Wahlziel erreichen. Wir wollen stärkste Fraktion werden.

Die Arbeiten sind weit gediehen, wir haben vor der Konkurrenz einen Vorsprung. Wir haben als erste Partei unsere Wahlkampfzentrale eröffnet. Die Ankündigungs- und Kandidatenplakate sind fertig. Die kommer-

zielle Plakatierung ist gebucht und die Wesselmänner sind bestellt. Wir können jederzeit starten.

Unser neuestes Wahlkampfinstrument: „Rapid Response“

Eines der wichtigsten Instrumente im nächsten Wahlkampf ist das Internet. Wir sind auch auf diesem Gebiet besser als die anderen Parteien. Dies hat zuletzt, neben einer Reihe von anderen Studien, eine Analyse der Friedrich-Ebert-Stiftung belegt. Als erste Partei in Deutschland haben wir das Wahlkampfinstrument Rapid Response, die schnelle Antwort, eingesetzt. Die Erfahrungen aus der Industrie und die Analyse der amerikanischen und angelsächsischen Wahlkämpfe haben uns darauf gebracht. Direkt nach der Rede von Schröder auf dem SPD-Parteitag haben wir die Aussagen von ihm mit Fakten widerlegt. Ich kann Ihnen die entsprechende Seite www.wahlfakten.de im Internet nur empfehlen; sie wird insbesondere für die Kandidaten ein wichtige Quelle sein. An dieser Stelle möchte ich mich auch für die in den letzten Monaten gewachsene Zusammenarbeit

mit der Fraktion bedanken. Sie hat sich auch an dieser Stelle bewährt.

Lassen Sie mich nun zu einem wichtigen Punkt kommen, auf den so viele warten und der in den letzten Monaten eine große Rolle in der Öffentlichkeit gespielt hat. Es geht um die K-Frage. Es geht nicht um zwei oder drei Ks, sondern um fünf Ks. Es geht darum, dass wir Maßstäbe setzen in den Bereichen

- Kommunikation,
- Kreativität,
- Koordination,
- Klarheit und
- Kompetenz.

Das ist es, was uns zum Wahlsieg führt. Jede andere Diskussion führt in die Irre. Hier müssen wir führend sein.

Wir werden uns im Wahlkampf darauf einrichten müssen, dass die Münteferrings und Strucks – die letzte Haushaltsdebatte hat es gezeigt – Kübel voller Schmutz über uns vergießen werden. Sie werden versuchen, uns mit haltlosen Behauptungen und dreisten Lügen zu verunglimpfen. Eine Partei, die sich im Untersuchungsausschuss geweigert hat, ihr eigenes Finanzsystem offen zu legen, hat jeden Anspruch verloren, mit dem Finger auf andere zu zeigen. Wir werden auch weiterhin dafür ein-

treten, dass den Menschen das Geflecht von SPD-Medienbeteiligungen offen gelegt wird. Das ist eine Aufgabe für den Verbraucherschutz, Frau Künast.

Wir haben allen Grund, aufrecht in die kommenden Monate zu gehen. Die CDU verfügt über einen Kompass, der uns leitet. Dieser Kompass sind die Grundwerte unserer Partei und das christliche Menschenbild. Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Helmut Kohl, das sind die Namen, die für diese christdemokratische Politik stehen. In dieser Kontinuität stehen wir heute. Mit unserem Antrag heute setzen wir Kompetenz und Ehrlichkeit gegen Stückwerk und gebrochene Versprechen.

Wir müssen Über- zeugungsbildung leisten für unsere Konzepte: in den Städten, in den Gemeinden und in den Betrieben

Ich möchte, dass wir leidenschaftlich über unsere Anträge diskutieren. Ich wünsche mir, dass wir dann alle zusammen geschlossen und schlagkräftig zurückgehen in unsere Städte und Gemeinden, in unsere Betriebe, und Überzeugungsbildung leisten für unsere Konzepte.



Mit 90 Prozent der Stimmen bestätigten die Delegierten Laurens Meyer im Amt des Generalsekretärs: eine eindrucksvolle Würdigung seiner Arbeit.

Wir werden den Menschen deutlich machen, dass die christdemokratische Idee, diese Idee eines warmherzigen Konservatismus, den Herausforderung der Zeit ge-

recht wird. Wir haben diesem Land über lange Zeit Richtung gegeben, wir haben es geprägt von der Westintegration über die soziale Marktwirtschaft bis zur Wiederver-

einigung. Darauf können wir stolz sein.

Der Bundeskanzler Schröder versucht uns seit einiger Zeit zu verunglimpfen mit dem Wort, wir seien die Konservativen. Darauf antworte ich ihm ganz offensiv: „Lieber ein warmherziger Konservativer als ein eiskalter Sozialdemokrat.“ Heute ist ein Wendepunkt erreicht. Lassen Sie uns heute die programmatischen Erneuerungen abschließen, dann ist der Weg frei.

CDU und CSU wollen zusammen stärkste Fraktion im Deutschen Bundestag werden

In den kommenden 10 Monaten kämpfen wir für ein gemeinsames Ziel. CDU und CSU wollen zusammen stärkste Fraktion im Deutschen Bundestag werden. Dann werden wir auch die Regierung stellen.

Wir haben allen Grund, optimistisch in die Zukunft zu sehen. Drei Jahre Regierung Schröder waren drei verlorene Jahre für Deutschland. Ich möchte mit Ihnen gemeinsam den Weg und meinen Beitrag zum Wahlerfolg leisten. Deshalb bitte ich Sie um Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung. **UD**

ANGELA MERKEL:

Ich schlage dem Parteitag Wolfgang Peiner als zukünftigen **Schatzmeister** vor

Liebe Freunde! Ich möchte Ihnen den Vorschlag unterbreiten, dass Dr. Wolfgang Peiner der nächste Bundesschatzmeister der CDU Deutschlands wird.

Dr. Wolfgang Peiner ist Hamburger und ist schon lange in der Hamburger CDU verwurzelt. Er war viele Jahre lang parallel in der Wirtschaft und in der Hamburger Bürgerschaft tätig. Er hat später dann einen Wechsel in die Wirtschaft vollzogen.

Dr. Wolfgang Peiner ist uns als ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Gothaer Versicherungen bekannt. Mit dem Wahlsieg von Ole von Beust hat Herr Peiner die Chance ergriffen, aus der Wirtschaft in die Politik zurückzukehren. Er ist nach der Regierungsübernahme durch Ole von Beust Finanzsenator von Hamburg geworden.

Herr Peiner hat sich aufgrund seines großen Erfahrungsschatzes aus dem wirtschaftlichen Bereich und aufgrund seines politischen Hintergrundes bereit erklärt, das Amt des Bundesschatzmeisters zu überneh-

men. Ich bin dafür sehr dankbar, weil ich glaube, dass wir mit ihm einen Mann gefunden haben, der über Reputation in der Wirtschaft und gleichzeitig über eine große politische Erfahrung verfügt. Ich schlage dem Bundesparteitag deshalb Herrn Peiner als zukünftigen Schatzmeister vor.

WOLFGANG
PEINER:
ICH BIN ZU
DIESEM
ENGAGEMENT
BEREIT

Ich habe mich gefragt, was unsere Vorsitzende bewogen haben mag, mich vorzuschlagen. Vielleicht sind es drei Dinge:

■ **Erstens** das Wissen um meine Ausbildung als Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, mit dem ich sicher einen Beitrag zur Offenheit und Transparenz leisten kann.

■ **Zweitens** – Frau Merkel hat es eben gesagt – meine Verbindungen zur Wirtschaft als

langjähriger Vorstandsvorsitzender einer großen Versicherungsgruppe, aber auch als Aufsichtsratsmitglied einer Reihe von namhaften deutschen Gesellschaften.

■ **Drittens** wohl auch meine Kenntnis der Partei nach 40 Jahren Mitgliedschaft und nach Tätigkeiten in drei Bundesländern.

Wenn jemand eine Partei als Ortsvorsitzender, als stellvertretender Landesvorsitzender der Jungen Union, als Abgeordneter, aber auch als Schatzmeister der Adenauer-Stiftung kennt, dann kennt er schon einige Ecken dieser Partei. Ich habe alle diese Aufgaben gerne erfüllt.

Nach einer schwierigen Phase ist ein neuer Anfang gemacht worden. Das Finanzwesen – das haben wir gehört – ist geordnet. Auch ich möchte mich dem Dank an Herrn Cartellieri, aber auch dem Dank an alle Mitarbeiter der Geschäftsstelle anschließen. Es war sicher vorbildlich, was hier in so kurzer Zeit erreicht wurde.

Die Finanzen sind auf einen guten Weg gebracht worden. Ich möchte aber das unterstreichen, was vorhin gesagt wurde: Dieser Weg ist noch nicht nach zwei Jahren beendet; er ist erst nach fünf Jahren beendet. Wir werden diesen Weg konsequent weitergehen müssen. Der Spielraum ist eng. Wir sind keine reiche Partei. Sparsamkeit bleibt das oberste Gebot.



Jetzt kommt es darauf an, das Produkt CDU in der Öffentlichkeit und in der Wirtschaft wieder stärker zu positionieren

Herr Cartellieri hat auch gesagt, dass es jetzt darauf ankommt – vielleicht noch stärker als in der Vergangenheit –, das Produkt Partei auch in der Öffentlichkeit und in der Wirtschaft wieder neu stärker zu positionieren. Ich denke dafür gibt es allen Grund. Diese Partei verdient das Vertrauen ihrer Mitglieder, aber auch das Vertrauen der Wirtschaft. Ich bin bereit, mich für dieses Vertrauen einzusetzen. Ich bin bereit zu einem Engagement. Deswegen freue ich mich über den Vorschlag.



Dr. Wolfgang Peiner – der Parteitag wählte den Finanzsenator der Hansestadt Hamburg zum Nachfolger von Dr. Ulrich Cartellieri im Amt des Bundeschatzmeisters. Peiner erhielt bei seiner Wahl 98,7 Prozent der abgegebenen Stimmen.

JUNGE UNION

Hilfe für die **Kinder** in Afghanistan

Der Unicef-Stand in Dresden hat die Junge Union ganz spontan auf die Idee gebracht, die Reichweite des Spendenaufrufs zugunsten der Kinder in Afghanistan dadurch zu erweitern, dass sie die Delegierten auch an ihren Plätzen um eine Spende baten. Die Hilfsbereitschaft war überraschend groß. Ungefähr 3.200 Mark



kamen auf diese Weise zusammen. Viele erklärten sich darüber hinaus zu Überweisungen auf den verteilten Spendenformularen bereit.

FRIEDRICH MERZ:

Die rot-grüne Bundesregierung ablösen – ja, das trauen wir uns zu!

Am 16. November, also vor wenigen Tagen, musste der Bundeskanzler im Deutschen Bundestag zum letzten Mittel greifen, das einem Bundeskanzler zur Verfügung steht, um sich der eigenen Mehrheit im Parlament zu vergewissern. Gerhard Schröder musste die Vertrauensfrage stellen.

Er musste sie nicht nur stellen, weil die Grünen ihm die Gefolgschaft versagt haben. Schröder musste die Vertrauensfrage stellen und mit der Vertrauensfrage den Einsatz der Bundeswehr verbinden, weil ihm seine eigene Partei, deren Vorsitzender er ist, in einer der wichtigsten politischen Fragen, die einem Land überhaupt gestellt werden kann, nämlich in der Frage der internationalen Politikfähigkeit und der Bündnisfähigkeit, nicht mehr geschlossen folgen wollte.

Schröder hat die Abstimmung mit einem denkbar knappen Ergebnis gewonnen. Aber jeder von uns im Deutschen Bundestag, Sie, die Sie die Diskussion in den Medien verfolgt haben, und

BERICHT DES
VORSITZENDEN
DER CDU/CSU-
BUNDESTAGS
FRAKTION



FRIEDRICH MERZ
AUF DEM 14. PAR-
TEITAG DER CDU
IN DRESDEN
AM 4. DEZEMBER

diejenigen, die in den Tagen danach über Politik in Deutschland nachdenken – wir alle haben gespürt: Es war so wie 1982, als Helmut Schmidt die Vertrauensfrage stellen musste. Auch dieses Mal war es wieder der erste Tag vom Anfang des Endes einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung.

Wie dramatisch die Lage in der rot-grünen Koalition wirklich ist, haben wir erst in den Tagen danach nachlesen können. Es hat bei der Vertrauensabstimmung im Par-

lament 94 Erklärungen zur Abstimmung gegeben. Vier davon kamen von Kollegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Sie haben etwas zum Ausdruck gebracht, was unserem Willen und unserer politischen Überzeugung insgesamt entspricht. Sie hätten gerne – wie wir alle – aus innerer Überzeugung dem Einsatz der Bundeswehr zugestimmt, weil wir es für richtig halten, dass sich Deutschland am internationalen Kampf gegen den Terrorismus beteiligt.

Der Bundeskanzler hat dies aber vereitelt. Wie dramatisch die Lage wirklich ist, war in 32 Erklärungen zur Abstimmung nachzulesen, 18 davon allein aus der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion. 18 SPD-Abgeordnete haben erklärt, sie hätten diesem Einsatz nicht zugestimmt, wenn er nicht mit der Vertrauensfrage verbunden gewesen wäre. Damit ist klar: Gerhard Schröder verfügt im Deutschen Bundestag nicht mehr über eine Mehrheit für die von ihm für richtig gehaltene Politik.

Versetzen wir uns in diesen Zusammenhang einen kurzen Augenblick lang einmal in die Lage eines Betrachters – sei es aus Großbritannien, aus Frankreich, aus vielen anderen europäischen Staaten oder aus den Vereinigten Staaten von Amerika –, der in diesen Tagen einen Blick auf Deutschland wirft. Dieser Betrachter muss feststellen, dass alles, was Deutschland bisher geleistet hat – es kann mehr werden –, ist, dass in zwei 30 Jahre alten Transall-Transportmaschinen ein paar hundert Wolldecken von Kaiserslautern nach Ankara transportiert worden sind. Das ist alles! Und darüber stürzt die Regierung in Deutschland in eine Krise!

■

Das ist das Bild, das unser Land im Augenblick dem Ausland bietet

Ich will ausdrücklich betonen, dass auch wir uns unsere Entscheidung in der Fraktion nicht leicht gemacht haben. Ich will noch einen Schritt weitergehen. Auch wir haben uns vor eine schwierige Situation gestellt gesehen. Viele Kolleginnen und Kollegen sahen sich in der Tat vor eine Gewissens-

frage gestellt. Wir haben diese Frage beantwortet. Es ist eben nicht nur für diejenigen eine Gewissensfrage, die mit Nein antworten. Es kann genauso gut eine Gewissensfrage für diejenigen sein, die mit Ja antworten.

Auch wir haben besorgte Briefe und Anrufe bekommen, und zwar nicht nur von Soldaten der Bundeswehr, deren Ehefrauen, deren Freundinnen und Freunden, sondern auch von deren Eltern und häufig auch von deren Großeltern, die noch über eine ganz andere historische Erfahrung verfügen. All denen haben wir gesagt: Ja, wir haben es uns sorgfältig überlegt. Wir haben lange darüber nachgedacht. Wir sind aber zu der Entscheidung gekommen, dass Deutschland beteiligt sein muss und dass es für Deutschland nicht wieder eine Sonderrolle geben darf.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, zu sagen: Wir stehen ohne Wenn und Aber zu unseren amerikanischen Freunden, wir stehen zum Bündnis und aus eigenem nationalen Interesse zur Bundeswehr. Diese Bundeswehr hat mehr verdient, diese Bundeswehr hat mehr Beachtung, mehr Zuwendung, mehr Fürsorge und auch mehr finanzielle Mittel verdient, als sie gegenwärtig

von der rot-grünen Bundesregierung bekommt.

Im Parlament und in den Medien ist uns in den Tagen um den 16. November herum häufig vorgehalten worden, eigentlich hätten wir ja gar kein Interesse daran, dass der Bundeskanzler die Vertrauensfrage nicht besteht und dann die sich daraus ergebenden Konsequenzen zu ziehen seien, als da sind Auflösung des Deutschen Bundestages und Neuwahlen. Wir hätten angeblich gar kein Interesse daran, weil wir darauf nicht vorbereitet seien. Liebe Freunde, ich will dazu zwei-erlei sagen.

■ **Erstens:** Jeder Tag, den diese rot-grüne Bundesregierung früher aus dem Amt scheidet, ist ein guter Tag für Deutschland.

■ **Zweitens:** Wir nehmen es mit jedem aus dieser rot-grünen Bundesregierung auf. Wir nehmen es mit dem Bundeskanzler auf.

▶ Wir nehmen es mit dem zerknirschten Weltenlenker aus dem Auswärtigen Amt auf.

▶ Wir nehmen es mit dem Bademeister von der Hardthöhe auf.

▶ Wir nehmen es mit einem Bundeswirtschaftsminister auf, der nur noch virtuell hin und wieder in Erscheinung tritt und dessen

Politik für dieses Land bedeutungslos geworden ist.

► Wir nehmen es mit einem Sozialminister auf, der sich als Frühstücksdirektor des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der IG Metall am Kabinettstisch fühlt.

► Wir nehmen es mit einem Bundesinnenminister auf, der sich wie Sheriff Otto durch dieses Land bewegt, viel ankündigt, aber nichts von dem im Kabinett durchsetzt, was er für richtig hält.

Diese rot-grüne Bundesregierung insgesamt ist ablösungsreif und wir stehen bereit, liebe Freunde, dies auch zu tun.

Aufschlussreiche Parallelen zwischen 1981 und 2001

Wenn man die Protokolle des Deutschen Bundestages einmal nachliest, ergeben sich ganz aufschlussreiche Parallelen zwischen 1982 und 2001. Als es im Februar 1982 zur Auseinandersetzung zwischen der Regierung Helmut Schmidt und der von Helmut Kohl geführten Opposition zur Vertrauensfrage kam, die Helmut Schmidt gestellt hatte, ging es auch um Bündnisfähig-

keit und um internationale Politikfähigkeit. Damals ging es um den NATO-Nachrüstungsbeschluss. Es ging aber nicht nur darum. Es ging auch um ein zweites Thema. Auch hier ist die Parallele aufschlussreich.

Es ging damals und geht heute auch um den richtigen Weg in der Wirtschaftspolitik, in der Arbeitsmarktpolitik und in der Sozialpolitik. 1982 hatte sich nach acht Jahren Helmut Schmidt die Arbeitslosigkeit in Deutschland von 1 Million auf 2 Millionen verdoppelt. In der Koalition zwischen SPD und FDP waren die Gemeinsamkeiten aufgebraucht. Diese Koalition wusste nach acht Jahren nicht mehr weiter. Sie stand vor einem riesigen Berg ungelöster Probleme. Das, was Helmut Schmidt nach acht Jahren erfahren hat, erfährt die rot-grüne Bundesregierung jetzt bereits nach drei Jahren.

Sie ist nicht nur in der Außenpolitik, in der Sicherheitspolitik, in der Bündnisfähigkeit am Ende; sie ist es erkennbar auch in der Wirtschaftspolitik und in der Arbeitsmarktpolitik.

Kein anderer als der Präsident des Ifo-Instituts in München, Professor Hans-Werner Sinn, hat es in diesen Tagen auf einen Satz ge-

bracht: „Wir sind derzeit in einer Rezession, die so scharf ist, wie die von 1981.“

Das Problem hat einen Namen: Gerhard Schröder

Die Ursachen für diese wirtschaftliche Lage sind nicht in der weltpolitischen Entwicklung begründet. Die Ursache ist auch nicht der 11. September. Dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland steigt, dass wir in diesem Jahr einen neuen Rekord bezüglich der Zahl der Konkurse mittlerer, kleiner und großer Unternehmen haben werden, dass die Sozialversicherungsbeiträge steigen und dass die Steuern zum Jahreswechsel wieder angehoben werden, dass Deutschland hinsichtlich fast aller wirtschaftlichen Daten Schlusslicht in der Europäischen Union ist – all das ist hausgemacht. Das Problem hat einen Namen und der Name ist Gerhard Schröder.

Es mag ja sein, dass diejenigen, die uns in diesen Tagen kritisch begleiten, und die Wechselwähler, die sich Gedanken über die Wahl im nächsten Jahr machen, sagen: Na ja, das, was die so sagen, gehört zu dem Bild einer Opposition. Das müssen

sie tun. Aber es gibt objektive Betrachter, es gibt eine Gruppe von Wissenschaftlern, die nicht von uns, sondern von der Bundesregierung gebeten wurden, einmal eine Analyse über die Lage in Deutschland zu erstellen.

Namhafte Professoren haben eine ungeschminkte Analyse der Lage erstellt

Sie erinnern sich: Diese Regierung hatte einmal ein Projekt, es hieß „Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland“. Dieses Bündnis für Arbeit hat eine so genannte Benchmarking-Gruppe berufen. Diese Gruppe, bestehend aus namhaften Professoren aller Fakultäten in Deutschland, sollte für die weitere Arbeit im Bündnis einen Bericht vorlegen. Sie hat vom Bundeskanzler den Auftrag bekommen, eine ungeschminkte Analyse der Lage in Deutschland zu erstellen. Sie sollte nicht vor unbequemen Wahrheiten zurückschrecken und zum Arbeitsmarkt und zur Beschäftigung in Deutschland vor allem im internationalen Vergleich Stellung nehmen.

Diese Benchmarking-Gruppe hat vor wenigen Ta-

gen ihr Ergebnis vorgelegt. Das Ergebnis lässt sich schnell in vier Punkten zusammenfassen.

■ **Erstens:** Unternehmen und Arbeitnehmer in Deutschland sind mit besonders hohen Steuern und Abgaben belastet.

■ **Zweitens:** Vor allem kleine und mittlere Unternehmen stellen aus Angst vor Arbeitsgerichtsverfahren kaum noch neue Mitarbeiter ein.

■ **Drittens:** Die öffentlichen Investitionen in Deutschland gehen stärker zurück als in anderen Industrienationen.

■ **Schließlich viertens:** Die Auflagen in Deutschland für Zeitarbeit und Arbeitnehmerüberlassung sind höher als in anderen Ländern.

Die Gruppe kommt so zu dem Fazit: *In kaum einem anderen Land der Welt stehen Aufwand und Ertrag für den Arbeitsmarkt in einem so schlechten Verhältnis zueinander wie in Deutschland.*

Das ist die Lage. Dies ist das Ergebnis der Analyse, die der Bundeskanzler von den von ihm berufenen Experten angefordert hat. Die Gewerkschaften im Bündnis für Arbeit haben es aber bis heute erfolgreich geschafft, dass dieses Ergebnis nicht zur Beratungsgrundlage im Bündnis gemacht wird.

Wenn es überhaupt Sinn macht, in einer solchen Bündnisrunde über Arbeitsmarkt, Wettbewerbsfähigkeit und Zukunft der Betriebe in Deutschland zu sprechen, dann müssen die Ergebnisse auf den Tisch und dann muss genauso eindeutig die Schlussfolgerung daraus gezogen werden wie die Analyse eindeutig ausgefallen ist.

Unsere Reformbeschlüsse in die politische Praxis umsetzen

In diesem Zusammenhang haben wir gestern das Notwendige und Richtige beschlossen. Die CDU Deutschlands ist ebenso wie die CSU inhaltlich ausgerichtet. Dort, wo es notwendig ist, um wieder Verantwortung für Deutschland zu übernehmen, haben wir uns neu ausgerichtet. Wir haben das, wie ich finde, gestern mit dem Beschluss über unseren wegweisenden Leitanspruch eindrucksvoll bestätigt. Die Reformen, die wir beschlossen haben, müssen wir aber nicht nur wollen – wir alle wollen sie –, sondern auch in die politische Praxis umsetzen.

Das heißt zunächst: Wir müssen in diesem Land eine

Steuerpolitik machen, die nicht nur die großen Unternehmen entlastet, sondern auch die kleinen und mittleren Unternehmen.

Die rot-grüne Steuerreform weist in einem Punkt durchaus in die richtige Richtung: Auch große Unternehmen in Deutschland brauchen, um international wettbewerbsfähig zu bleiben, eine steuerliche Entlastung. Diese ist, jedenfalls zum Teil, im letzten Jahr vollzogen worden. Es gibt aber überhaupt keinen Grund, dass die kleinen und mittleren Unternehmen, die als Personengesellschaften geführt werden, die das Rückgrat der deutschen Volkswirtschaft ausmachen, bis zum Jahr 2005 auf die Entlastung warten müssen.

Neue Arbeitsplätze schaffen und alte Arbeitsplätze erhalten

Wer wirklich etwas für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland tun will, wer wirklich dafür sorgen will, dass wir neue Arbeitsplätze bekommen und alte Arbeitsplätze erhalten, der muss den Mittelstand in Deutschland stärker entlasten, als dies unter Rot-Grün der Fall gewesen ist.

In diesem Zusammenhang ist ein weiteres Thema wichtig – Angela Merkel hat gestern in ihrer Rede schon darauf hingewiesen: Wir bekennen uns ohne Wenn und Aber auch in Zukunft zu einer sozialen Partnerschaft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in den Betrieben. Die soziale Partnerschaft, die Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betriebsrat, die überörtliche Mitbestimmung in den Aufsichtsräten, hat sich im Kern bewährt und ist für das Land und den sozialen Frieden in den letzten Jahren und Jahrzehnten stabilisierend gewesen. Sie hat Deutschland nach vorne gebracht.

Soziale Partnerschaft in den Betrieben ist ein Markenzeichen der Volkswirtschaft unseres Landes. Wir tun gut daran, diese soziale Partnerschaft nicht nur zu bewahren, sondern sie in den nächsten Jahren und Jahrzehnten fortzuentwickeln. Fortentwickeln heißt, dass man unter veränderten globalen Bedingungen auch kleinen und mittleren Unternehmen die Möglichkeit gibt, sich anzupassen, betriebsnahe Lösungen zu finden und betriebliche Bündnisse für Arbeit zu schließen.

Sagen wir doch einmal, wie es war: Wir haben nach

der verlorenen Bundestagswahl mit 1999 ein tolles Jahr erlebt. Wir haben Landtagswahlen gewonnen und waren wirklich gut in Form. Anfang November ging es dann aber um die Parteipendenaffäre. Und Ende November ereignete sich etwas, das die Stimmung in der Republik innerhalb von wenigen Tagen vollkommen verändert hat. Sie erinnern sich möglicherweise an dieses Ereignis.

Nur wenn Große Pleite gehen, kommt der Kanzler – bei Kleinen der Konkursverwalter

Es war der Tag, an dem die spektakuläre Rettungsaktion in Frankfurt für das Unternehmen Philipp Holzmann stattgefunden hat. Dieses Unternehmen war in eine Krise geraten und hat den Staat zu Hilfe gerufen. Es wurden tagelange Verhandlungen geführt, bis wunschgemäß der Bundeskanzler kam. Er trat dann nach stundenlangen Verhandlungen zur fernsehgerechten Zeit bei untergehender Abendsonne auf dem Balkon des Vorstandsgebäudes der Philipp Holzmann AG in Frankfurt vor die Kameras und erklärte mit bedeutungsschwerem

Gesicht dem wartenden deutschen Volk: Philipp Holzmann ist gerettet! Es ging ein Aufatmen durch die Republik.

Was ist eigentlich zwei Jahre später daraus geworden? Dieses Unternehmen steht noch immer am Rande des Abgrunds, es steckt bis heute in der Krise. In der Zwischenzeit aber sind mehrere Tausend Unternehmen Pleite gegangen, darunter mehrere Hundert kleine und mittlere Unternehmen auch in der Bauindustrie. In der Bauindustrie sind viele Tausend Arbeitsplätze verloren gegangen. Da ist kein Bundeskanzler gewesen, da ist kein Kabinettsmitglied gewesen. Der einzige, der in dieser Zeit gekommen ist, war der Konkursverwalter. Man verfährt getreu dem Motto: Wenn der Große Pleite geht, kommt der Bundeskanzler. Wenn der Kleine Pleite geht, kommt der Konkursverwalter. Das ist nicht unsere Politik.

Unternehmen müssen sich ohne Intervention von Funktionären helfen können

Deswegen muss es möglich sein, dass Unternehmen in der Krise ohne Intervention von außen, ohne Inter-

vention der Funktionäre und ohne Intervention der Politik die Chance haben, dann, wenn sich Geschäftsführung, Betriebsrat und Belegschaft einig sind, aus eigener Kraft und in eigener Verantwortung Wege zu finden, wie die Beschäftigung gesichert werden kann und neue Arbeitsplätze entstehen können. Das ist moderne Partnerschaft in den Betrieben. Das wäre eine wirklich moderne Betriebsverfassung.

Aber dies können wir von der rot-grünen Bundesregierung nicht erwarten. Denn sie setzt immer nur auf die großen Einheiten und traut vor allen Dingen den Menschen in diesem Land, den Mitarbeitern in den Betrieben nichts zu. Denn die Funktionäre sollen es richten und nicht die Arbeitnehmer in den Betrieben. Das ist die Wahrheit über Rot-Grün.

Wir haben uns gestern aus gegebenem Anlass erneut mit der Rentenpolitik beschäftigt. Wir alle wissen, dass wir in Deutschland mit dem gegenwärtigen Alterssicherungssystem die nächsten Jahre und Jahrzehnte nicht bestehen können. Wir wissen, dass wir die junge Generation überfordern, wenn wir es bei dem Generationenvertrag belassen, so wie er heute ausgestaltet ist.

Es ist einfach nicht wahr, dass es der rot-grünen Bundesregierung in den letzten drei Jahren gelungen ist, die Abgabenlast zu senken. Sie hat die Probleme nicht gelöst, sondern die Beiträge heruntersubventioniert.

140 Milliarden Mark, um die Zahlungsfähigkeit der Rentenversicherung aufrecht zu erhalten

Wir haben in der letzten Woche in Berlin über den Bundeshaushalt 2002 beraten. In diesem Bundeshaushalt ist vorgesehen, dass allein für die Systeme der staatlichen Alterssicherung ein Bundeszuschuss von mehr als 140 Milliarden DM gezahlt wird, um die Zahlungsfähigkeit der Rentenversicherung und der Knappschaftsversicherung aufrechtzuerhalten. Rechnet man dies in Beitragspunkte um, so müssten von Arbeitnehmern und Betrieben zusätzliche acht Beitragspunkte erhoben werden, um im nächsten Jahr die Auszahlungsleistungen der Rentenversicherung zu gewährleisten.

Es müsste kein Rentenversicherungsbeitrag von 19,1, sondern ein Rentenversicherungsbeitrag von 27



Prozent erhoben werden, wenn die Rentenversicherung ohne einen steuerlichen Zuschuss auskommen müsste. Dies macht die ganze Dramatik der Lage der Rentenversicherung deutlich. Es macht vor allen Dingen deutlich, dass das Konzept der so genannten ökologisch-sozialen Steuerreform gescheitert ist.

Diese Ökosteuern hat mit Umweltschutz, mit Ökologie nichts zu tun. Sie ist eine reine Finanzierungsquelle für fortbestehende ungelöste Probleme in der Rentenversicherung.

In gleicher Weise ungelöst sind die Probleme auf dem Arbeitsmarkt. Wir werden das Problem der strukturellen Arbeitslosigkeit in Deutschland nicht lösen – auch da müssen wir die

Wahrheit sagen –, wenn wir in Deutschland in der Arbeitsmarktpolitik keine grundsätzliche Kehrtwende vollziehen. Kehrtwende heißt nicht, dass wir in Zukunft neben jeden Arbeitslosen einen Beamten oder Angestellten der Bundesanstalt für Arbeit stellen, um den Arbeitslosen noch besser zu kontrollieren.



Wer arbeitet, muß mehr verdienen als derjenige, der nicht arbeitet

Kehrtwende heißt nicht, dass wir für die aktive oder passive Arbeitsmarktpolitik – wie auch immer diese Instrumente heißen – noch mehr Geld ausgeben als heute. Kehrtwende heißt, dass in diesem Land wieder

der Grundsatz gelten muss, dass derjenige, der arbeitet, grundsätzlich mehr Geld verdient als derjenige, der nicht arbeitet und soziale Transferleistungen bezieht. Liebe Freunde, das ist eine Kehrtwende in der Arbeitsmarktpolitik.

Daraus ergeben sich Konsequenzen für unser System der Arbeitslosenhilfe, für die Sozialhilfe und für die Notwendigkeit, beide Systeme zusammenzuführen und Arbeitsmarktpolitik auf regionaler und kommunaler Ebene zu ermöglichen.

Lassen Sie mich im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt und der Zukunft der sozialen Sicherungssysteme eine Anmerkung zu unserer Zuwanderungsdebatte machen. Ich bin der festen Überzeugung, dass

wir die Probleme, die wir in Deutschland auf dem Arbeitsmarkt und bezüglich der sozialen Sicherungssysteme haben, nicht dadurch lösen, dass wir nur den Weg einer erhöhten Zuwanderung in die Bundesrepublik Deutschland gehen.

■

Man kann niemandem erklären, dass die Probleme auf dem Arbeitsmarkt durch erhöhte Zuwanderung gelöst werden können

Im Übrigen werden wir den Menschen in Deutschland nicht erklären können, wieso wir bei 4 Millionen offenen ausgewiesenen und noch einmal 1,7 Millionen verdeckten Arbeitslosen in Deutschland auf die Idee kommen, die Probleme, die wir auf dem Arbeitsmarkt haben, durch eine erhöhte Zuwanderung lösen zu wollen. Deswegen: Wir müssen die Probleme, die wir in diesem Bereich haben, selbst lösen. Wir müssen dafür sorgen, dass offene Stellen möglichst wieder aus dem vorhandenen Potenzial der arbeitsfähigen Menschen in Deutschland besetzt werden können.

Wir haben uns ehrgeizige Ziele gesetzt, wenn wir sagen, dass wir gleichzeitig die Steuern auf unter 40 Prozent

senken, die Sozialversicherungsbeiträge bei 40 Prozent stabilisieren und die Staatsquote auf 40 Prozent absenken wollen. Dies erfordert klare Konsequenzen in Bezug auf die Sanierung der öffentlichen Haushalte, die des Bundes, der Länder und der Gemeinden sowie die der Sozialversicherungen.

Diese Sanierung der in einer ständigen Überforderungskrise befindlichen öffentlichen Haushalte geht nicht über die Einnahmenseite, sondern langfristig nur über die Ausgabenseite.

Um es noch etwas deutlicher zu sagen und um uns allen die Dimension dieser Aufgabe wirklich klar zu machen: Wenn wir heute das Ziel einer Staatsquote von 40 Prozent erreichen wollten, dann müssten wir sofort auf öffentliche Ausgaben in Höhe von 300 Milliarden DM verzichten. Das wäre ein Sechstel aller staatlichen Leistungen.

Jeder von uns weiß, dass dies nicht geht. Wenn dieses Ziel trotzdem richtig ist, dann bleibt uns nur eine Alternative: Wir müssen dafür sorgen, dass in Deutschland über viele Jahre, etwa über fünf Jahre, ein reales wirtschaftliches Wachstum von mindestens 3 Prozent verwirklicht wird, ohne dass in diesem Zeitraum die Ausga-

ben und Leistungen der öffentlichen Haushalte und der Sozialversicherungen erhöht werden. Ich sage Ihnen das in dieser Klarheit und Deutlichkeit, damit wir alle wissen, wie groß die Herausforderung ist, vor der wir stehen, wenn wir es in der Wirtschaftspolitik und in der Arbeitsmarktpolitik richtig machen wollen.

Aus diesem Grund plädieren wir dafür, für den Mittelstand so schnell wie eben möglich eine weitere Stufe der Steuerreform vorzuziehen.

■

Für den Mittelstand: eine weitere Stufe der Steuerreform so schnell wie möglich vorziehen

Aus diesem Grund plädieren wir dafür, so schnell wie möglich alle Anstrengungen der öffentlichen Hand auf die Gesundung des ersten Arbeitsmarktes zu richten und nicht auf die noch bessere Ausstattung des zweiten und des dritten Arbeitsmarktes.

Aus diesem Grunde ist es richtig, dass wir eine im Wesentlichen angebotsorientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik wollen. Wir müssen den Menschen in Deutschland die Wahrheit sagen. Die Wahrheit ist: Wir

müssen mehr leisten, wir müssen mehr arbeiten, und wir müssen uns mehr anstrengen, wenn wir in Deutschland auch morgen den Wohlstand haben wollen, den wir heute zu besitzen glauben.

Wir stehen vor der stärksten Explosion der Kosten für Gesundheit

Wir müssen für die Bildung, für das Alter und auch für die Gesundheit in der Zukunft einen größeren Teil der verfügbaren Einkommen aufwenden. Ich nenne die Gesundheitspolitik deshalb in besonderer Weise, weil wir in diesem Bereich in den nächsten Wochen und Monaten vermutlich die stärkste Kostenexplosion erleben werden, die in den sozialen Sicherungssystemen zu befürchten ist. Über den Jahreswechsel wird es kaum eine gesetzliche Krankenkasse geben, die nicht den Beitrag erhöht. Für das Jahr 2002 bedeutet dies, dass Arbeitnehmer und Betriebe für die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung etwa 20 Milliarden DM mehr aufwenden müssen.

Was ist die Antwort der Bundesregierung darauf? Die Gesundheitsministerin erklärt, ja, es gebe einen

großen Reformbedarf. Sie stellt auch erste Elemente einer solchen Reform vor, sagt aber, dies alles werde erst in der nächsten Legislaturperiode möglich sein, in dieser nicht mehr. Ich frage: Was hindert sie eigentlich daran, jetzt das vorzulegen, was notwendig ist, um die Kostenexplosion im Gesundheitswesen nicht im nächsten Jahr stattfinden zu lassen?

Ich fordere die Bundesregierung auf, es jetzt zu tun und vor der Wahl die Wahrheit darüber zu sagen, was an Reformen notwendig ist.

Das, was wir in diesem Zusammenhang jetzt erleben, ist wirklich ein Stück aus dem Tollhaus. Da macht die Regierung ein Gesetz zur Kostendämpfung, spricht mit den Betroffenen darüber, und aus der Gruppe der Betroffenen bietet einer der Bundesregierung eine Barzahlung in Höhe von 400 Millionen DM an. Die Bundesregierung sagt, ja, ich nehme das Geld an, und sie verzichtet dafür auf das Gesetz.

Liebe Freunde, stellen wir uns einmal für einen kurzen Augenblick vor, es hätte jemand aus unseren Reihen auch nur den Gedanken geäußert, dass der Gesetzgeber darauf verzichtet, etwas zu machen, was er für notwendig hält, nur weil er dafür von einem Dritten auf-

seiten der Betroffenen Geld bekommt. Stellen wir uns das einmal für einen kurzen Augenblick vor!

Wer so etwas macht, hat endgültig jedes Recht verloren, über die alte Bundesregierung irgendetwas im Zusammenhang mit Buna und Leuna zu sagen und irgendetwas zu behaupten, was mit dem im Zusammenhang steht, was in der letzten Legislaturperiode gewesen sein soll.

Leuna und Buna: alle Vorwürfe sind wie ein Kartenhaus zusammengebrochen

Damit auch das nicht völlig in Vergessenheit gerät: Wir haben im Deutschen Bundestag seit gut zwei Jahren einen Untersuchungsausschuss, der sich mit diesen Vorgängen beschäftigt. Nicht nur dieser Untersuchungsausschuss, nicht nur die Staatsanwaltschaften in Deutschland, die – zum Teil politisch unter Druck gesetzt – ermitteln sollten, selbst die Journalisten, die vor Jahr und Tag nicht müde wurden, jeden Tag – wahrheitswidrig – zu behaupten, die Regierung von Helmut Kohl sei im Zuge der Privatisierung von Leuna und Buna käuflich gewesen,

selbst diese Journalisten müssen heute eingestehen, dass das alles nicht wahr ist und dass das alles wie ein Kartenhaus zusammengebrochen ist.

Ich weiß ja, dass viele Delegierte, auch viele Ortsvorsitzende und engagierte Mitglieder vor Ort uns seit Monaten auffordern: Geht da mal etwas offensiver ran, geht damit einmal etwas aggressiver um.

Der Zeitpunkt, dies zu tun, ist jetzt gekommen. Jetzt ist Schluss mit diesen Verdächtigungen und diesen Verleumdungen. Wenn sich die Bundesregierung ihrerseits für 400 Millionen Mark kaufen lässt, dann werden wir das im Wahljahr zum Thema machen. Wir wollen keine Bakschisch-Republik!

Wir haben 16 Jahre lang regiert – und das waren bessere Jahre als die drei von Rot und Grün

Wir werden natürlich bei der Bundestagswahl 2002 über die Zukunft reden, aber wir müssen damit rechnen, dass wir von der rot-grünen Mehrheit immer wieder auch mit der Vergangenheit konfrontiert werden. Nun, wenn sie das haben wollen, können sie es haben. Ich

habe nicht die Absicht, mich bei irgendjemandem in diesem Lande dafür zu entschuldigen, dass es uns noch gibt, und ich habe auch nicht die Absicht, mich bei irgendjemandem dafür zu entschuldigen, dass wir 16 Jahre lang in Deutschland regiert haben. Es waren gute Jahre, es waren bessere Jahre als die drei von Rot und Grün.

Wenn sie diese Auseinandersetzung haben wollen, dann können sie sie haben. Dann werden wir eben, wenn sie wollen, wieder über die Umstände sprechen, unter denen die deutsche Einheit möglich wurde. Ich werde mich auch nicht von jemandem beeindrucken lassen, dem da dann die Tränen kommen. Dann sollen ihm die Tränen darüber kommen, dass er damals auf der falschen Seite gestanden hat! Wir werden jedenfalls sagen, dass wir es waren, die es möglich gemacht haben.

Wenn dieselben Leute der Meinung sind, dass wir über die Zukunft reden sollten, dann reden wir über die Zukunft, dann reden wir auch über die Zukunft der Parteien in Deutschland. Wir reden dann bitte auch über die Zukunft der Finanzierung der Parteien in Deutschland. Wir werden dabei nicht verschweigen,

dass es bei uns Fehler gegeben hat.

Aber, liebe Freunde, aus den Fehlern werden Konsequenzen gezogen, und zwar nicht nur aus den Fehlern, die bei uns passiert sind, sondern auch aus den Fehlern, die an anderer Stelle fortbestehend passieren.

Die SPD muss künftig auch ihren Immobilienbesitz offen legen

Wir haben ein neues Parteienfinanzierungsgesetz vorgeschlagen. Der Text liegt im Deutschen Bundestag ausformuliert vor. Nach diesem Parteienfinanzierungsgesetz müssen politische Parteien – die CDU und die CSU werden es selbstverständlich tun – nicht nur ihren Beteiligungsbesitz, sondern auch ihren Immobilienbesitz offenlegen und zu Verkehrswerten in den Rechenschaftsberichten der Öffentlichkeit zugänglich machen.

Wenn wir das machen, wollen wir es auch von der SPD wissen.

Dann werden wir es eben nicht mehr durchgehen lassen, dass in einem Rechenschaftsbericht der SPD die Landesgeschäftsstelle der Berliner SPD dort unter einer Grundstücksgesell-

schaft Wedding GmbH ausschließlich mit dem Stammkapital dieser GmbH veröffentlicht ist. Diese Geschäftsstelle hat einen Verkehrswert nicht von 50 000, sondern von 5 Millionen DM, und die deutsche Öffentlichkeit hat Anspruch darauf, auch zu wissen, welche Vermögenswerte bei der SPD vorhanden sind.

Wir sollten nicht nur die Härte der Auseinandersetzung nicht scheuen, sondern auch die Breite und die Tiefe der Themen ansprechen, die die Menschen bewegen. Zu diesen Themen in einer sich rasant verändernden Welt gehört ohne Zweifel das Thema, über das wir heute Morgen im Zusammenhang mit der Biomedizin und der Ethikdebatte schon gesprochen haben.

Dem Ethikrat fehlt jegliche Legitimation

Darüber muss der Deutsche Bundestag im Januar nächsten Jahres diskutieren und – das ist ziemlich sicher – auch eine Entscheidung treffen. Der Deutsche Bundestag selbst hat eine Enquete-Kommission genau zu diesen Themen eingerichtet. Trotzdem hat der Bundeskanzler es für richtig gehalten, einen so genann-

ten Nationalen Ethikrat einzuberufen. Dieser Rat hat sich in der letzten Woche mit Mehrheit für den Import embryonaler Stammzellen entschieden. Ich will es von dieser Stelle aus noch einmal sagen: Dem Ethikrat fehlt jegliche Legitimation.

Ein Gremium, das nach Gutdünken und persönlicher Opportunität des Bundeskanzlers zusammengesetzt ist, hat weder eine ethische noch eine moralische oder eine – das ist selbstverständlich – demokratische Legitimation.

Ich stelle an diejenigen, die Mitglied des Nationalen Ethikrates sind und die nicht zur Mehrheit gehören, die Frage, wie lange sie sich eigentlich noch von der Politik der rot-grünen Bundesregierung instrumentalisieren lassen wollen, die dieses Gremium nur eingesetzt hat, um eine öffentliche Scheinlegitimation zu begründen. Der Gesetzgeber muss darüber entscheiden.

Liebe Freunde, lassen Sie mich auch Folgendes ganz offen und so, wie ich darüber denke, sagen: Wir, die CDU und die CSU, sollten solche Sätze wie den „Wir sind nicht die Herren des Lebens“ nicht dem Bundespräsidenten, nicht einem ehemaligen SPD-Parteivorsitzenden, und nicht der Bun-

desjustizministerin allein überlassen. Wir sollten solche Sätze auch sagen. Wir, diejenigen, die politische Verantwortung tragen, sind nicht die Herren des Lebens.

Wir entscheiden immer nur über die vorletzten Dinge. Wir vertreten dabei ein christliches Menschenbild, das uns prägt und das uns von anderen unterscheidet. Dieses Menschenbild bindet uns.

Der Staat hat eine Schutzpflicht auch gegenüber dem noch nicht geborenen Menschen

Vielleicht ist in jüngster Zeit der Beitrag des Bischofs der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburgs, Wolfgang Huber, zum Reformationstag der beste Beitrag gewesen, den auch wir nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern über den wir auch nachdenken sollten. Er sagt mit Bezug auf die Erklärung der beiden großen Kirchen zur Rechtfertigungslehre, die sie vor gut zwei Jahren gemeinsam beschlossen haben, dass sich auf der Grundlage dieser Erklärung katholische und evangelische Christen gemeinsam für ein christliches Bild vom Men-

schen einsetzen könnten, nach dem die Würde der menschlichen Person nicht einfach ein Resultat seiner genetischen Ausgestaltung sei. Würde habe der Mensch dadurch, so sagt Bischof Huber, dass er von Gott zu dessen Ebenbild berufen sei.

So berufen auch wir uns in der CDU und in der CSU auf das christliche Menschenbild. Wenn wir – daraus abgeleitet – im Menschen mehr sehen, als die Summe seiner biologischen Merkmale, dann gibt es auch eine Schutzpflicht des Staates gegenüber einem noch nicht geborenen Menschen, und zwar von Anfang an.

Die Gesellschaft diskutiert unterschiedliche Auffassungen – auch unsere Fraktion

Wenn wir nicht wissen – vielleicht können wir es auch nicht wissen –, wann menschliches Leben wirklich beginnt, dann muss im Zweifel mit der ersten Stufe, nämlich mit der Verschmelzung von Ei und Samenzelle, die Schutzwürdigkeit des Lebens beginnen.

Darüber gibt es in unserer Gesellschaft und auch in unserer Fraktion eine tief gehende Diskussion und unterschiedliche Auffassungen.

Aber, liebe Freunde, ich glaube, ein Vorsitzender, der eine eigene Überzeugung hat, muss diese auch zum Ausdruck bringen können und dürfen. Er muss auch sagen, wie er die Dinge sieht. Nach dem eben beschriebenen Verständnis vom Menschen – ich nehme niemanden dafür in Anspruch; ich sage es so, wie ich die Dinge sehe – verbietet sich die Selektion menschlicher Embryonen nach der Präimplantationsdiagnostik ebenso wie die verbrauchende Forschung an embryonalen Stammzellen.

Wo immer es alternative Methoden gibt, muss ihnen Priorität eingeräumt werden. Die Menschen müssen eben erkennen, dass wir es sind, die, vom christlichen Menschenbild ausgehend, eine Politik formulieren, die dem Menschen und seiner unantastbaren Würde uneingeschränkten Schutz zukommen lässt.

Erlauben Sie mir, dass ich in dem großen Zusammenhang, der sich aus unserem Menschenbild und unserer Vorstellung von Politik für Deutschland ergibt, auch noch einmal ein klares Wort zu den Familien in Deutschland sage und ein klares Bekenntnis dazu ablege.

Es ist oft genug gesagt worden – das ist richtig –,

dass es niemandem von uns zusteht, anderen Menschen zu sagen, wie sie zu leben haben. Das ist nicht die Aufgabe der Politik. Deswegen muss jeder für sich alleine eine persönliche Lebensentscheidung treffen. Mir geht es aber doch ein Stück zu weit, wenn sich der Regierende Bürgermeister von Berlin, der zurzeit mehr der regierende Partymeister von Berlin ist, mit einer Aggressivität outet, die andere, die sich anders entschieden haben, etwas in das Abseits stellt.

Rot-Grün teilt nicht unsere Vorstellungen davon, wie man in einer Familie mit Kindern zusammenleben sollte

Wenn Sie sich einmal die Regierungsbank in Berlin ansehen – das ist kein Werturteil –, dann werden Sie feststellen, dass es schwer ist, dort jemanden zu finden, der unsere Vorstellungen von der Art, wie man in einer Familie mit Kindern zusammenleben und wie man in einer Familien zusammenhalten sollte, teilt. Noch einmal: Das ist kein Werturteil. Es ist jedermann selbst überlassen, wie er leben möchte.

Aber ich möchte mich verdammt noch einmal bei niemandem in diesem Land

FRAUEN-UNION BEGRÜSST BESCHLUSS

Frauen-Quorum unbefristet verlängert

Die Bundesvorsitzende der Frauen-Union, Maria Böhmer, hat die Entscheidung des 14. Parteitags, das Frauen-Quorum über das Jahr 2001 hinaus unbefristet zu verlängern, begrüßt:

„Dies ist ein großartiger Erfolg für Angela Merkel, für die Frauen und für die Volkspartei CDU. Es ist ein wichtiges positives Signal der CDU an alle Frauen. Die CDU wird ihre zukunftsorientierte Politik für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen weiter ausbauen.“

In dieser Zeit brauchen wir gerade starke Frauen – und zwar möglichst viele!

Die Union kann Wahlen nur mit Frauen gewinnen. Des ist auch eine Lehre aus der Bundestagswahl 1998.“



Für die Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sagte Annette Widmann-Mauz: „Ein guter und richtiger Beschluss - gerade auch im Hinblick auf den zu steigernden Anteil der Frauen in unserer Fraktion in der nächsten Wahlperiode.“

dafür entschuldigen müssen, dass sich die meisten von uns anders entschieden haben und dass ich seit 20 Jahren mit derselben Frau verheiratet bin und dies auch in den nächsten 20 Jahren zu bleiben gedenke. Ich habe keine Lust, mich dafür zu entschuldigen!

Wir gehen selbstbewußt und offensiv ins Wahljahr

Lassen Sie uns, liebe Freunde, in diesem Sinne selbstbewusst und offensiv, aber nicht ohne kritische Überprüfung der eigenen Positionen, die immer notwendig ist, in das Wahljahr 2002 gehen. Lassen Sie uns gemeinsam an die Herausforderung gehen, die rot-grüne Bundesregierung abzulösen. Unsere Anhänger, unsere Wähler, unsere Mitglieder und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wollen das.

Wir werden das im nächsten Jahr auch schaffen. Wir werden den Menschen dabei etwas zumuten. Wir wollen ihnen die Wahrheit darüber sagen, was wirklich notwendig in diesem Land ist. Wenn sie uns dann fragen, ob das möglich ist, dann werden wir ihnen antworten: Ja, es geht! Wir trauen uns das zu!

Signal aus Dresden: Die CDU wird Deutschland wieder voranbringen

Viele Menschen überall in Deutschland schauen mit Sympathie und großer Hoffnung auf diesen Parteitag der CDU. Ich meine: Sie sind in ihren Hoffnungen bestärkt worden. Das ist ein Parteitag des Aufbruchs!

Dazu beglückwünsche ich Sie, liebe Angela Merkel, und die Delegierten des Parteitags sehr herzlich.

Mit Dresden verbindet sich für mich ein unvergessliches Erlebnis: Auf Einladung von Bürgerrechtlern der „Gruppe der 20“ habe ich im Februar 1990 in der überfüllten Hofkirche gesprochen. Der Wille zu „Einigkeit und Recht und Freiheit“ der Tausenden von Menschen in der Kirche, die großartige Aufbruchstimmung bleiben mir dauernde Verpflichtung.

Dresden, Sachsen, Thüringen: Das sind für mich heute beeindruckende Beispiele für eine positive Entwicklung der neuen Länder!

Das ist natürlich ein Erfolg der Menschen, auf den sie zu Recht stolz sein können. Das ist aber im beson-

GRUSSWORT DES
VORSITZENDEN
DER CSU,



EDMUND STOIBER,
AUF DEM 14. PAR-
TEITAG DER CDU
IN DRESDEN AM
4. DEZEMBER

deren Maße auch ein Erfolg unserer Freunde der CDU in Sachsen und Thüringen und der beiden Staatsregierungen unter Kurt Biedenkopf und Bernhard Vogel. Wir, CDU und CSU, stehen weiter in der Verantwortung für die Hoffnungen, die die Menschen mit der Wiedervereinigung verbunden haben.

Niemand hat so viel für die Einheit Deutschlands getan wie die Regierung Helmut Kohl. Wie sehr hat Schröder die Regierung Kohl wegen der angeblich zu langsamen Entwicklung

im Osten angegriffen! Und heute gibt es im Osten 125.000 Arbeitslose mehr als beim Amtsantritt der Regierung Schröder!

„Chefsache Aufbau Ost“ – das müsste doch heißen, alles zu tun, damit die neuen Länder aufholen und stärker wachsen als der Westen. Unter der CDU/CSU-geführten Bundesregierung haben sie auch aufgeholt – sie sind stärker gewachsen. Unter Schröder fallen die neuen Länder zurück.

Die Bundesregierung vernachlässigt die neuen Länder! Eine Bundesregierung, die den Osten so abhängt, muss abgelöst werden – im Interesse der Menschen in den neuen Ländern und im Interesse Deutschlands insgesamt.

Denn ohne Erfolg beim Aufbau Ost fällt Deutschland auch international zurück: Der Aufbau Ost ist für die Entwicklung Deutschlands von entscheidender Bedeutung. Nach drei Jahren Gerhard Schröder steckt heute ganz Deutschland in der Krise!

■ Die Arbeitslosigkeit steigt. Jede Woche errei-

chen uns neue Hiobsbotschaften über Stellenabbau und Entlassungen. Allein die vier großen deutschen Banken 30.000, Infineon 5.000, Henkel 3.000, Siemens 17.000, Opel 2.000 usw. Die Firmenpleiten erreichen Rekordzahlen: allein im 1. Halbjahr 2001 ein Anstieg um 19 %.

■ **Minuswachstum im Westen, im Osten jetzt schon Rezession.**

Diese Fragen dürfen bei aller Bedeutung, die die Außenpolitik gegenwärtig zu Recht genießt, nicht unter den Tisch fallen! Die Süddeutsche Zeitung spitzt das zu, wenn sie schreibt (24. November): „Was wiegt ... mehr außenpolitisches Gewicht gegen den fortschreitenden Verlust von wirtschaftlicher Kraft und Selbstbewusstsein?“

■ **Statt anzupacken, bietet Gerhard Schröder nur Ausflüchte**

Das Gewicht Deutschlands auf der internationalen Bühne bemisst sich auch nach unserer wirtschaftlichen Kraft. Wir dürfen nicht zulassen, dass diese Regierung Deutschland im Schatten der Außenpolitik weiter ökonomisch vernachlässigt. Dies hätte schließlich nicht

nur verhängnisvolle Folgen im Innern, sondern auch bei der Erfüllung unserer internationalen Verpflichtungen.

Wir sind unter Rot-Grün Schlusslicht beim Wachstum in Europa geworden. Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien – alle anderen machen mehr Fortschritte bei Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung als wir! Doch statt anzupacken, bietet Gerhard Schröder nur Ausflüchte.

■ **Aufholbedarf der anderen:** Erstens sagt er: Die anderen Länder in Europa wachsen schneller als Deutschland, weil sie ja auch einen größeren Aufholbedarf haben. Nach dieser Logik müssten die Wachstumszahlen im Osten Deutschlands geradezu explodieren. Aber sie explodieren nicht – sie schrumpfen!

■ **Schröders Argument ist falsch!** Zweitens sagt er: Der 11. September ist schuld an unserer schlechten wirtschaftlichen Lage. Auch dieses Argument ist falsch! Schon seit Jahresbeginn steigt die Arbeitslosigkeit in Deutschland. Und schon letztes Jahr waren wir Wachstumsschlusslicht in Europa.

■ **Exportabhängigkeit:** Drittens sagt er: Die Lage in Deutschland sei schlecht, weil

wir wirtschaftlich so eng mit den USA verflochten sind, die jetzt in der Krise stecken. Nein! Großbritannien, Irland, Schweden, sie alle sind sogar enger mit den USA verflochten als Deutschland. Trotzdem wächst die Wirtschaft dort schneller als hierzulande. Auch dieses Argument Schröders ist falsch!

■ **Export boomt:** Außerdem gilt: der Export ist nicht schuld an der deutschen Malaise. Die Exporte sind nach den letzten verfügbaren Daten dieses Jahr um knapp 10 Prozent gestiegen. Es ist die Binnenkonjunktur, die nicht läuft, Rot-Grün würgt die Investitionen und den privaten Konsum geradezu ab.

■ **Rot-Grün ist beratungsresistent – Sachverständige sagen ihre Meinung ohne Erfolg**

Nicht andere sind für die schlechte Wirtschaftslage in Deutschland verantwortlich. Gerhard Schröder selbst hat diese Bilanz zu verantworten. Es ist doch der Bundeskanzler, der in Deutschland die Richtlinien der Politik bestimmt, nicht der amerikanische Präsident!

Rot-Grün beratungsresistent: Die deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute, der Sachverständigenrat, die

Bundesbank – sie alle haben immer wieder die falschen Entscheidungen von Rot-Grün in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik kritisiert. Ohne Erfolg. Rot-Grün ist beratungsresistent.

EU-Kommission, Internationaler Währungsfond und UECD – alle mahnen

Mahnende Stimmen auch aus dem Ausland: Selbst die immer lauter werdenden Vorwürfe und Ermahnungen aus dem Ausland haben Rot-Grün nicht aufgeschreckt.

■ Die EU-Kommission hat Deutschland mehrfach aufgefordert, endlich zu handeln.

■ Der Internationale Währungsfonds und die OECD haben Deutschland immer wieder ermahnt.

■ "Do something, Germany", titelte kürzlich die Londoner Financial Times.

Wer soll sich denn noch alles zu Wort melden, bis Gerhard Schröder handelt? Offenbar meint er, dass er sich von niemandem etwas sagen lassen muss. Aber in der Demokratie gibt es jemanden, von dem er sich etwas sagen lassen muss – und das ist der Wähler! Und dem wird von Tag zu Tag klarer, dass es Rot-Grün nicht kann!

Wir tragen als größte Volkswirtschaft in Europa rund ein Drittel zur gesamten Wirtschaftsleistung der Eurozone bei. Die miserable Wirtschaftsbilanz Deutschlands wird daher zur Wachstumsbremse für ganz Europa und zur Gefahr für die Stabilität des Euro. Diese Bundesregierung hat den Euro geschwächt. Deutschland hat unter der Verantwortung von Helmut Kohl und Theo Waigel gegen viele Widerstände in Europa einen Stabilitätspakt durchgesetzt. Zentrales Kriterium: Die jährliche Neuverschuldung eines Landes darf 3,0 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht überschreiten.

Deutschland hat sich sogar verpflichtet, den Anteil der Neuverschuldung nicht nur unter 3,0 Prozent zu halten, sondern unter 1,5 Prozent. Das war auch der Wert am Ende der CDU/CSU-geführten Regierung Ende 1998.

Wir haben uns Sorgen gemacht, ob Portugal, ob Griechenland, ob Italien angesichts ihrer Schuldenpolitik sofort in die Währungsunion aufgenommen werden sollten.

Aber nicht die Griechen, nicht die Portugiesen und auch nicht die Italiener – wir sind es, die in Europa jetzt

auf der Anklagebank sitzen! Schröder und Eichel treiben den Anteil der öffentlichen Neuverschuldung am Bruttoinlandsprodukt hoch: Dieses Jahr auf 2,5 Prozent, nächstes Jahr auf

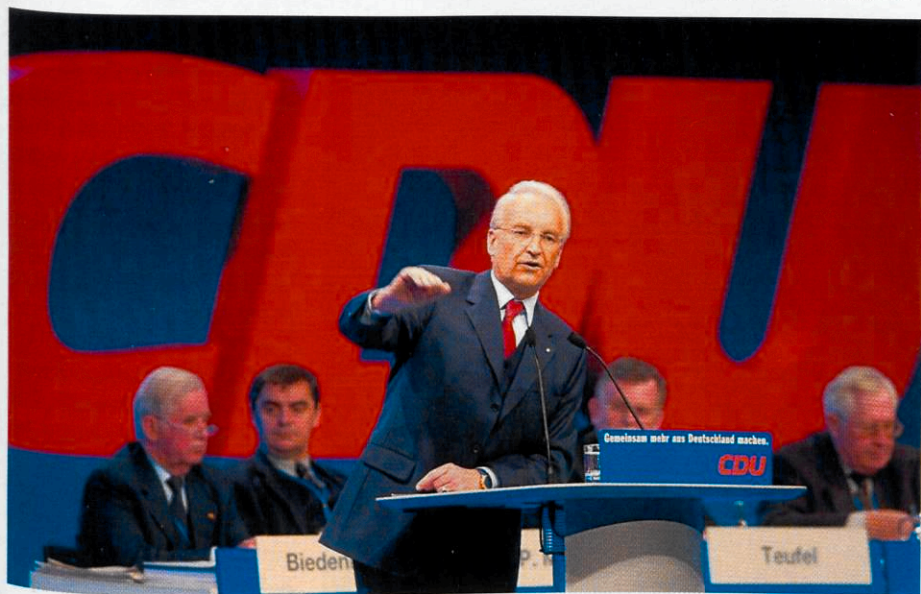
Deutschland hat heute die höchste Neuverschuldung in Europa! Das, was früher „italienische Verhältnisse“ waren, haben wir dank der „Toskana-Fraktion“ jetzt in Deutschland. Das darf nicht so weitergehen!

Eichel ist stolz auf seinen Sparkurs, treibt aber Länder und Gemeinden in neue Schulden

Dabei ist die Bundesregierung gerade auf ihren Sparkurs so stolz. Dieser Sparkurs ist nichts als Fassade! Eichel lässt sich für jede gesparte Mark feiern. In Wirklichkeit verschiebt er die Belastungen! Die Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen – sie alle treibt Rot-Grün in neue Schulden!

■ Eichel kassiert 100 Milliarden Mark aus der UMTS-Versteigerung. Die Länder und Gemeinden haben riesige Steuerausfälle.

■ Eichel erhöht die Gewerbesteuerumlage zu Lasten der Kommunen.



■ Riester führt mit der Rentenreform eine Grundsicherung über die Sozialhilfe ein und lässt die Kommunen auf dem Großteil der Kosten sitzen.

■ Und mit einer verfehlten Arbeitsmarktpolitik, Gesundheitspolitik und Rentenpolitik treibt Rot-Grün die Sozialversicherungen ins Defizit.

■

Deutschland braucht den Wechsel – drei Jahre Schröder haben der Wirtschaft geschadet

Der Bundesfinanzminister wird seiner Gesamtverantwortung für Deutschland nicht gerecht! Deutschland

insgesamt macht immer mehr Schulden. Der angebliche Sparkommissar Eichel ist zum Schulden-Hans geworden. Der Lack ist ab!

Deutschland braucht den Wechsel. Drei Jahre Gerhard Schröder haben der deutschen Wirtschaft geschadet. Wir stehen heute im Abstiegskampf!

Deshalb müssen wir gemeinsam mehr machen aus Deutschland! Der letzte Platz passt nicht zu Deutschland. Es muss Schluss sein mit der Politik der ruhigen Hand!

Wir müssen anpacken! Deutschland braucht eine bessere Politik! Deutschland braucht den Wechsel!

Die Unzufriedenheit mit Rot-Grün wächst. Das ist für

uns Chance und Aufgabe auf diesem Parteitag und in den kommenden Wochen und Monaten: Wir müssen noch deutlicher machen, wer für diese schlechte Entwicklung die Verantwortung trägt: Gerhard Schröder und die Bundesregierung! Wir müssen den Wechsel schaffen!

■

Wir haben eine klare Vision von der Zukunft dieser Gesellschaft

Wir haben eine überzeugende Alternative zu bieten. Wir packen die Probleme der Menschen an. Wir haben eine klare Vision von der Zukunft dieser Gesellschaft.

Die SPD hat die CDU skrupellos mit sachfremden Vorwürfen jahrelang zu diffamieren versucht. Das darf sich die CDU nicht länger gefallen lassen. Es muss Schluss sein damit, dass Untersuchungsausschüsse zur Verleumdung des politischen Gegners instrumentalisiert werden.

■

Der Versuch der SPD, der CDU moralisch „das Kreuz zu brechen“, ist misslungen

Es ist Ihrer hohen persönlichen Glaubwürdigkeit und Ihrem hohen Einsatz zu verdanken, liebe Frau Merkel, dass dieser Versuch der SPD, der CDU moralisch „das Kreuz zu brechen“, nicht aufgegangen ist.

Rot-Grün muss sich der inhaltlichen Auseinandersetzung stellen. SPD und Grüne haben in den letzten zwei Wochen auf ihren Parteitag – zu den großen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen Deutschlands nichts geboten. Rot-Grün ist keine Regierungsformation zur Lösung der großen und schwierigen Zukunftsaufgaben in Deutschland!

CDU und CSU haben auf ihren Parteitagen Alternativen für eine Politik für mehr

Wachstum und Beschäftigung für Deutschland beschlossen!

Wenn Unternehmen wieder investieren und neue Arbeitskräfte einstellen sollen, wenn die Bürger nicht aus Sorge vor der Zukunft sparen, sondern wieder Vertrauen fassen, Eigeninitiative entfalten, investieren und konsumieren sollen, dann muss der Staat sie entlasten!

Die USA haben es uns vorgemacht! Sie haben ein Steuersenkungspaket von 1.350 Milliarden Dollar für die nächsten zehn Jahren auf den Weg gebracht, um Wachstumskräfte zu stärken.

Was macht Rot-Grün? Bürger und Unternehmen zahlen trotz der angeblich „größten Steuerreform aller Zeiten“ heute rund 45 Milliarden mehr Steuern als 1998.

Und 2002 wird von Rot-Grün mit besonderen Knallern eingeleitet, mit einem Stakkato an Steuererhöhungen! Mitten in der Rezession werden Ökosteuer, Tabaksteuer und Versicherungssteuer erhöht. Damit zieht Rot-Grün den Verbrauchern und der Wirtschaft allein im kommenden Jahr neun Milliarden Mark zusätzlich aus der Tasche! Das sind nicht einmal Sylvester-Raketen, das sind Rohrkrepiere!

In dieser Situation fordert Eichel die Menschen auf, mehr auszugeben. (Spiegel 45/2001). Wie soll denn jemand, der schon jetzt mit jeder Mark rechnen muss, mehr ausgeben, wenn die Steuern und die Sozialversicherungsbeiträge immer weiter steigen? In dieser Woche erhöhen viele Krankenversicherungen wieder die Beiträge. 20 oder gar 30 Mark im Monat weniger in der Tasche, das tut vielen Arbeitnehmern, Rentnern und Familien weh!

Das zeigt doch die Abgehobenheit dieser SPD. Die wissen nichts mehr von den wahren Problemen der Leute im Land!

■

Die rot-grüne Steuerreform hat den Mittelstand gegenüber der Großindustrie benachteiligt

Wachstumskräfte stärken, heißt vor allem auch: Anpacken für den Mittelstand – dem Garanten für die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen.

Doch was macht Rot-Grün? Eine Steuerreform, die den Mittelstand gegenüber der Großindustrie benachteiligt wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland! Der

Mittelstand muss eine rund zehn Prozent höhere steuerliche Belastung tragen als die Kapitalgesellschaften. Wir fordern eine Gleichstellung des Mittelstands mit den Kapitalgesellschaften – und zwar so schnell wie möglich!

■

Schröder hat Wirtschaftspolitik zuerst bei den Jusos und dann beim Großkonzern Volkswagen gelernt

Der Mittelstand stellt 70 Prozent aller Arbeitsplätze und 80 Prozent aller Ausbildungsplätze. Und während die Großen Stellen abgebaut haben, sind im Mittelstand neue Stellen entstanden.

Gerhard Schröder hat Wirtschaftspolitik zuerst bei den Jusos und dann beim Großkonzern Volkswagen gelernt. Da wundert es nicht, wenn er von Mittelstand keine Ahnung hat!

Neue Arbeitsplätze schaffen heißt auch, die Regeln des Arbeitsmarktes flexibler zu gestalten.

Wir wollen soziale Sicherheit für unsere Arbeitnehmer. Aber: Was nützen hohe Schutzzäune, wenn sie verhindern, dass Menschen überhaupt eingestellt werden! Soziale Sicherheit muss doch für alle gelten:



Nicht nur für die, die Arbeit haben, sondern auch für die, die Arbeit suchen. Sozial ist, was Arbeit schafft, nicht, was Arbeit verhindert!

■ Der generelle Teilzeitananspruch kostet 250.000 Arbeitsplätze.

■ Das 630-Mark-Gesetz hat 600.000 Stellen vernichtet.

■ Das Scheinselbständigengesetz verhindert Unternehmensgründungen. Jeder Unternehmer schafft im Schnitt drei Arbeitsplätze.

■ Das neue Betriebsverfassungsgesetz führt zu Mehrkosten von bis zu 2,7 Milli-

arden Mark im Jahr – vor allem beim Beschäftigungsmotor Mittelstand!

Das alles ist Arbeitsplatzabbau und kein Weg zu mehr Beschäftigung!

Wir müssen die Flächen-tarifverträge für betriebliche Beschäftigungsbündnisse öffnen.

Wir müssen Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger wieder in Arbeit bringen. Dazu brauchen wir Kombilöhne.

Wir müssen mehr Flexibilität und mehr Anreize schaffen. Nur so eröffnen

wir neue Chancen und nur so lassen sich die Probleme am Arbeitsmarkt anpacken.

Anpacken müssen wir jetzt auch beim Thema Sicherheit. Wir dürfen uns nicht in falscher Sicherheit wiegen, nur weil seit den Anschlägen in den USA fast ein viertel Jahr vergangen ist.

Wir stehen vor völlig neuen Bedrohungen. Dafür müssen wir uns rüsten!

Der Kampf gegen den internationalen Terror erfordert Stärkung der inneren Sicherheit, aber auch der Bundeswehr

Innere und äußere Sicherheit sind nach dem 11. September nicht mehr voneinander zu trennen! Der Kampf gegen den internationalen Terror erfordert eine Stärkung der inneren Sicherheit genauso wie eine Stärkung der Bundeswehr! Rot-Grün hat die Bundeswehr systematisch vernachlässigt. Das müssen wir ändern, auch wenn es nicht populär ist!

Populär ist heute der Einsatz für eine Verbesserung der inneren Sicherheit. Deshalb ist die SPD zu neuem ungeahnten Opportunismus aufgelaufen – entgegen fast allem, was sie über Jahrzehnte vertreten hat! Viele

unserer Vorstellungen wurden von ihr übernommen. Das unterstützen wir – ohne Frage. Aber: Was Rot-Grün zur Stärkung der Sicherheit der Menschen vorhat, geht in vielen Punkten nicht weit genug! Das betrifft vor allem die Abschiebung von ausländischen Extremisten.

Für uns steht fest: Wer mit dem Terror sympathisiert, hat in Deutschland keinen Platz! Islamistische Extremisten wollen wir in Deutschland nicht haben! Die dürfen erst gar nicht zu uns rein kommen. Und wenn sie bereits da sind, müssen sie wieder raus!

Für eine Abschiebung muss der Verdacht einer Mitgliedschaft in solchen terroristischen Vereinigungen reichen! Schily beharrt aber auf einem konkreten Nachweis. Das ist zu wenig! Es kann doch nicht sein, dass wir erst den Mitgliedsausweis in der Hand halten müssen, bevor jemand ausgewiesen werden kann. Und das verkauft Schily dann als größtes Sicherheitspaket aller Zeiten.

Und genau so ist es reine Augenwischerei, wenn Schily sein Zuwanderungsgesetz mit "Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung" überschreibt. Maßgeblich ist nicht, was außen auf dem

Gesetz drauf steht, sondern was drin ist. Und das ist eine Öffnung Deutschlands zum klassischen Einwanderungsland und keine Zuwanderungsbegrenzung, wie wir und die Mehrheit der Bevölkerung sie wollen!

Die Begründung des Gesetzesentwurfs spricht eine klare Sprache. Dort heißt es: „Der dem gesamten Ausländerrecht zugrunde liegende Grundsatz der einseitigen Zuwanderungsbegrenzung wird aufgegeben.“ (Seite 126/127 der Begründung)

Und die Grünen haben im Deutschen Bundestag unumwunden eingeräumt: „Mit dem Zuwanderungsgesetz wird Deutschland endlich ein Einwanderungsland.“ (Kerstin Müller im Bundestag, 16. November)

Natürlich brauchen wir die hellsten Köpfe, aber Rot-Grün hebt den Anwerbestopp für alle Bereiche auf

Der Schily-Entwurf wird zu einem deutlichen Mehr an Zuwanderung nach Deutschland führen! Das gilt insbesondere für den Zuzug von Arbeitskräften: Da macht Rot-Grün die Tore weit auf!

■ Natürlich brauchen wir die hellsten Köpfe. Aber

Rot-Grün hebt den seit 1973 gültigen Anwerbestopp ausländischer Arbeitnehmer für alle Bereiche, also nicht nur für Mangelberufe, ausdrücklich auf.

■ Quotierungen fehlen, es bleibt völlig unklar, wie viele ausländische Arbeitnehmer eigentlich kommen werden.

■ Zuwanderung soll künftig auch schon dann möglich sein, wenn lediglich ein regionaler Arbeitskräftebedarf besteht, unabhängig davon, ob anderswo in Deutschland geeignete Arbeitslose vorhanden sind oder nicht.

■ In einem sogenannten Auswahlverfahren wird ein Zuzug völlig unabhängig von einem konkreten Arbeitsplatzangebot eingeführt. Das ist klassische Einwanderungspolitik, die wir nicht wollen!

Die Osterweiterung bringt einen Binnenmarkt, an dem über 100 Mio. Menschen teilnehmen

Wir haben knapp vier Millionen Arbeitslose in Deutschland! Fachleute rechnen noch einmal eine sogenannte „stille Reserve“ von zwei Millionen dazu.

Im Rahmen der EU-Osterweiterung werden in

absehbarer Zeit zwölf Länder mit über 100 Millionen Menschen am Binnenmarkt teilnehmen. Allein für den bayerischen Arbeitsmarkt stehen hier bis zu 250.000 Arbeitskräfte in den ersten Jahren zur Verfügung – so eine ifo-Studie.

Da besteht doch – mit Ausnahme von Spezialisten in Mangelberufen – auf absehbare Zeit kein Bedarf für weitere Zuwanderung in unseren Arbeitsmarkt! Das sagen auch alle Prognosen.

Da macht es sich vor allem die Industrie zu einfach, wenn bei Engpässen am Arbeitsmarkt immer sofort nach Zuwanderung gerufen wird! Ich habe als Ministerpräsident eines erfolgreichen Landes ja wirklich ein sehr gutes Verhältnis zur Wirtschaft. Aber ich nehme auch nicht alle Forderungen, die von dort kommen, Eins zu Eins! Wie war das denn bei der Green-Card-Debatte Anfang 2000?

■ Die Wirtschaft hat gerufen: „Wir brauchen 100.000 Computer-Spezialisten aus Indien!“ Tatsächlich wurden nicht einmal 10.000 Green-Cards vergeben.

■ Heute liest man fast täglich von neuen Entlassungen im IT-Bereich.

Wenn wir vor einem Jahr tatsächlich 100.000 ausländische Arbeitnehmer rein-

gelassen hätten, wären die jetzt großteils arbeitslos.

Bevor wir Menschen anwerben, müssen wir deshalb versuchen, Arbeitsmarktprobleme selber zu lösen! Denn die Integrationskosten für Menschen aus anderen Ländern muss in erster Linie die öffentliche Hand leisten.

Wir müssen die Frage beantworten, wie wir das Wissen und Können älterer Menschen besser einbinden

Und da erwarte ich mir gerade auch von der Wirtschaft ein wenig mehr Engagement und Ideenreichtum! Das gilt für die betriebliche Weiterbildung genauso wie für die Frage, wie wir das Wissen und Können älterer Menschen besser einbinden können.

Trotz einer offiziellen Altersgrenze von 65 Jahren ist bei uns nur noch ein gutes Drittel (39 %) der 55- bis 64-jährigen erwerbstätig. In der Schweiz sind es 70 Prozent. Das zeigt doch: Da liegt noch Potenzial! Das müssen wir nutzen! Das entlastet die Rentenversicherung, reduziert die Integrationslasten und senkt die Arbeitslosigkeit.

Ungesteuerte Zuwanderung bringt immer die Ge-

fahr von Unverträglichkeiten, Rissen und Brüchen in unserer Gesellschaft. Deshalb ist uns eine erfolgreiche Integration so wichtig! Und deshalb ist die Integrationsfähigkeit Deutschlands die Grenze für mehr Zuwanderung!

Unsere Integrationsfähigkeit ist vielerorts bereits überschritten

Deutschland integriert schon heute jedes Jahr eine Stadt in der Größe von Nürnberg oder Dortmund. Und der Zuzug konzentriert sich auf Berlin und die Großstädte im Westen! Da ist die Integrationsfähigkeit vielerorts doch bereits jetzt überschritten!

SPD, Grüne, FDP, PDS: Alle wollen sie im Ergebnis mehr Zuwanderung. Entgegen dem Eindruck in der veröffentlichten Meinung will aber die überwältigende Mehrheit der Menschen in Deutschland kein Mehr an Zuwanderung (Allensbach 10/01: 61 % für Verringerung der Zuwanderung).

Mir fehlt hier auch manchmal das Verständnis, wenn ich höre, die CSU betreibt Fundamentalopposition. Es ging und geht allein um die Sache! CDU und CSU haben im Mai die Be-

dingungen für eine Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung formuliert. Wer unsere Zustimmung will, muss diese Bedingungen erfüllen!

Wir, CDU und CSU, sind in dieser entscheidenden Frage die einzigen, die den Mehrheitswillen der Bevölkerung vertreten! Wir haben hier eine große Verantwortung!

Rot-Grün sollte immer daran denken: Wenn sich die Bevölkerung in entscheidenden Fragen nicht mehr von der Mehrheit im Parlament vertreten fühlt, wählt sich die Bevölkerung eine neue Mehrheit! Unsere Haltung in der Zuwanderungsfrage ist auch eine entscheidende Frage der Glaubwürdigkeit von CDU und CSU: Denn wir sind immer ange treten mit dem Versprechen, Zuwanderung zu begrenzen und zu steuern!

Das größte Problem von Rot-Grün ist die fehlende Glaubwürdigkeit. Die Menschen haben es doch satt, dass ihnen vor der Wahl das Blaue vom Himmel versprochen wird und nach der Wahl alles nicht mehr gilt.

Zentrales Versprechen von Gerhard Schröder war die Senkung der Arbeitslosigkeit auf 3,5 Millionen. Tatsache ist: die Arbeitslosigkeit steigt!

Der Aufbau Ost sollte Chefsache werden. Tatsache ist: Der Osten fällt zurück!

Schröder hat „Mehr soziale Gerechtigkeit“ versprochen. Tatsache ist: Wir sind auf dem Weg in die Zwei-Klassen-Medizin – von der Rentenlüge gar nicht zu reden. Und der Bruch gerade dieses Versprechens ist das wirklich Erstaunliche und Empörende!

Die SPD versündigt sich gerade an den kleinen Leuten: Den Arbeitnehmern, den Rentnern, den Kassenspatienten, den Familien mit geringem Einkommen.

Selbst eine Stimme aus der SPD beklagt: Arbeitnehmern und Rentnern geht es schlechter

Oskar Lafontaine hat das kürzlich bestätigt: „Wenn eine SPD-geführte Regierung im Amt ist, dann sollte es Arbeitnehmern und Rentnern besser gehen. Davon kann aber leider keine Rede sein.“ (WamS, 11. November) Wo er Recht hat, hat er Recht!

Diese Bilanz ist nicht nur beschämend für den Bundeskanzler und seine Regierung, sie ist schädlich für unser Land.

Deshalb müssen wir, CDU und CSU, alles dafür tun, Rot-Grün abzulösen.

Wir müssen und wir können Deutschland wirtschaftlich wieder nach vorne bringen. Wo CDU und CSU in den Ländern regieren, kann heute schon jeder sehen: Wir stellen die Weichen für mehr Wachstum. Wir schaffen mehr Beschäftigung. Wir wirtschaften finanziell solider. Wir reden nicht nur, wir handeln!

Als bürgerlich-konservative Partei haben wir eine besondere Verantwortung in Deutschland und in Europa

Wir haben als bürgerlich-konservative Parteien aber auch eine besondere Verantwortung, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern und die tragenden Werte und Tugenden in Deutschland wieder mehr zu betonen. Auch da haben wir als bürgerlich-konservative Partei eine besondere Aufgabe und Verantwortung in Deutschland und in Europa.

Es geht dabei nicht um Fortschrittsfeindlichkeit – im Gegenteil. CDU und CSU stehen für die Förderung der Forschung, für die Chancen der Globalisierung, für das Vortreiben

der Innovation in Deutschland.

Die klassische Aufgabe einer konservativen Partei, Werte, Traditionen und Tugenden zu bewahren, ist Politik zur Sicherung unserer Zukunft. Hier geht es um die Grundvoraussetzungen eines menschenwürdigen Zusammenlebens, um den langfristigen Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Die Menschen in Deutschland und Europa müssen in einer Zeit der Globalisierung doch ohnehin eine Menge an Veränderungen und Verunsicherungen hinnehmen und verkraften. Und wir erleben doch einen mehr und mehr um sich greifenden Zeitgeist in unserer Gesellschaft, der nur das Neue, nur das Fremde, nur das Grelle, Schräge und Coole gelten lässt.

Eine Gesellschaft braucht Kontinuität und Halt in gemeinsamen Werten und Traditionen

Neue Einflüsse, Buntheit – das mag ja alles positiv sein. Aber wir dürfen die Menschen auch nicht überfordern. Eine Gesellschaft braucht Kontinuität und Halt in gemeinsamen Werten und Traditionen, sonst fällt sie auseinander.

Respekt vor Minderheiten, aber auch vor dem Willen und den Werten der Mehrheit

Wer soll sich denn um den notwendigen Erhalt der Balance zwischen Verändern und Bewahren kümmern, wenn nicht CDU und CSU?

Wir müssen dafür sorgen, dass die Werte und Tugenden unserer Gesellschaft wieder mehr Bedeutung erhalten:

■ Respekt vor dem Leben – auch vor dem ungeborenen und dem behinderten Leben, weil sich mit den Möglichkeiten der Gentechnologie die Frage der Menschenwürde mit neuer Schärfe stellt.

■ Respekt vor Minderheiten, aber auch Respekt vor dem Willen und den Werten der Mehrheit, weil das unseren demokratischen Grundsätzen entspricht und weil es dabei um die gewachsene Identität unseres Volkes geht.

■ Solidarität mit den Schwachen, aber Einfordern von Eigenverantwortung bei den Starken, weil nur so Leistungsgerechtigkeit und soziale Stabilität gesichert werden können.

■ Bekenntnis zu einem geläuterten Patriotismus, weil die Identifikation mit der Heimat ein Bedürfnis

der Menschen ist und weil die Nation als Verantwortungsgemeinschaft auch im zusammenwachsenden Europa unersetzlich ist.

■ Mitmenschlichkeit, Verlässlichkeit, Fleiß und Leistungsbereitschaft, ohne die eine Gesellschaft nicht funktionieren kann.

■ Schließlich geht es um die Erhaltung unserer christlich-abendländischen Kultur, in der alle diese Werte und Tugenden wurzeln.

Unsere Politik ist ein Angebot an die bürgerliche Mitte, an diejenigen denen Anstrengung und Leistung etwas bedeutet

Ich bin der Überzeugung: Die Menschen in Deutschland sind bereit für eine solche wertorientierte Politik. Unsere Politik ist eine Angebot an die bürgerliche Mitte, an die breiten Schichten in der Bevölkerung, die ihr Leben Werten und Tugenden ausrichten, denen Anstrengung und Leistung etwas bedeutet, die an Ehe und Familie festhalten, denen Vertrauen, Verlässlichkeit und Solidarität am Herzen liegen, ohne die keine Gesellschaft und kein Sozialstaat existieren können

Deshalb wollen und müssen wir in Deutschland wie-

der politische Verantwortung übernehmen. CDU und CSU können siegen, und wir werden wieder siegen,

■ wenn wir nur den unbedingten Willen dazu haben,

■ wenn wir wieder mit Selbstvertrauen an die Lösung der großen Aufgaben in Deutschland gehen und

■ wenn wir geschlossen diesen Aufbruch tragen.

Diese Geschlossenheit verkörpert in besonderer Weise unsere gemeinsame Bundestagsfraktion als Klammer zwischen CDU und CSU. Sie ist das Herzstück für die erfolgreiche Zusammenarbeit der Unionsschwestern. Ich danke an dieser Stelle ganz besonders dem Vorsitzenden unserer Fraktion, Friedrich Merz, für seine engagierte und kompetente parlamentarische Arbeit.

Es bleibt richtig, die entscheidende Herausforderung für unsere Gegner zu Beginn des Wahljahres zu präsentieren

Und lassen Sie mich auch eines offen ansprechen: Ich stimme mit Angela Merkel völlig überein! Wir beide werden unseren beiden Parteien Anfang des Jahres 2002 einen Vorschlag für den Kanzlerkandidaten der Union unterbreiten. Es war

richtig und es bleibt richtig, diese entscheidende Herausforderung für unsere politische Gegner zu Beginn des Wahljahres zu präsentieren.

Von diesem Parteitag geht das Signal aus: Die CDU kann und wird Deutschland wieder voranbringen

Meine Damen und Herren! Von diesem Parteitag geht ein Signal aus. Er ist das Signal: Die CDU kann und wird Deutschland wieder voranbringen.

■ Wer will, dass Deutschland wieder ein wirtschaftlich starkes Land werden soll, der muss mit uns für einen politischen Wechsel in Deutschland kämpfen.

■ Wer will, dass Deutschland ein soziales und damit auch menschliches Land bleiben soll, der muss mit uns für einen politischen Wechsel in Deutschland kämpfen.

■ Wer will, dass Deutschland eine Gesellschaft bleiben soll, in der Integration groß geschrieben wird und in der gemeinsame Werte unser Zusammenleben bestimmen, der muss mit uns für den politischen Wechsel kämpfen.

Lassen Sie uns gemeinsam an die Arbeit gehen!

ULRICH CARTELLIERI:

Die Finanzlage der Partei ist **geordnet**, ihr Finanzwesen neu organisiert

Die seit dem Parteitag in Essen vergangene Zeitspanne ist gering. Die Veränderungen in der Finanzlage und im Finanzwesen der Bundespartei seither sind groß, so groß, dass wir heute sagen können: Mit dem Parteitag in Essen hat eine neue Zeitrechnung begonnen.

In Essen hatte Ihnen Herr Wissmann die damals außerordentlich kritische Finanzsituation der Bundespartei und die sich daraus ergebenden Handlungsnotwendigkeiten und -empfehlungen vorgetragen. Auf dieser Basis haben Sie die bekannten Beschlüsse zur Sanierung der Finanzen und zur Neuordnung des Finanzwesens der Partei gefasst.

Heute kann ich Ihnen vortragen, dass die Finanzlage der Bundespartei geordnet und dass ihr Finanzwesen neu organisiert ist.

Die im fünfjährigen Sanierungsplan vorgesehenen Maßnahmen – Personalabbau, Einstellung des „Union-Magazins“, reduzierter Wahlkampfetat, Sonderbeitrag der Kreisverbände – sind mit geringen

BERICHT DES
BUNDESSCHATZ-
MEISTERS



ULRICH CARTELLIERI
AUF DEM
14. PARTEITAG
DER CDU
IN DRESDEN

Abweichungen konsequent realisiert worden. Als Folge sind die Zahlvorgaben der mittelfristigen Finanzplanung für 2000 voll erreicht worden. Dank größerer als geplanter Kosteneinsparungen, höherer als geplanter staatlicher Zuschüsse und eines weit höheren als geplanten Spendenaufkommens sind sie zum Teil sogar übertroffen worden.

Das außergewöhnlich hohe Spendenaufkommen im Krisenjahr 2000 wurde durch die Sonderaktion von Altbundeskanzler Kohl und

durch die starke Resonanz auf den Solidaritätsaufruf der neuen Parteivorsitzenden bei den Mitgliedern nach dem Essener Parteitag geprägt.

Damit sind allerdings auch schon wichtige, in 2001 nicht wiederholbare Faktoren genannt. Das Spendenaufkommen 2001 ist noch nicht zu beziffern, da erfahrungsgemäß die wesentlichen Eingänge erst zum Ende des letzten Quartals kommen. Allerdings ist jetzt schon zu sagen, dass das Spendenaufkommen bisher relativ schwach ist und – auch das will ich nicht verschweigen – mit deutlicher Kritik am Auftreten dieser Partei verbunden ist und davon begleitet wird.

Insgesamt ist aber auch 2001 zumindest mit der Erreichung der Planziele zu rechnen. Das langjährige strukturelle Defizit der Bundespartei ist damit in laufender Rechnung bereits beseitigt.

Anstelle der bisherigen Überschuldung wird 2001 erstmals ein – wenn auch noch geringer – Nettoüberschuss erreicht werden.

Die für die Wahlkampffinanzierung 2002 notwendige erneute Nettoverschuldung soll 20 Millionen DM nicht überschreiten und bereits Ende 2003 wieder abgebaut sein.

Kreditfähigkeit bei den Banken wieder voll hergestellt

Der bisherige Verlauf erlaubt die Aussage, dass diese Planziele realistisch sind. Auch die Kreditfähigkeit bei den Banken ist vor diesem Hintergrund wieder voll hergestellt.

Zu den weiteren Einzelheiten zur Finanzlage darf ich auf den Bericht der Bundesgeschäftsstelle, der Ihnen vorliegt, unter der Ziffer 6.3 hinweisen.

Was waren die Faktoren für diese erfolgreiche Entwicklung? Ich denke, es waren im Wesentlichen zwei: erstens die von Ihnen auf der Basis der Vorschläge der Herzog-Kirchhof-Tietmeyer-Kommission beschlossene organisatorische und strukturelle Neuordnung des Finanzwesens. So wie sie in Statut und Geschäftsordnung ihren Niederschlag gefunden hat, ist sie auch – mit Ausnahme der noch nicht ganz fertiggestellten Finanzgeschäfts-

ordnung – voll umgesetzt worden. Die neu geschaffene Position des Finanzbeauftragten als professionellen Chefs des Finanz- und Rechnungswesens ist eingerichtet und besetzt worden. Mit Herrn Dr. Winter amtiert hier ein vielseitig erfahrener Finanzchef aus der deutschen Wirtschaft. Unter seiner Leitung ist das kaufmännische Rechnungswesen eingeführt worden. Dies wird dem Umfang des Geschäftsbetriebes der Bundespartei gerecht und schafft die notwendige Transparenz und Sicherheit.

Der Jahresabschluss 2000, d.h. der Rechenschaftsbericht, enthält die konsolidierten Abschlüsse der Landesverbände. Er hat das uneingeschränkte Testat der Wirtschaftsprüfer für die Bundespartei und für die Gesamtpartei erhalten, und er ist fristgerecht dem Bundestagspräsidenten übergeben worden.

Der neu geschaffene Haushaltsausschuss des Bundesvorstandes unter dem Vorsitz des Bundesrechnungszuschatzmeisters und dessen satzungsmäßiges Recht, durch Versagen seiner Zustimmung zu Mehrausgaben die Vorlage an den Bundesvorstand notwendig zu machen, ebenso die satzungsmäßige Verpflichtung, keine

Mehrausgaben ohne Deckung zu beschließen, die Bundesfinanzkommission, ebenfalls unter Vorsitz des Bundesschatzmeisters, als Gremium zur Behandlung von die Bundespartei und die Landesverbände gemeinsam berührenden Fragen – Rechnungswesen, Revision, innerparteilicher Finanzausgleich –, alle diese Instrumente sind nicht nur, aber auch wichtig zur Sicherung der finanziellen Disziplin, und sie haben sich – das lässt sich schon heute sagen – bewährt, d.h. als arbeitsfähig erwiesen. Das sollte hier mit Dank an die Adresse der geistigen Väter dieser Neuordnung registriert werden.

Probleme werden schon im Vorfeld verhütet

Das Gleiche wird nach meiner Einschätzung auch für das neu geschaffene Amt des Revisionsbeauftragten der Bundespartei gelten, für das wir mit Herrn Völker einen sehr erprobten Wirtschaftsprüfer und langjährigen Bankenprüfer gewonnen haben. Nach dem Grundsatzbeschluss des Bundesvorstandes kann der Revisionsbeauftragte der Bundespartei jetzt auch jederzeit uneingeschränkt in den Landesverbänden tätig

werden – eine ganz unentbehrliche Maßnahme zur Prävention, d. h. zur Verhütung von Problemen schon im Vorfeld.

Die besten Satzungsinstrumente nutzen nur so viel, wie sie auch genutzt werden

Insgesamt darf man die geschaffenen Instrumente und Mechanismen durchaus als vorbildlich – und zwar als vorbildlich auch für andere Parteien – bezeichnen. Ich habe das auch gegenüber der Parteienfinanzierungskommission des Bundespräsidenten zum Ausdruck gebracht.

Dennoch gilt: Es nützen die besten Satzungsinstrumente und -mechanismen natürlich nur so viel, wie sie akzeptiert und auch genutzt werden. Das Gleiche gilt für Sanierungspläne.

Damit bin ich beim zweiten entscheidenden Erfolgsfaktor, dem eindrucksvollen Willen und der sichtbaren Motivation aller, hier mitzuwirken, mitzuziehen, beizutragen. Nur das hat diesen Erfolg überhaupt möglich gemacht und meine Aufgabe sehr erleichtert. Wenn ich pars pro toto nur einen, weil in der Tat zentralen Bereich nenne, ohne dessen umsichtiges Agieren auch

die ganze Schatzmeisterei nur ein Auto ohne Räder geblieben wäre, dann ist das der Bundesgeschäftsführer mit seinen Mitarbeitern; und niemand möge sich hier bitte durch Nichtnennung zurückgesetzt fühlen.

Weit darüber hinaus sind es aber die für einen Außenstehenden nicht ersichtbaren inneren Kräfte und Reserven dieser großen Partei, die für mich das nachhaltige Erlebnis meiner Tätigkeit bleiben werden. Dass sie so kurz bleiben könnte, hatte ich am Anfang nur ganz im Stillen zu hoffen gewagt, als ich diese Aufgabe völlig ungeplant und unvorhergesehen zusätzlich übernommen habe.

Ich denke aber, das Wesentliche, was ich zu dem, was die Partei zur Neuordnung ihrer Finanzen geleistet hat, beitragen konnte, ist geschehen, nämlich die notwendige Fachkompetenz von draußen zu gewinnen, an Bord zu holen, sicherzustellen, dass der gesamte Prozess, ohne an Einzelproblemen hängen zu bleiben, in die Gänge kam, und nicht zuletzt die Glaubwürdigkeit des Ganzen nach innen und nach außen zu vermitteln.

Jetzt sind alle Weichen gestellt, sodass auch die verbleibenden Jahre der Sanierungsphase mindestens planmäßig oder – diese

Hoffnung ist durchaus erlaubt – überplanmäßig ablaufen. Natürlich hängt das am Ende auch, und zwar finanziell nicht unerheblich, von der Zahl der Wählerstimmen ab, die die CDU mobilisieren kann. Auch deswegen halte ich es für richtig, meinen Platz jetzt zu räumen. Sie gehen jetzt mit einer intakten, wenn auch sehr sparsam laufenden finanziellen Maschinerie in den Bundestagswahlkampf.

Sie brauchen den politisch aktiven Verkäufer des Produkts CDU

Sie brauchen zusätzlich zu der fest eingebauten finanziellen Professionalität als Schatzmeister keinen reinen Finanzmann, sondern den politisch aktiven Verkäufer des Produktes CDU. Ich bin deshalb dankbar, dass das Präsidium und der Bundesvorstand meinem Wunsch, mich zu diesem Zeitpunkt zu verabschieden, zugestimmt haben.

Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren, noch einmal für das Vertrauen, das Sie mir entgegengebracht haben. Ich rufe meinen Nachfolger Dr. Wolfgang Peiner ein sehr herzliches Glück auf zu. **UD**

HARTMUT NASSAUER:

Europäisches Parlament – **Garant** für ein demokratisches Europa der Bürger

Das Fehlen einer gemeinschaftlichen Außen- und Sicherheitspolitik ist nach Überzeugung der CDU/CSU-Gruppe das gewichtigste Defizit, das die EU auf ihrem Weg zu einer handlungsfähigen politischen Union überwinden muß.

Nur wenn die Europäer in der Außen- und Sicherheitspolitik mit einer Stimme reden und geschlossen handeln, werden sie bei Friedenssicherung und Krisenbewältigung in der Welt neben den Vereinigten Staaten von Amerika eine partnerschaftliche Rolle spielen können. Außen- und Sicherheitspolitik sind auch die einzigen politischen Felder, auf denen die Europäische Union noch gemeinschaftliche Zuständigkeiten gewinnen muß.

Erweiterung in entscheidender Phase

Die Erweiterung – Generalthema der Europäischen Politik – tritt im Jahr 2002 in ihre entscheidende Phase. Nach Ansicht der Europäer

AUS DEM BERICHT
DES VORSITZENDEN
DER CDU/CSU-
GRUPPE IM EURO-
PÄISCHEN PARLA-



MENT, HARTMUT
NASSAUER MdBP
AUF DEM 14. PAR-
TEITAG DER CDU IN
DRESDEN

schen Kommission erfüllen die Kandidatenländer die politischen Kriterien (stabile Institutionen, Demokratie, Vorrangstellung des Rechts, Menschenrechte, Wahrung der Rechte von Minderheiten und deren Schutz).

Demgegenüber verweist die CDU/CSU-Gruppe darauf, daß z.B. in Tschechien die Geltung der eindeutig völkerrechtswidrigen Benesch-Dekrete zumindest klärungsbedürftig ist. Bei den wirtschaftlichen Krite-

rien (funktionsfähige Marktwirtschaft und Fähigkeit, sich dem Wettbewerbsdruck im Binnenmarkt zu stellen) haben die Kandidatenländer mit Ausnahme von Bulgarien und Rumänien deutliche Fortschritte erzielt.

Zur Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes müssen in allen beitragsuchenden Ländern noch viele Anstrengungen unternommen werden. Das gilt insbesondere für die einwandfreie Funktionsweise des Binnenmarktes, nachhaltige Lebensbedingungen, den Schutz der Bürger und die Verwaltung der europäischen Beihilfen und Fonds.

Ein Verfassungsvertrag für Europa

Welche Rolle die Europäische Union in der Welt künftig spielt, hängt auch davon ab, in welcher rechtlichen Verfassung sie sich darstellen wird. Der Vertrag von Nizza hat eine breite Verfassungsdiskussion ausgelöst, die nach Vorstellung der CDU/CSU-Gruppe nach Vorbereitung durch einen

Konvent entsprechend dem Vorbild des Grundrechtskonvents in einen neuen Verfassungsvertrag münden soll.

Im Vertrag von Nizza wurde die Erweiterungsfähigkeit zwar formal erreicht, die dringend notwendige Reform des Europäischen Gerichtshofs erfolgreich bewältigt, der Kommissionspräsident gestärkt und seine Ernennung erleichtert, eine Ausweitung der Entscheidung im Rat mit qualifizierter Mehrheit beschlossen, die Flexibilität ausgeweitet und ein Frühwarnsystem in der politischen Lagebeurteilung implementiert. Dennoch sind wesentliche Reformziele nicht erreicht worden.

Die CDU/CSU-Gruppe hat stets zwei Kriterien als Maßstab für den Erfolg der Regierungskonferenz 2000 genannt: die Sicherung der Handlungsfähigkeit einer erweiterten Union und einen signifikanten Abbau des Demokratiedefizits. Beiden Zielen wird der Vertrag von Nizza nicht gerecht.

Das Entscheidungsverfahren im Rat und die nicht vollständige Ausdehnung des Mitentscheidungsverfahrens auf alle neuen Fälle, in denen die Mehrheitentscheidung eingeführt wurde, stellen gegenüber

dem Amsterdamer Vertrag einen Rückschritt dar. Unabhängig vom Ratifizierungsverfahren des Vertrages von Nizza hat die CDU/CSU-Gruppe daher gefordert, die nächste Vertragsreform nicht erst im Jahre 2004 anzugehen, sondern im Rahmen des Post-Nizza-Prozesses einzuleiten.

Das Parlament als Gesetzgeber

Mit dem Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages im Mai 1999 ist die gesetzgeberische Rolle des Europäischen Parlaments erheblich verstärkt worden. Das Verfahren der Mitentscheidung in weitgehend den Fällen, in denen der Rat mit Mehrheit entscheidet, hat das Schwergewicht der parlamentarischen Tätigkeit von Stellungnahmen und Anhörungen auf mitentscheidende Gesetzgebung verlagert.

Dies hat auch den Arbeitsablauf im Europäischen Parlament beeinflusst. Abstimmungsnotwendigkeiten mit der Bundestagsfraktion ergeben sich jetzt vor allem vor der endgültigen Entscheidung im Europäischen Parlament über Richtlinienentwürfe der Kommission, damit die anschließende Umsetzung

europäischer Richtlinien in nationales Recht mit den Zielsetzungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion übereinstimmt.

Asyl und Einwanderung

Ein neues gesetzgeberisches Feld für die europäische Ebene ist vor allem die Asyl- und Einwanderungspolitik. Sie ist zwar in die Zuständigkeit der Gemeinschaft übertragen worden, soll aber zunächst bis 2004 der Einstimmigkeitsregel im Rat unterworfen bleiben; solange der Rat nicht einstimmig den Übergang zur Mehrheitsentscheidung beschließt, ist die Mitwirkung des Europäischen Parlaments auf das Recht zur Anhörung beschränkt.

Damit sind die Materien des Asyls und der Einwanderung bereits der Regelungsbefugnis des Deutschen Bundestages (wie aller anderen mitgliedstaatlichen Parlamente) entzogen, jedoch noch nicht in der Zuständigkeit des Europäischen Parlaments angelangt. Dass dem Gesetzgebungsvorbehalt unterliegende Materien nur vom Rat ohne entscheidende Mitwirkung eines unmittelbar gewählten Parlaments geregelt werden, kann aus Gründen

des Demokratiegebotes nur vorübergehend hingenommen werden. Deswegen ist darauf zu beharren, daß der Rat nach Ablauf der Fünfjahresfrist die Weichen für Mehrheitsentscheidungen im Rat und die Mitentscheidung des Europäischen Parlaments stellt. Nach Inkrafttreten des Vertrages von Nizza kann der Rat diese Entscheidung bereits dann treffen, wenn er sich einstimmig auf grundsätzliche Regelungen für Asyl und Einwanderung in Europa verständigt hat.

Ungeachtet dieser Verfahrenssituation unternimmt die Kommission energische Anstrengungen, um ein europäisches Regelwerk für Asyl und Einwanderung zu schaffen. Richtlinienentwürfe für das materielle Asylrecht und das Asylverfahrensrecht sind bereits in der parlamentarischen Beratung. Die CDU/CSU-Gruppe lehnt die bisher vorliegenden Asylgesetzentwürfe grundsätzlich ab.

Terrorismus

Der offenkundige Umstand, daß der internationale Terrorismus mit Aussicht auf Erfolg nur grenzüberschreitend und gemeinschaftlich bekämpft werden kann, hat die Europäische

Union in Zugzwang gebracht. Die rasch beschlossenen Maßnahmen wie die Einführung eines europäischen Haftbefehls, die verschärfte Bekämpfung der Geldwäsche, die Ausweitung der Kompetenzen des europäischen Polizeiamtes Europol und das Projekt einer europäischen Staatsanwaltschaft Eurojust sind erste Schritte in die richtige Richtung, mit denen es sein Bewenden aber nicht haben kann.

Europol muß nunmehr unverzüglich operative Handlungsbefugnisse erhalten, damit das europäische Polizeiamt grenzüberschreitende Ermittlungen nicht nur koordinieren, sondern selbst leiten und die nationalen Polizeien zu Fahndungsmaßnahmen anweisen kann. Damit wird Europol weder zum europäischen FBI noch soll die europäische Polizeibehörde mit polizeilichen Eingriffsbefugnissen ausgestattet werden.

Übernehmerichtlinie

Eines der weitreichendsten Gesetzgebungsvorhaben im Europäischen Parlament ist die Richtlinie zur Übernahme von Unternehmen. Die grobe Benachteiligung der deutschen Wirt-

schaft und Industrie durch den Kommissionsentwurf ist vom Europäischen Parlament und nicht vom Bundeskanzler verhindert worden. Insbesondere dem Einsatz der europäischen CDU/CSU-Abgeordneten ist es zu verdanken, daß der Beschluß des Vermittlungsausschusses zwischen Rat und Parlament im Straßburger Plenum nicht die erforderliche Mehrheit gefunden hat.

Zivilrechts- harmonisierung

Ein weiteres großes Projekt kündigt sich an: Parlament und Rat wollen die Zivilrechtsharmonisierung vorantreiben. Bis Ende des Jahrzehnts soll der gemeinsame Zivilrechtsbestand in der Europäischen Union ausgeweitet werden, insbesondere mit dem Ziel, grenzüberschreitende Geschäfte zu erleichtern. Die entsprechenden Arbeitsaufträge werden noch vor der Weihnachtspause an die Kommission erteilt.

Chemikalienpolitik

Heftig umstritten ist im Europäischen Parlament der Vorschlag der Europäischen Kommission für eine

Neuorientierung der Chemikalienpolitik. Die CDU/CSU-Gruppe verfolgt dabei einen Kurs der Vernunft, der die Wettbewerbsfähigkeit der chemischen Industrie dauerhaft sichert, den Gesundheits- und Umweltschutz verbessert und einseitige bürokratische Belastungen für Unternehmen und damit zu befürchtende Arbeitsplatzverlagerungen vermeidet.

Ziel dieser neuen Chemikalienpolitik ist es, ein einheitliches Registrierungs-, Bewertungs- und Zulassungsverfahren für alle chemischen Stoffe, die in der Europäischen Union in einer Menge von über einer Jahrestonne hergestellt oder importiert werden, einzuführen.

Daseinsvorsorge

Intensiv hat sich das Europäische Parlament im abgelaufenen Jahr mit einer Mitteilung der Europäischen Kommission zu den „Leistungen der Daseinsvorsorge in Europa“ befaßt. Entscheidungen der EU-Kommission als europäische Wettbewerbsbehörde waren Auslöser dieser Diskussion. Während der Beihilfefall der West-LB nun von dem Europäischen Ge-

richtshof entschieden wird, hat die Diskussion um Anstaltslast und Gewährträgerhaftung der deutschen Sparkassen und Landesbanken nach langem Streit zu einer Einigung zwischen diesen öffentlichen Banken und der Europäischen Kommission geführt.

Strukturpolitik

Mit dem Näherrücken der Osterweiterung der EU steht auch die Strukturpolitik auf dem Prüfstand. Regional- und Agrarpolitik der Europäischen Union sind auch in einer erweiterten EU bis zum Jahre 2006 finanzierbar. Danach müssen die Fragen nach der Zukunft des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts in einer erweiterten Union und nach den regionalpolitischen Prioritäten der Gemeinschaft neu beantwortet werden.

Zur Zeit fließen rund 76 Milliarden von insgesamt 96 Milliarden Euro des EU-Haushalts in die Regional- und Agrarpolitik. Die Empfängerländer (v. a. Frankreich bei den Agrarsubventionen, Spanien bei den Regionalzahlungen) fürchten, nach dem Beitritt der ärmeren und teilweise stark landwirtschaftlich geprägten Kandidatenländer den Groß-

teil dieser Mittel an die neuen Mitglieder zu verlieren.

Demgegenüber warnt die CDU/CSU-Gruppe nachdrücklich vor der Vorstellung, die gegenwärtigen Zahlungsmuster schlicht auf die erweiterte Union fortzuschreiben, was den EU-Haushalt und den deutschen Nettobeitrag drastisch erhöhen würde.

Forschungsförderung und Bioethik

Heftig umstritten war im November 2001 die Abstimmung im Europäischen Parlament zum 16 Milliarden Euro schweren 6. Forschungsrahmenprogramm. Gegenstand einer intensiven öffentlichen Auseinandersetzung war insbesondere die von vielen Seiten erhobene Forderung, ethisch umstrittene Forschungen, die hinter den Schutzstandards des deutschen Embryonenschutzgesetzes zurückgehen würden, nicht durch EU-Mittel finanzieren zu lassen.

Bei der Abstimmung konnte erreicht werden, Eingriffe in die menschliche Keimbahn und die Herstellung von Embryonen zu Forschungszwecken (inklusive des sogenannten therapeutischen Klonens) von der For-

schungsförderung auszu-schließen sowie die Priorität bei der Stammzellforschung eindeutig auf adulte Stammzellen zu legen. Keine Mehrheit gefunden hat ein insbesondere von der CDU/CSU-Gruppe unterstützter Antrag, der jegliche verbrauchende Embryonenforschung mit Forschungsmitteln unterbunden hätte.

Der Euro kommt

In wenigen Tagen hält unsere gemeinsame Währung, der Euro, auch Einzug in unsere Geldbörsen – ein beispielloser Vorgang in 1.500 Jahren europäischer Geschichte und das sichtbarste Zeichen des gemeinschaftlichen Selbstbehauptungswillens der Europäer in unserer immer enger werdenden Welt. Die hierzulande im Vordergrund stehende Diskussion um den Außenwechsellkurs zum Dollar und sein Absinken seit Januar 1999 ist Spiegelbild der Wechsellkursfechtereie. Der Wechsellkurs bildet sich an den internationalen Finanzmärkten und spiegelt die Einschätzung der Wirtschaftsentwicklung des Euroraums im Vergleich zur Wirtschaftsentwicklung anderer Währungsräume wieder.

Das Urteil über die europäische Wirtschaftsent-

wicklung wird zu Recht an Deutschland festgemacht, das im Gefolge der miserablen rot-grünen Wirtschafts- und Finanzpolitik zum wirtschaftlichen Schlußlicht in Europa geworden ist. Die rot-grüne Politik in Deutschland und ihre wirtschaftlichen Folgen beschädigen die internationale Einschätzung des Euro. Wertschätzung und Wechselkurs des Euro werden steigen, wenn Deutschland nicht mehr Schlußlicht im Wachstum und Spitzenreiter in der Staatsquote ist.

Das Europäische Parlament – die unterschätzte Macht in Europa

Einfluß und Entscheidungsbefugnisse des Europäischen Parlaments werden gelegentlich noch unterschätzt. Seit dem Amsterdamer Vertrag aber ist das Parlament in den wesentlichen Gesetzgebungsfeldern mitentscheidender Gesetzgeber zusammen mit dem Rat. Dabei geht es nicht vordringlich um „Mehr Rechte für das Parlament“, sondern um die Gewährleistung des parlamentarisch-demokratischen Prinzips, wonach Gesetze von unmittelbar gewählten und damit den Bür-

gerinnen und Bürgern unmittelbar verantwortlichen Parlamenten erlassen werden müssen. Der Rat muß daher Gesetzgebungsbefugnisse mit dem Europäischen Parlament teilen. Auch darum geht es bei dem Post-Nizza-Prozeß. Der Konvent und die kommende Regierungskonferenz müssen einen Beitrag dazu leisten, die gesetzgeberische Rolle des Parlaments zu stärken. Denn das Europäische Parlament ist der erste Garant für ein transparentes und demokratisches Europa der Bürger.

Die CDU/CSU-Gruppe bildet die mit weitem Abstand größte nationale Delegation innerhalb der EVP-ED-Fraktion, die aus Abgeordneten aller 15 Mitgliedsstaaten und aus 31 verschiedenen Parteien zusammengesetzt ist. Wir sind der politische und programmatische Anker, das Herz und das Rückgrat der stärksten Fraktion im Europäischen Parlament.

Aus unseren Reihen kommt der Fraktionsvorsitzende, und wir bestimmen die Politik des Parlaments wesentlich mit.

[http://](http://www.cdu.de/pt-dresden/reden/rede-nassauer.pdf)

Voller Wortlaut des Berichts: www.cdu.de/pt-dresden/reden/rede-nassauer.pdf



**CDU-Geschenk-
papierrolle** 75 cm x
10 m
1 Rolle: 14,90 DM/
7,62 € **blau**
Best.-Nr.: **0302 rot**
Best.-Nr.: **0303**

CDU-Geschenkband
10 mm x 25 mm
Best.-Nr.: **0306**
1 Rolle: 11,90 DM/
6,08 €



**Kerzenstumpen „100%
ÖK.O.-Steuer-frei** 24 Expl.:
48,00 DM / 24,54 € Best.-
Nr.: **9700**



**Ausstechformen-Set
für CDU Gebäck**
Best.-Nr.: **9109**
10 Stk.: 17,00 DM/8,69 €



Sektflaschentasche
25 Expl.: 27,50 DM/
14,06 € **blau**
Best.-Nr.: **0304 rot**
Best.-Nr.: **0305**



Siegelmarke „CDU“
ovale Silberfolie 34 x 25 mm
Best.-Nr.: **0307**
Rolle à 100 Expl.: 7,50 DM/
3,83 €



IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 50000), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 10050). Abonnementpreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.



Union Betriebs GmbH
Postfach 1190 53348
Rheinbach PVSt, Deut-
sche Post AG Entgelt
bezahlt.



Weihnachts-CD

Best.-Nr.: 9300

1 Expl.: 7,00 DM/
3,58 €



CDU-Eiskratzer

Best.-Nr.: 9890

100 Expl.: 89,00 DM/45,50 €

Alle Preise gelten zzgl. MwSt. und Versand gemäß Versandbedingungen

Advents- und Weihnachtslieder



CDU

Weihnachtsliederbuch

Best.-Nr.: 2867

25 Expl.: 24,75 DM/
12,65 €

BESTELLANSCHRIFT

Bertelsmann Distribution GmbH
– IS-Versandzentrum –
Postfach 1162,33759 Versmold
Telefax 05241-804 1892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de